

7 »Jenseits von Eden«

Kollektive Identität in Debatten um linke Freiräume, Gentrifizierung und Stadtteilpolitik in Hamburg

Im folgenden Kapitel stehen jene Debatten im Fokus, die sich um die Rolle der Roten Flora im Stadtteil drehen. Dabei kristallisieren sich zwei Schwerpunkte in der *Zeck* heraus: zum einen Diskussionen, die den Status der Flora als besetztes Zentrum thematisieren. So wird beispielsweise intensiv über das Für und Wider von Vertragsverhandlungen mit der Stadt gestritten, weil einige AktivistInnen eine Legalisierung und dauerhafte Absicherung der Flora anstreben, während andere eine schleichende Zähmung befürchten und die Flora weniger als Gebäude, sondern vielmehr als radikale Idee erhalten wollen. In diesen Debatten geht es neben der konkreten Frage nach der Zukunft der Flora auch um die Rolle und Funktionen, die linke Freiräume für die eigene Szene und die Gesellschaft als Ganzes haben.

Zum anderen werden die Diskussionen nachgezeichnet, die sich mit der Drogenpolitik in Hamburg, der Vertreibung von UserInnen und anderen Minoritäten und der Ansiedlung einer offenen Drogenszene im Schanzenviertel beschäftigen. Im Laufe dieser Debatten verändert sich insbesondere das Verhältnis der Flora zum lange Zeit idealisierten »linken« Schanzenviertel und damit zugleich die Rolle des ehemaligen Stadtteilzentrums für linksradikale Politik in Hamburg. Laut Einschätzung der Flora-AktivistInnen wandelt sich durch die Auseinandersetzungen um die Drogenszene auch das allgemeine Bild der Flora in der Stadt: Nachdem sie für eine längere Zeit als »unpolitischer Freizeitverein« belächelt worden sei, mausere sie sich nun wieder zu einem »linksradikalen Terrornest« und einem würdigen Erbe der Hafenstraße.¹ Die Diskussionen sind folglich auch ein Rahmen, innerhalb dessen die AktivistInnen über ihr eigenes Image und ihre favorisierte Außenwahrnehmung in der Stadt und darüber hinaus streiten.

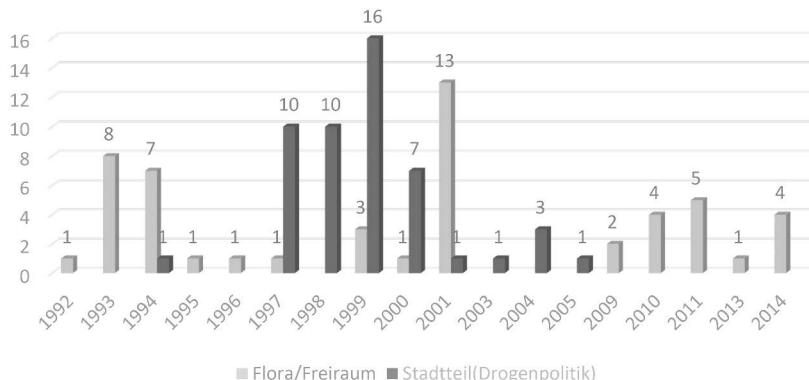
In beiden Themensträngen steht überdies zur Disposition, welche Rolle linksradikale Politik in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen spielen kann und soll. Dabei schwanken die AktivistInnen zwischen dem Anspruch nach Öffnung und Ausweitung

¹ Vgl. kba: Nicht nur zu Ostern: Wir kneten uns ein Terrornest. In: *Zeck* 78_1999, S. 13f.

der eigenen politischen Relevanz auf der einen und dem Rückzug in die eigene politische Nische auf der anderen Seite.

Abb. 7: Debattenbeiträge im Themenfeld Stadtteilpolitik²

Debattenbeiträge Stadtteilpolitik 1992–2014



Quelle: eigene Darstellung

Deutlich erkennbar ist die zeitliche Konzentration der Debatte um die Drogenpolitik auf die Jahre zwischen 1997 und 2000. In diesem Zeitraum ist dieses Thema eines der wichtigsten Sujets in der Zeck, davor und danach spielt es lediglich eine untergeordnete Rolle. Debatten um Vertragsverhandlungen bzw. um den Status der Flora als besetztes Zentrum finden sich dagegen über einen längeren Zeitraum verteilt, auch wenn es sich dabei teilweise um nur einzelne, sporadische Beiträge handelt und es einige eindeutige Hochphasen der Auseinandersetzungen gibt (beispielsweise in der Phase des Verkaufs des Gebäudes an einen Investor im Jahr 2001).

7.1 »Flora bleibt unverträglich« – Debatten um Vertragsverhandlungen, Privatisierungen und Besetzungen

Der Status der Flora als besetztes Zentrum war und ist ein wichtiger Bezugspunkt für die kollektive linksradikale Identitätskonstruktion in Hamburg. Allerdings war dieser Status in der Geschichte der Flora bei weitem nicht so selbstverständlich und unumstritten, wie es den Anschein hat. Vielmehr gab es mehrfach Perioden, in denen die

² In diesem Abschnitt werden Debattenbeiträge aus unterschiedlichen Themenfeldern zusammen ausgewertet, d.h. hier tauchen auch Artikel auf, die mit den Schlagworten »Flora, Hafenstraße, Gängeviertel« bzw. »Kampf um Freiräume« kodiert wurden.

Unverträglichkeit der Flora mit den gesellschaftlichen Verhältnissen ernsthaft zur Disposition stand, in denen ergebnisoffen über ein Ende der Besetzung und eine Legalisierung der Nutzung debattiert und mit VertreterInnen der Stadt Hamburg verhandelt wurde. Dass die Besetzung letztlich nie beendet wurde, ist nicht nur Ausdruck der Stärke und Entschlossenheit der Flora, sondern auch eine Folge der Rahmenbedingungen und historischen Zufälligkeiten, die die Debatten um Verträge begleiteten.

Im Folgenden soll insbesondere die Debatte, die Ende der 1990er Jahre langsam beginnt und die schließlich in die Kampagne »Flora bleibt unverträglich« mündet, nachgezeichnet werden. Dazu wird auch auf die erste Runde der Vertragsverhandlungen mit der Stadt, die 1992 ergebnislos abgebrochen wurden, zurückgegriffen.

Die Debatte um eine Legalisierung der Flora ist zugleich stets eine Debatte um die Bedeutung der Flora für die linksradikale Szene und die zugrundeliegenden unterschiedlichen Politikansätze. Vereinfacht verläuft der Konflikt zwischen eher pragmatischen Gruppen, denen es um die konkrete Erreichbarkeit politischer Ziele geht und die die Existenz der Flora absichern möchten, auf der einen, und eher radikalen Zusammenhängen, die idealistische Positionen vertreten und für die die Flora an sich nur ein Gebäude bzw. ein Mittel zum Zweck ist, auf der anderen Seite. Ganz eindeutig lässt sich diese Zuordnung allerdings nicht aufrechterhalten: So gibt es immer wieder auch radikale Gruppen, die die immens hohe Bedeutung der Flora für die Linke betonen und ebenfalls keine Räumung riskieren möchten – allerdings weniger, weil sie die Flora als Treffpunkt oder Gebäude für unersetzbare halten, sondern vielmehr, weil sie die Flora als materiellen Aushandlungs- und Produktionsort konkreter linksradikaler Politik verstehen.

Mit der Etablierung der Flora und der Ausweitung ihrer NutzerInnen über die enge linksradikale Szene hinaus setzen auch die Diskussionen über eine angebliche Entpolitisierung ein. Immer wieder drehte sich die Diskussion um die Fragen, wie man eine schleichende Zähmung der Flora verhindern sowie die radikalen Vorstellungen über die Zeit bewahren bzw. erneuern und wie die Flora Zentrum und Ausgangspunkt einer relevanten, politisch schlagkräftigen autonomen Szene bleiben könne.

Für viele Gruppen liegt der Schlüssel zur generellen Systemopposition genau im Status der Flora als illegaler Besetzung. Aus diesem Grund werden Verhandlungen oftmals generell abgelehnt, wie beispielsweise das *Institut für creative Flora-Gestaltung* argumentiert:

»Ein alter Hut, die Umarmung der Macht ist persönlich und politisch nicht zu überleben. Die einzige Option sich eine ehrliche und authentische Ausgangsbasis zu schaffen, ist die radikale Infragestellung dieses Systems und die demonstrative Verweigerung seiner Beteiligungsstrukturen. [...] Die Grundfrage: welches Risiko ist größer: Mit wehenden Fahnen in stürmischen Wogen unterzugehen oder im sicheren Hafen mit all unseren Ängsten angekettet zu werden? Uns fällt die Wahl nicht schwer.«³

Die AutorInnen stellen fest, dass eigentlich alle AktivistInnen die Weiterführung der Besetzung favorisierten, man streite allein darüber, ob dies auch durchsetzbar sei: »Die Differenz entsteht nicht in dem, was wir wollen, sondern darin, ob wir dies in der

3 Institut für creative Flora-Gestaltung: Was braucht die Rote Flora? In: Zeck 85_1999, S. 4f., hier S. 4.

Zukunft für umsetzbar halten, bzw. die Umsetzbarkeit überhaupt zu einer Frage für uns machen wollen.«⁴ Im letzten Teil der Aussage klingt bereits an, dass die VerfasserInnen für eine idealistische Haltung der Autonomen plädieren und sich am liebsten gar nicht mit pragmatischen Kompromisslösungen beschäftigen würden. Sie plädieren daher für eine totale Verweigerungshaltung der Flora und wollen sich auf keinerlei Verhandlungen mit der Stadt einlassen. Selbst eine Räumung, die unter den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen ohnehin eher unwahrscheinlich sei, kann die AutorInnen nicht schockieren:

»Was die Stadt gewinnen kann, ist höchstens ein Haufen Steine. Was wir aber gegen Verträge eintauschen würden, ist die Lebendigkeit unserer Utopien und der politische Kern der Flora an sich. Es ist gar nicht die zentrale Frage ob dabei in letzter Konsequenz die Flora geräumt wird, ob wir in dieser Auseinandersetzung verlieren oder nicht. Vielmehr ist die Frage, ob wir die Flora in unseren Köpfen räumen oder nicht.«⁵

Die AutorInnen verweisen auf den Flora-Brand im November 1995: Auch damals habe sich in die Trauer über den möglichen Verlust eine eigenartige Euphorie gemischt, im Wiederaufbau nach dem Feuer sei die ursprüngliche Idee der Flora wieder spürbar gewesen. Damals sei auch darüber diskutiert worden, ob man nicht einfach ein anderes leerstehendes Gebäude besetzen sollte – für die AutorInnen der Beleg, dass es sich bei der Flora mehr um eine Haltung und eine Vorstellung vom alternativen Leben handele als um das konkrete, letztlich ersetzbare Gebäude.

Eine Konfrontation mit der Stadt zu riskieren bzw. sogar zu provozieren, sei aus einem weiteren Grund strategisch sinnvoll:

»Nur durch die Bereitschaft, etwas zu riskieren und den Mut zur Provokation, entwickeln wir eine Situation, in der Solidarität, das Lebenselixier aller sozialen und politischen Kämpfe, entsteht. Vertragsverhandlungen und Taktiererei gegenüber dem Senat sind dagegen das Klima, in dem Erbsenzählerei, Mißtrauen und Verratsvorwürfe gedeihen. Nicht in unseren Niederlagen gehen wir unter, sondern in den Kämpfen, die wir nicht führen.«⁶

Letztlich könne man der Entwicklung relativ gelassen entgegensehen, denn zunächst sei es am Senat, aktiv zu werden und eine Räumung anzustrengen. Und selbst wenn man die Flora am Ende nicht verteidigen könnte, sei es mehr als wahrscheinlich, dass die linke Bewegung aus einer solchen Auseinandersetzung gestärkt und motiviert herausgehen würde. Notfalls könne man im Anschluss die Idee der Flora an anderer Stelle wiederaufleben lassen:

»Wenn wir als Projekt nicht mehr genügend subversives Potential haben, um an anderen Orten wieder aufzuerstehen, die Flora wieder neu zu schaffen oder zumindest die Gefahr heraufzubeschwören, uns als wütende Zellen mit dem Bedürfnis nach Kollektivität überall in der Stadt zu materialisieren, dann haben wir auch die Flora nicht verdient. Radikalität ist die Kraft für den Schritt, entgegen jeglicher vermeintlichen

⁴ Institut für creative Flora-Gestaltung, S. 4.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

›Vernunftentscheidung die eigene Integrität und Sicherheit für eine abstrakte Vorstellung, nämlich für die, ›das Richtigste zu tun, auf's Spiel zu setzen.‹⁷

Im Jahr 2000 nehmen die Diskussionen um eine mögliche vertragliche Legalisierung der Flora erneut Fahrt auf, weil der Altonaer Bezirksamtschef Uwe Hornauer mit Rückendeckung des Hamburger Senats einen Vertragsentwurf ausarbeitet, der als Gesprächsgrundlage für Verhandlungen mit der Flora dienen soll. Dieser Entwurf wird innerhalb des Kreises der Flora-AktivistInnen äußerst kritisch gesehen, insbesondere weil darin Verantwortliche für das Projekt benannt werden sollen, die dann in der Folge für etwaige Vorkommnisse haftbar gemacht werden könnten. Außerdem wird kritisiert, dass politische Plakate an der Hausfassade nicht geduldet würden und die Flora sich verpflichten müsse, die Ansiedlung der Drogenszene am Gebäude nicht länger zu tolerieren (vgl. dazu den folgenden Abschnitt 8.2). Dennoch finden sich auch Stimmen, die zumindest für die Aufnahmen von Verhandlungen plädieren. Die Zeck stellt die kontroversen Positionen in der Flora in einem langen Interview mit vier AktivistInnen dar, die zum Teil für und zum Teil gegen die Verhandlungen mit der Stadt argumentieren.

Die AktivistInnen machen in diesem Gespräch nochmals klar, dass niemand von sich aus auf die Idee gekommen wäre, den Status der Flora zu verändern. Alle sehen die möglichen Nachteile und Gefahren einer vertraglichen Bindung der Flora. Die Differenz besteht darin, dass einige den Abschluss von Verträgen als klaren Widerspruch zu den eigenen politischen Ansätzen darstellen, während andere einen annehmbaren Vertrag, der weiterhin politische Handlungsfähigkeit ermöglicht, zumindest prinzipiell für vorstellbar halten. Dabei wird auch auf Erfahrungen anderer autonomer Zentren zurückgegriffen:

»Wir waren ja neulich on tour und haben verschiedene Projekte besucht in Süddeutschland. Und mich hat das nochmal darin bestätigt, dass vertragliche Lösungen möglich sind. Wir haben uns die Verträge kopiert, die haben teilweise Pachtverträge oder Mietverträge, in denen auch so Klauseln drinstanden, dass z.B. keine Transparente rausgehängt werden dürfen. Sowas haben die dann halt rausgekickt während der Verhandlung.«⁸

Ganz so optimistisch sieht der Großteil der Interviewten die Situation allerdings nicht. Beispielsweise wird befürchtet, dass die Stadt bei ihrer Forderung, die offene Drogenszene vor der Flora zu zerschlagen, bleibe, was in der Konsequenz bedeute, dass die Flora DealerInnen und Drogenabhängige selbst »anzeigen und denunzieren« müsste, was aus autonomer Sicht unvorstellbar sei. Zum Teil wird daher lediglich aus strategischen Gründen befürwortet, sich auf Verhandlungen einzulassen, um Zeit zu gewinnen und das unvermeidliche Scheitern der Verhandlungen politisch besser ausschlachten zu können.

In ihrer Diskussion verweisen die AktivistInnen wiederholt auf die zurückliegenden Erfahrungen der Hafenstraße sowie auf die gescheiterten Verhandlungen der Flora

⁷ Institut für creative Flora-Gestaltung, S. 5.

⁸ O.A.: [K]eine Flora mit Verträgen? In: Zeck 94_2000, S. 5-9, hier S. 6.

selbst Anfang der 1990er Jahre. »Die Hafenstraße ist ja auch nicht ohne Verträge durchgesetzt worden, sondern da war auch immer der Tenor Verträge und nicht räumen.«⁹ Dem wird direkt widersprochen:

»Also wir sind auch nicht mehr 1987 zu seligen Hafenzeiten, was den gesellschaftlichen Rahmen angeht. Dazu kommt, dass die Flora ja schon mal Vertragsverhandlungen geführt hat. Wir haben von den gescheiterten Verhandlungen 1992/93 eine relativ authentische und umfangreiche Erfahrung. [...] Die Flora als Projekt hat das politische Wissen darum, was für eine Dynamik Vertragsverhandlungen auch bedeuten, wie sehr man da ins Schwimmen gerät [...]. Man fängt halt an, bestimmte Sachen zur Verhandlungssache zu machen und indem sie dann Verhandlungsmasse sind, muss man auch möglicherweise Abstriche machen. Und wenn man erstmal in diesem Prozess drin ist, dann wird es schwer, nach der Logik des kleinsten Übels nicht noch die eine oder andre Kröte zu schlucken, um das imaginäre und vermeintlich große Ganze zu retten.«¹⁰

Wohin diese Haltung führe, sei beispielsweise in der politischen Biografie der Grünen zu beobachten, die von außerparlamentarischer Opposition mittlerweile im Kosovo-Krieg gelandet seien. Daher müsse die Flora sich weiter total verweigern, auch wenn das in der Öffentlichkeit als Prinzipienreiterei oder Halsstarrigkeit verstanden werde, »weil in der Verweigerung mehr Politikfähigkeit letztendlich liegt, als in dem Versuch mitzuspielen und zu glauben, man könne hier irgendwie mit dem Kalkül des kleinsten Übels hier irgendwas retten, um eine Minimalstruktur am Leben zu halten.«¹¹

Zusätzlich befürchten die AktivistInnen, dass vertragliche Regelungen dazu führen würden, dass bei Verstößen die Gegenseite darüber entscheiden könnte, ob sie die Situation eskalieren will oder nicht, während man selbst in einer defensiven Warte-haltung gefangen wäre. Weil bei der Frage, ob man eine Eskalation riskieren soll oder sich lieber an alle Regeln hält, unterschiedliche Gruppen naturgemäß unterschiedliche Grenzen ziehen würden, sei zudem eine fortschreitende Spaltung zu erwarten, die die Flora letztlich politisch enorm schwächen würde. Zwar sei es richtig, dass auch ohne Verträge immer wieder darüber diskutiert werde, ob ein besonders provokatives Transparent nun sein müsse oder man lieber keine Eskalation provozieren solle, und auch ohne Verträge sei es an solchen Fragen immer wieder zu Spaltungen gekommen. »Aber dann ist es aber unser Entscheidungsprozess, der nicht über Druck entsteht. Das ist doch ein Unterschied zu einer Diskussion, weil es die Klausel 10.2 im Vertrag gibt und wir deswegen die Schere im Kopf haben.«¹²

Ein weiterer Unterschied zu den Verhandlungen 1992 wird beklagt: Damals, in der Anfangsphase der Flora, sei die Struktur der NutzerInnen eine andere gewesen, es habe eine große Gruppe von wirklich radikal denkenden und handelnden Menschen gegeben, die trotz eines möglichen Vertrages nicht aufgehört hätten, autonome Politik zu betreiben. Unter dieser Voraussetzung seien die Verhandlungen relativ einfach gewe-

⁹ O.A.: [K]eine Flora mit Verträgen, S. 8.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

¹² O.A.: [K]eine Flora mit Verträgen, S. 9.

sen. Heute sehe das leider anders aus, sodass ein Vertrag tatsächlich eine Befriedung bedeuten könne.

Abschließend diskutieren die AktivistInnen über die Frage, wie die Flora zu einer einheitlichen Haltung kommen könne. Auf einer Vollversammlung sei ein Stimmungsbild eingeholt worden, bei dem sich die überwiegende Mehrheit gegen Verträge ausgesprochen habe. Debattiert werde nun, ob in der Frage vom Konsensprinzip abgewichen werden solle und eine Mehrheitsentscheidung getroffen werden könne.

»Wenn das bei so einem Meinungsbild bleibt, sollte man das auch als politischen Willen formulieren. Dann müssen halt die Leute, die wirklich dagegen sind und in der Minderheit waren, sich überlegen, wie sie damit umgehen wollen. [...] Wenn Leute rausgehen finde ich das immer sehr schade und nicht wünschenswert, aber es ist auch eine Konsequenz.«¹³

Ein anderer Aktivist hofft dagegen, eine Spaltung der Flora an der Vertragsfrage vermeiden zu können. Obwohl er selbst gegen Verhandlungen sei, würde er im Falle einer Mehrheit für die Verhandlungen zunächst abwarten, was dabei herauskäme.

»Und ich vermute, wenn ich die Position derer, die verhandeln, ernst nehme, dass wir uns möglicherweise wieder an einem Punkt treffen, wenn die Verhandlungen scheitern. [...] Ich hoffe halt, dass diese Offenheit bei allen Beteiligten erstmal besteht, der jeweils anderen Position eine Chance zu geben.«¹⁴

Tatsächlich gibt es auch nach dem relativ eindeutigen Meinungsbild gegen die Vertragsverhandlungen immer wieder Personen und Gruppen, die versuchen, für die Aufnahme von Verhandlungen zu argumentieren. Die Gruppe *Rage* plädiert ausführlich für Gespräche mit der Stadt und verweist abermals auf die Verhandlungen 1992/93. Auch damals sei der Prozess zwar von der Stadt verlangt und initiiert worden, dennoch hätten die AktivistInnen die Situation letztlich geschickt für sich genutzt, ihre eigenen Inhalte einem breiteren Publikum nahegebracht und auf diese Weise großen öffentlichen Rückhalt gewonnen. Selbst wenn die Stadt die Verhandlungen damals nicht unvermittelt abgebrochen hätte, wäre die Flora gestärkt aus ihnen hervorgegangen, nicht zuletzt, weil eine Räumung und deren Legitimierung in der Öffentlichkeit kaum mehr möglich gewesen wären. Im Vergleich zum ersten Angebot der Stadt 1992 sei die aktuelle Vertragsvorlage sogar relativ annehmbar: »Die damaligen ›Angebote‹ des Senats können zurecht als Angriff bezeichnet werden, da sie zur Intention hatten, massiv in den Alltag der Flora einzugreifen. Hingegen scheint uns die Bezeichnung ›Angriff‹ für den aktuellen Vertragsentwurf doch recht übertrieben.«¹⁵ Bis auf das Verbot von politischen Transparenten und die geforderte Vertreibung der offenen Drogenszene ähnele der Vertrag einem normalen Gewerbemietvertrag. Der rot-grüne Senat wolle mit seiner Hilfe weniger den Flora-Alltag angreifen, als vielmehr das Thema Rote Flora aus dem anstehenden Bürgerschaftswahlkampf heraushalten.

13 O.A.: [K]eine Flora mit Verträgen, S. 9.

14 Ebd.

15 Gruppe rage: Die Flora muss rot bleiben. Plädoyer für die Aufnahme von Gesprächen mit dem Senat. In: *Zeck 95_2001*, S. 4-6, hier S. 4.

Es sei zwar richtig, dass ein Kampf gegen Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat oftmals auch gegen den Staat ausgefochten werden müsse – daraus folge aber keineswegs zwangsläufig, dass jede Verhandlung mit dem Staat per se abzulehnen sei. Zum einen sei der Staat als komplexe materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse prinzipiell durchaus für progressive Vorhaben nutzbar, beispielsweise durch den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates. Zum anderen sei ohnehin möglich, mit dem Staat zu verhandeln und gleichzeitig antistaatliche Positionen zu vertreten.

»Bezogen auf die Flora ist daraus zu folgern, dass wir dafür plädieren, das Verhältnis zur Stadt/zum Senat in der Frage der Flora selbst nüchtern zu betrachten, den Senat hier selbstverständlich als politischen Gegner anzusehen, aber nicht in dem Sinne, dass die Verhandlungen an sich quasi ein Tabubruch sind. Verhandeln heißt, dass eigene Positionen eingebracht werden, dass um diese gerungen wird und dass schließlich eine Einigung erreicht werden kann, wenn die Ergebnisse akzeptabel sind. Man muss beim Sich-Einlassen auf Verhandlungen zwar mit einer Einigung rechnen, das bedeutet aber noch lange nicht, dass es zwangsläufig eine geben muss.«¹⁶

Die AutorInnen bestreiten, dass in Verhandlungen über Verträge automatisch die politischen Positionen der Flora mitverhandelt werden würden: Auch in einem vertraglich gebundenen Zentrum lasse sich eine radikale linke Politik verfolgen. Die unannehbaren Forderungen des Senats müssten eben in den Verhandlungen abgelehnt werden. Das Argument, mit Verträgen sei die Flora politisch gefesselt und schrecke in voraus-eilendem Gehorsam vor Konflikten zurück, wird ebenfalls zurückgewiesen: »Wenn ein Transparent oder eine Aktion (an der Flora) zu einer Kündigung des Vertrags führt, dann wäre das eben so, und die Auseinandersetzung mit dem Senat befände sich wieder auf einer anderen – nicht rechtlich gebundenen – Ebene.«¹⁷

Die Gruppe *Rage* warnt vor den möglichen Konsequenzen, wenn die Flora sich durch eine prinzipielle Ablehnung von Verhandlungen politisch isolieren würde – ein solcher Konflikt sei nur mit breiter Unterstützung und einem festen gesellschaftlichen Rückhalt zu gewinnen. »Die Flora ist im Falle einer Bedrohung auf ein breites Bündnis angewiesen, was eben nicht nur aus den verbliebenen 150-200 Autonomen in Hamburg und ein paar Zugereisten bestehen kann.«¹⁸ Aus diesem Grund sei auch die zunehmende Isolation im Viertel kritisch zu bewerten, die durch pauschale Rassismusvorwürfe gegen AnwohnerInnen und Geschäfte im Schanzenviertel selbst verursacht worden sei.

Abschließend kommt die Gruppe auf die zugrundeliegende Motivation zu sprechen, die einen Erhalt der Flora aus ihrer Sicht so unverzichtbar macht.

»Für uns stellt sich an diesem Punkt grundsätzlich die Frage, worum es der radikalen Linken gehen sollte: Für gesellschaftliche Veränderungen kämpfen oder eine Rebellen-Attitüde zur Schau stellen? Mit einem ›reinen‹ linksradikalen Gewissen leben oder dafür streiten, dass mehr Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung ankämpfen?«¹⁹

¹⁶ Gruppe rage, S. 4f.

¹⁷ Gruppe rage, S. 5.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

Die Position der GegnerInnen von Verhandlungen impliziere zumeist, die Bedeutung der Flora als Raum abzuwerten, weil es nicht um das Gebäude, sondern um Inhalte gehen müsse. Dagegen betonen die AutorInnen die Potenziale und Chancen, die in einem öffentlichen, zugänglichen Ort linksradikaler Politik lägen. Die Flora werde von vielen Gruppen für ihre politische Arbeit genutzt, sie biete außerdem die Möglichkeit, linkes Alltagsleben und ein linkes kulturelles Milieu erlebbar und zugänglich zu machen, was eine starke Anziehungskraft auf Interessierte ausübe und daher ein wichtiger Faktor bei der Politisierung neuer AktivistInnen sei. Auch für die konkrete Situation im Schanzenviertel sei die Flora wichtig, um den Aufwertungsprozessen und dem Kampf gegen Drogenabhängige entgegentreten zu können.

»Die Flora hat gewissermaßen eine Verantwortung, sowohl für die Politik im Stadtteil, als auch für die Politik und Organisierung der radikalen Linken in Hamburg. Die aktuelle Entscheidung, sich den Verhandlungen zu verweigern, birgt eine große Gefahr, die Flora zu verlieren, ohne dass dies zwingend notwendig wäre.«²⁰

Auch wenn die Flora bei Verhandlungen mit der Stadt das Risiko eingehen müsste, etwas zu verlieren, sei das Risiko, das in einer vorschnellen Konfrontation mit dem Senat liege, ungleich höher. Auf diese Weise werde fahrlässig das Projekt Rote Flora mit seiner Praxis und seinen Möglichkeiten aufs Spiel gesetzt, obwohl bei entsprechender politischer Vorbereitung und einem breiten Bündnis ein akzeptables Ergebnis möglich sei, das die Flora als wichtigen Ort linksradikaler Politik erhalten könne.

In der folgenden Ausgabe der *Zeck* positioniert sich die *Rote Flora* dennoch offiziell gegen die Vertragsverhandlungen.

»Die Stadt (der Senat) hat im Oktober 2000 über den Altonaer Bezirksamtsleiter Hornauer die Forderung an die Flora erhoben, sich in Verhandlungen zu begeben und das Projekt mit einem Vertragsabschluß zu legalisieren. Wir haben entschieden, diesen von der Stadt vorgegebenen Verhandlungsweg nicht zu gehen.«²¹

Man habe in den vergangenen elf Jahren keine Verträge gebraucht, um die Flora erfolgreich zu betreiben, und man brauche sie auch jetzt nicht. Für viele Außenstehende sei auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar, warum die Flora ein Angebot ausschlägt, mit dem sie sich vermeintlich absichern könne; tatsächlich sei das Angebot der Stadt aber ein Angriff auf das Zentrum, seine politische Arbeit und seine Organisationsform. Die Flora solle auf diesem Weg befriedet und zugleich in den Aufwertungs- und Vertreibungsprozess im Schanzenviertel integriert werden. »Statt uns darauf einzulassen, haben wir uns entschieden, die Ideen, die das Projekt Flora ausmachen – wie Autonomie, Selbstorganisation und Emanzipation – zu verteidigen und klarzustellen, dass die Flora mit Verträgen (zumindest längerfristig) keine Flora mehr ist.«²²

Aus Sicht der Flora ist klar, dass das plötzlich wiedererwachte Interesse der Stadt, den Status der Flora als Besetzung zu beenden, von zwei Faktoren getrieben sei: einer-

20 Gruppe rage, S. 6.

21 Rote Flora: Flora bleibt unverträglich! Stellungnahme der Roten Flora zum Verhandlungsangebot der Stadt. In: *Zeck 96_2001*, S. 5-7, hier S. 5.

22 Rote Flora: Flora bleibt unverträglich!, S. 5f.

seits von dem bevorstehenden Bürgerschaftswahlkampf, andererseits von der Aufwertung des Schanzenviertels und insbesondere der Rolle, die die Flora in den Auseinandersetzungen um die offene Drogenszene im Viertel spiele. Durch ihren Einsatz gegen die Vertreibung von Drogenabhängigen sei die Flora selbst zur Zielscheibe geworden:

»Als Reaktion [...] wurde die Flora dann selbst vermehrt mit den vermeintlichen Problemen des Viertels – Drogen, Dreck und Gesetzesbruch – identifiziert. So erklärt sich die Propaganda der letzten Jahre, die Flora sei Ort autonomer Gewalt und die andauernde Rede vom ›rechtsfreien Raum‹, die in der Springer-Presse nach den Auseinandersetzungen am 1. Mai ihren vorläufigen wahnsinnigen Höhepunkt fand.«²³

Zwar spiele die Flora im allgemeinen Aufwertungsprozess im Viertel eine ambivalente Rolle, weil sie einerseits mit kulturellen Angeboten und urbanem Flair als weicher Standortfaktor die Attraktivität des Viertels steigere, andererseits aber durch ihre schmuddelige Fassade und die ausdrückliche Billigung von Drogenkonsum vor ihren Türen einer widerspruchslosen Aufwertung im Wege stehe. Im Gesprächsangebot der Stadt sehen die AutorInnen weniger ein ehrliches Interesse an einer konstruktiven Auseinandersetzung, sondern vielmehr den Versuch, in der Öffentlichkeit mehr Akzeptanz und Kooperation für die zu erwartende härtere Gangart gegen die Flora zu schaffen. Die Strategie der Stadt bestehe immer aus der Integration von erwünschten und der Vertreibung von marginalisierten Gruppen, weshalb die Flora sich stets konsequent der Mitarbeit bei Partizipationsangeboten, Runden Tischen und Bürgerbefragungen der Stadt verweigert habe. »Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, keine Verhandlungen mit staatlichen Gremien oder RepräsentantInnen einzugehen. Die Rote Flora wird in diesem Jahrhundert nicht Teil einer Lösung sein, wie sie dem Bezirk und der Stadt vorschwebt.«²⁴

Der vertragslose Status ermögliche der Flora, ohne Kontrollen politisch aktiv zu werden, und sei an sich bereits eine praktische Infragestellung der politischen Ordnung und der Eigentumsverhältnisse. Diese grundlegende Idee sei nicht verhandelbar. Die Stadt versuche, durch die vertragliche Einhegung der Flora den öffentlichen Raum weiter nach den eigenen Vorstellungen zu strukturieren. Die Flora beanspruche hingegen, selbst zu entscheiden, für wen der öffentliche Raum auf welche Weise nutzbar sei. Damit sei die Flora auch ein ständiger Störfaktor bei der Inszenierung der öffentlichen Sicherheit und bei der Umstrukturierung des Schanzenviertels. Die Flora sieht daher in den Auseinandersetzungen um die eigene Existenz im Viertel auch die willkommene Gelegenheit einer weiterreichenden politischen Kampagne: »Die anstehenden Konflikte um die Zukunft der Roten Flora werden deshalb für uns der Ort sein, an dem die jahrelange Auseinandersetzung um Repression, Vertreibung und Umstrukturierung im Stadtteil aktuell zugespielt werden kann.«²⁵

Ein Aktivist, der sich unter dem Pseudonym *Der Kontaktbereichsautonome* (bzw. *kba*) mehrfach an Debatten in der *Zeck* beteiligt, unterstützt in einem weiteren Artikel die

²³ Rote Flora: Flora bleibt unverträglich!, S. 6.

²⁴ Rote Flora: Flora bleibt unverträglich!, S. 7.

²⁵ Ebd.

Haltung der Flora, sich trotz des Appells der *Gruppe Rage* gegen Verhandlungen zu positionieren. Zwar sei erfreulich, dass auch Gruppen, die nicht direkt in der Flora aktiv seien, an dem Diskussionsprozess teilnehmen und sich Gedanken um die Zukunft der Flora machten. »Wenig überzeugend Neues liefert die ›gruppe rage‹ aber an Argumenten, wieso denn ausgerechnet mit Verträgen die Flora rot bleiben wird.«²⁶ Der Autor versucht dagegen darzulegen, weshalb eine Ablehnung der Verhandlungen der richtige Weg sei, indem er den Politikansatz der *Gruppe Rage* angreift. Es sei der falsche Ansatz, mit der eigenen Haltung auf gesellschaftliche Mehrheiten und die Unterstützung der AnwohnerInnen im Viertel zu zielen:

»[...] [F]est steht nun mal, daß die Flora weder eine Partei ist noch Wahlen gewinnen will und die Tatsache, daß auch im Schanzenviertel der normale gesellschaftliche weiße Mehrheitsdiskurs mit seinen Rassismen und ordnungspolitischen Vorstellungen greift, kann nicht überführt werden in die Formel ›fundamentalistische, undifferenzierte Position gegenüber AnwohnerInnen.‹²⁷

Die *Gruppe Rage* mache es sich zu einfach, wenn sie behauptete, dass man entweder gesellschaftliche Veränderung anstreben wolle oder lediglich eine rebellische Attitüde zur Schau stelle. Die Entscheidung der Flora gegen die Vertragsverhandlungen sei viel mehr als bloß ein Versuch, die eigene Radikalität zur Schau zu stellen – es handele sich um eine nüchterne Abwägung der politischen Rahmenbedingungen, unter denen sich die Verhandlungen 2001 abspielten. Die aktuelle Forderung nach Verhandlungen sei für die Flora weitaus bedrohlicher als Anfang der 1990er Jahre:

»Das ist einer der Gründe, warum im Gegensatz zur Behauptung der gruppe rage unter den aktuellen FloranutzerInnen keineswegs die Verhandlungen von 1992/93 als Revisionistenkacke abgetan werden – damals war die Flora stärker, heute ist sie schwächer als noch vor 8 Jahren. Und im Gegensatz zum an dieser Stelle gern angeführten Argument, gerade weil ›wir‹ schwach sind, dürfe man nicht die Flora leichtfertig aufs Spiel setzen, lautet die Gegenrede: im aktuellen Zustand wird sich die Flora eher bis zur Kenntlichkeit auf das Niveau ›kritischer alternativer Stadtteilkultur‹ herunterverhandeln, als daß sie Ort einer linksradikalen widersprechenden Politik ist.«²⁸

Dass gute Gründe der Verweigerung selbst in den eigenen Reihen nur noch als verbohrte rebellische Attitüde wahrgenommen werden und autonome Politik ausschließlich nach ihrer öffentlichen Vermittelbarkeit beurteilt werde, führe zu der scheinbaren Alternativlosigkeit, sich dem staatlichen Anspruch nach Domestizierung und Integration unterzuordnen.

Der Autor verweist auf eine alternative Lesart, die die Bedeutung der Flora als Ort linker Politik etwas anders darstellt als die *Gruppe Rage*:

»Polizei und Verfassungsschutz freuen sich seit 1989 darüber, daß im großen Flora-sandkasten sich GenossInnen im alltäglichen Einerlei aufreiben. [...] So bleibt die Flora der Garant für die Sicherheitsorgane, daß irgendwie nicht allzu arg mit den Förmchen

²⁶ Kba: RevolutionärInnen! Löst Bahnsteigkarten! In: *Zeck 96_2001*, S. 14f., hier S. 14.

²⁷ Ebd.

²⁸ Kba: RevolutionärInnen, S. 15.

um sich geworfen wird, sonst wird man nämlich vom Spielplatz geworfen – bäh. Nach bald 12 Jahren wäre es also durchaus an der Zeit, es mal wieder anders zu probieren.«²⁹

Der Wunsch in der linken Szene, die Flora zu behalten, wird in dieser Beschreibung zu einem bremsenden Faktor, der die Linke in ihrer Radikalität und Kompromisslosigkeit hemme. Die Aufrechterhaltung des Flora-Betriebs und die damit zusammenhängenden Konflikte sorgten zusätzlich dafür, dass man vornehmlich mit sich selbst beschäftigt sei und kaum politische Wirkung nach außen entfalten könne. Die Flora wird auf diese Weise von einer Machtressource der Autonomen zum Fallstrick und Bremsklotz. Aus dieser Perspektive wirkt das Szenario, die Flora eventuell zu verlieren, gar nicht mehr so bedrohlich. Folgerichtig plädiert der *Kontaktbereichsautonome* dafür, nicht zu sehr an der Flora zu hängen:

»Klar, man muß nicht auf Biegen und Brechen die Flora plattmachen lassen, aber es muß immer möglich sein, sie zur Disposition stellen zu wollen – nur dann hat linke und radikale Politik eine Perspektive. Und sollte sich herausstellen, daß die Flora platt ist und danach sich alle in die Schneckenhäuschen privater Befindlichkeiten zurückziehen, dann lag ohnehin etwas im Argen.«³⁰

Die Stadt Hamburg reagiert auf die ablehnende Haltung der Flora mit einer Privatisierung des ›Problems‹: Das Gebäude wird 2001 an den Investor Klausmartin Kretschmer verkauft. Die AktivistInnen in der Flora reagieren auf diesen Vorstoß nach außen erwartungsgemäß unbeeindruckt:

»Der Verkauf der Roten Flora ist der Versuch des Hamburger Senates, politische Konflikte mittels Veränderung der formal-juristischen Eigentumsverhältnisse zu privatisieren. [...] Anstehende Auseinandersetzungen um die Zukunft des Stadtteils werden wir mit unseren Interventionsformen führen, wem auch immer das Haus, in dem wir uns bewegen, offiziell zugeschlagen wird. Wir beanspruchen die Flora für unsere Strukturen. Die Flora kann von niemandem erworben werden, da sie uns bereits gehört.«³¹

Die AutorInnen vermuten trotz der vollmundigen Ankündigungen Kretschmers, das Gebäude langfristig befrieden und als Kulturzentrum erhalten zu wollen, lediglich Profitinteressen hinter dem Kauf zu einem äußerst günstigen Preis. Obwohl der neue Besitzer eigentlich ignoriert wird, schließt die Pressemitteilung mit einer Kampfansage an ihn: »Wir werden keine Eingriffe in die Strukturen und Ansätze der Roten Flora hinnehmen und uns keineswegs mit der rasanten Umnutzung des öffentlichen Raumes in privat kontrollierte Orte abfinden.«³²

Auch der *Kontaktbereichsautonome* analysiert die neue Situation nach dem Verkauf der Flora. Klar sei, dass die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Flora mit diesem Vorstoß nicht abgeschlossen, sondern maximal vertagt worden seien. Die Stadt hege

29 Kba: RevolutionärInnen, S. 15.

30 Ebd.

31 Rote Flora: Presseerklärung der Roten Flora. Betreff: Verkauf des Gebäudes an einen privaten Investor. In: *Zeck 97_2001*, S. 4.

32 Ebd.

die Hoffnung, den Aktivismus der Flora durch die Privatisierung gewissermaßen ins Leere laufen zu lassen: »Nimmt man der Flora das Feindbild ›Staat‹, so das Kalkül der Politik, wird das ohnehin in die Jahre gekommene Projekt langsam wieder im Sumpf des alltäglichen Orgaeinerleis versacken.«³³ Auch der Investor selbst gebe sich zwar Mühe, sich möglichst offen und verständnisvoll zu zeigen, und betone immer wieder, die Flora erhalten und sich nicht in die interne Arbeit einmischen zu wollen. All diese Beteuerungen seien aber nichts wert, wie seine Aussagen zur Drogenszene an der Flora, in denen er betont, dass es einen zweiten Fixstern mit ihm nicht geben werde, zeigen würden:

»Damit dementiert er seine eigenen Behauptungen vom angeblichen Erhalt der Unabhängigkeit der Flora im gleichen Atemzug. Deswegen ist die Konfrontation vorgezeichnet, abgesehen von der Frage, ob die FloristInnen einen zweiten Fixstern planen oder nicht. Und wenn sie es täten, was glaubt Kretschmer eigentlich, was er da dreinzureden hätte, ohne damit nicht zielsicher einen Eklat zu produzieren.«³⁴

Der Autor vermutet, dass die vorgebliebene Zurückhaltung Kretschmers ohnehin nicht von langer Dauer sein werde: Zu stark sei der Druck, den beispielsweise die Springer-presse aufbaue, endlich die weiterhin untragbaren Zustände in der Flora konsequent anzugehen. »Und das Lieblingsthema der Rechten vom angeblich ›rechtsfreien Raum-Rote Flora wird auch Kretschmer bald in Zugzwang bringen.«³⁵ Sicher sei auch, dass die rechten Parteien nichts unversucht lassen würden, den Verkauf der Flora als reines Wahlkampfmanöver des rot-grünen Senats darzustellen und weiterhin eine Räumung als einzige Lösung des Problems ansehen würden. Die Haltung der Flora müsse daher auch weiter ein konsequentes Ignorieren der ohnehin bedeutungslosen Eigentumsverhältnisse der Flora sein.

Diese postulierte Bedeutungslosigkeit wird auch in einem weiteren Statement der *Roten Flora* zum Verkauf deutlich:

»Abgesehen davon, dass die Flora von niemandem erworben werden kann, da sie uns bereits gehört, muss sich auch der neue ›Eigentümer‹ darüber im Klaren sein, dass er hier genauso wenig zu melden haben wird, wie die Stadt Hamburg in den letzten 12 Jahren. [...] Unsere Vorstellungen von Selbstbestimmung und Emanzipation vertragen sich weder mit staatlicher noch privater Einflussnahme und Kontrolle.«³⁶

Es sei absurd zu glauben, durch einen Verkauf der Flora die radikale Kritik und die praktischen Interventionen der AktivistInnen verhindern zu können; die Flora werde auch weiterhin die Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse im Schanzenviertel thematisieren und – wo nötig – konsequent eingreifen.

Dabei betont die *Flora* immer wieder, dass es sich um Strukturen und Prozesse handle, die über die konkret beteiligten Personen hinausgehen:

³³ Der Kontaktbereichsautonome: Wider die Entartung des sozialen Organismus. In: *Zeck* 97_2001, S. 5.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd.

³⁶ Rote Flora: Finger verbrennen! Die Flora ist und bleibt unverträglich! In: *Zeck* 98_2001, S. 6.

»Uns ist es wichtig klarzumachen, dass es verkürzt wäre, die Kritik allein auf Kretschmer als Person zu richten. Stattdessen muss gesehen werden, dass sich seine privaten ökonomischen Interessen mit den Standortinteressen der Stadt überschneiden und er gerade deshalb von der Stadt protegiert wird.«³⁷

Das bedeutet allerdings nicht, dass keine Kritik an Personen geübt wird. Im Gegen teil, Kretschmer wird für seine Rolle im Aufwertungsprozess genauso kritisiert wie die Stadt für ihren Anteil. Tatsächlich sei das Vorgehen von Stadt und privaten Investoren recht ähnlich: Beide hätten ein Interesse an der Aufwertung bestimmter Stadtteile, beide wüssten aber mittlerweile, dass ein allzu kompromissloses Vorgehen zu brem senden Protesten und Widerstand führen könne, weshalb beide auf eine ausgewogene Mischung aus Integration und Ausgrenzung setzen würden. So wie sich die Beteiligungsangebote der Stadt immer nur an einen privilegierten Teil der AnwohnerInnen richteten, so seien auch die Angebote und Beteuerungen von privaten InvestorInnen mit großer Skepsis zu betrachten.

»Solange eine bestimmte Subkultur Ambiente und Anziehungspunkte schafft, die (ob gewollt oder ungewollt) als Motor für eine Aufwertung dienlich sind – wie z.B. im Moment Flora oder Pudel³⁸ – wird versucht, Kontakt aufzunehmen und gemeinsame Projekte aufzuziehen. Ist der Aufwertungsprozess einen Schritt weiter, werden diese Projekte genauso wie viele andere jetzt schon über den Tisch gezogen und platt gemacht.«³⁹

Die AutorInnen kündigen folglich an: So wie die Flora stets die Runden Tische und Beteiligungsangebote der Stadt kritisiert und ignoriert habe, werde sie sich auch jeglicher Kooperation mit Kretschmer verweigern. Auch alle anderen kulturellen und politischen Projekte werden aufgefordert, jeden Annäherungsversuch von Kretschmer konsequent abzublocken.

In einem weiteren Artikel von *Querlight* wird der Erfolg der bisherigen Flora-Politik betont. Die konsequente Ablehnung aller Professionalisierungsvorschläge sei einer der Gründe für die langjährige Existenz der Flora: »Diese halsstarrige Resistenz hat dem Projekt in kultureller wie politischer Hinsicht eine Autonomie bewahrt, die taktische Rücksichtnahmen (z.B. wegen drohender Kürzung von Fördergeldern) weitgehend obsolet gemacht hat.«⁴⁰ Auch die Privatisierung der Eigentumsverhältnisse der Flora nach dem Verkauf an Kretschmer könne daran nichts ändern:

»So bleibt also vorläufig mit der Roten Flora alles beim Alten; niemand hört auf das, was die Flora sagt, und die Flora sagt nicht, was alle hören wollen. Aber es besteht die berechtigte Hoffnung, daß das subversive Potential der Flora deswegen keinen Schaden nimmt. Das ist nämlich der Charme des Subversiven: es ist für alle Beteiligten nicht berechenbar...«⁴¹

³⁷ Rote Flora: Eurhythmie? Auf die Füße treten. Kretschmer, die Stadt, der Standort und Gentrificati on. In: *Zeck* 100_2001, S. 8f., hier S. 8.

³⁸ Gemeint ist hier der Golden Pudel Club, ein Szeneclub in Altona.

³⁹ Rote Flora: Eurhythmie, S. 9.

⁴⁰ Querlight: Rote Flora: Kassandra-Rufe aus der Schanze. In: *Zeck* 100_2001, S. 9f., hier S. 9.

⁴¹ Querlight, S. 10.

Die *Gruppe Demontage* versucht in einem für *Zeck*-Verhältnisse außergewöhnlich langen Essay, die Auseinandersetzungen um die Flora in einen breiteren Rahmen der Hamburger Stadtentwicklung zu setzen. Als die Flora besetzt wurde, habe die autonome Linke mit ihrem Fokus auf das eigene Viertel einen Politikansatz verfolgt, dessen Unzulänglichkeiten damals noch nicht erkannt worden seien. Darüber hinaus sei der eigene Erfolg immer als Ergebnis der eigenen Stärke interpretiert worden, obwohl bei genauerer Analyse die Selbstüberschätzung deutlich werde:

»Die Durchsetzung der Roten Flora kann aus Sicht der Viertellinken als Paradebeispiel einer erfolgreichen Verknüpfung der Ablehnung der Senatspolitik durch ein traditionell-kleinbürgerliches, auf Besitzstandwahrung bedachtes Milieu und des militanten Kampfes linker AktivistInnen gelten. Wobei die Verhinderung des Musicalpalastes im Schanzenviertel oder die Durchsetzung der Hafenstraße von vielen Linken primär auf die eigene Stärke zurückgeführt wurde und nicht hinreichend bestimmt wurde, inwiefern den entsprechenden Senatsentscheidungen auch eine Befriedungsstrategie oder eine Abwägung politischer Risiken zugrunde lag.«⁴²

Schon die damaligen Auseinandersetzungen seien in eine fundamentale Umstrukturierung der Stadt eingebettet gewesen, die seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend an einer unternehmerischen Logik ausgerichtet werde. Dazu gehöre die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas, aber auch die Abkehr von sozialpolitischen Programmen und die Privatisierung städtischer Aufgaben. Die öffentliche Verwaltung orientiere sich grundsätzlich an kapitalistischen Vorstellungen und auch die Organisationsformen entsprächen immer mehr der Unternehmensform. Da sich schnell breite Kritik an dieser Umgestaltung formierte, sei die Umstrukturierung durch abfedernde Partizipationsangebote verträglicher gestaltet worden.

»Vor dem Hintergrund der links-alternativen Geschichte des Schanzen- und anderer Viertel greifen die Partizipationsansätze besonders gut, da sie einen Ausdruck der Verstaatlichung der Alternativbewegung darstellen, in der ideologischen Sphäre suggerieren sie basisbezogene Mitwirkungsmöglichkeiten, die jedoch den herrschenden Konsens nur etwas vielfältiger reproduzieren.«⁴³

Beliebt seien auch kostengünstige Selbsthilfeprojekte, die den Wegfall staatlicher Sozialpolitik zwar nicht wirklich abmildern würden, aber immerhin ein wohliges Gemeinschaftsgefühl erzeugen könnten.

Das innenstadtnahe Schanzenviertel sei ebenfalls seit den 1980er Jahren von der Umstrukturierung erfasst: Als ehemalig proletarisch-kleinbürgerlich geprägtes Viertel seien es zunächst MigrantInnen und Studierende gewesen, die in das Viertel gezogen seien, nach und nach habe sich dann ein alternatives Milieu etabliert. Zu Beginn der 1990er hätten vermehrt Dienstleistungsfirmen das Viertel für sich entdeckt und seit dem Ende der 1990er Jahre seien insbesondere die Kreativbranche und die Internetökonomie im Schanzenviertel sesshaft geworden. Parallel dazu habe sich das Viertel

42 Gruppe demontage: Städtische Modernisierung und Restlinke. Zur Auseinandersetzung um die Rote Flora in Hamburg. In: *Zeck* 100_2001, S. 12-18, hier S. 12.

43 Gruppe demontage: Städtische Modernisierung, S. 14.

zu einem beliebten Ausgehviertel für ein junges, gutbetuchtes Publikum entwickelt. Die Position der Flora in diesem Prozess war immer uneinheitlich: Einerseits ließ sie sich hervorragend in den urbanen Charme des Viertels integrieren, andererseits waren insbesondere ihre Haltung und ihre Aktionen im Konflikt um die offene Drogenszene Anlass für die aktive Infragestellung des Projekts.

»Diese Repolitisierung und neue Außenorientierung der Flora wurde von der Stadt mit einem erhöhten Integrationsdruck beantwortet. [...] Gleichzeitig ist die Senatspolitik jedoch auch ambivalent, da sie bisher nicht auf eine unmittelbare Zerstörung des Projekts abzielte. Anscheinend wird gerne in Kauf genommen, daß die Rote Flora mit ihrem morbiden Charme und wegen ihres subkulturellen Angebots als weicher Standortfaktor zur ökonomischen Aufwertungsspirale des Schanzenviertels beiträgt.«⁴⁴

Dass sich die Flora allen Verhandlungsangeboten verweigert habe und damit letztlich auch bereit sei, die eigene Existenz infrage stellen zu lassen, sei zwar die richtige Entscheidung gewesen, um weiter Kritik an dem Zusammenspiel von Integration und Ausgrenzung in der Stadtentwicklung üben zu können. Gleichzeitig verkenne diese Haltung häufig den eigenen Beitrag zur Umstrukturierung des Schanzenviertels: Zwar werde immer wieder festgestellt, dass die Flora ein »weicher« Standortfaktor sei, der Anteil der Linken an der Aufwertung des Viertels gehe aber weit darüber hinaus. Wohngemeinschaften könnten sich Mieten leisten, die für die übrige Bevölkerung nicht bezahlbar seien; die Kneipen, Cafés und Geschäfte, die heute den Reiz des Ausgehviertels ausmachten, gingen ebenfalls oft auf die Bedürfnisse und Infrastruktur der linken Szene zurück. Auch strukturell seien linke Ansätze in die neoliberalen Stadtpolitik integriert worden, beispielsweise in Form von flexiblen Arbeitsformen oder der Beteiligung von BürgerInnen und MitarbeiterInnen. Dies sei zu oft ignoriert worden:

»In ihrem Selbstbild konnte sich die alternative und radikale Linke lange Zeit unabhängig von der Mitwirkung an den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen fühlen, weil sie sich überwiegend in Gegenwelten organisierte, die nicht unmittelbar in die herrschende Produktions- und Reproduktionsprozesse integriert waren. Im Bereich städtischer Reproduktionspolitik, wie um die Rote Flora, können jedoch nicht die Augen davor verschlossen werden, daß die eigenen radikalen Politikansätze, wenn auch ungewollt, der kapitalistischen Vergesellschaftung zumindest teilweise in die Hände gespielt haben.«⁴⁵

Trotz der Erfolge der linken Stadtpolitik sei daher im Grunde noch nichts erreicht worden: »Erreicht wurden alternative Einsprengsel in die herrschenden Verwertungsstrukturen, die nicht frei davon sind, das Kapitalverhältnis durch neue Produktions- und Reproduktionsansätze auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene zu erneuern.«⁴⁶ Aufgabe der Linken sei daher, die weitere Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse zu antizipieren, um ihre Krisen zu erkennen und Interventionsmöglichkeiten zu entwickeln,

44 Gruppe demontage: Städtische Modernisierung, S. 15.

45 Gruppe demontage: Städtische Modernisierung, S. 17.

46 Ebd.

die in der Zukunft möglichst wenig integrierbar in die kapitalistischen Verwertungsprozesse seien. Dies sei eine äußerst abstrakte Aufgabe, weil konkrete Erfahrungen noch fehlten; bezogen auf die Situation im Schanzenviertel ließen sich aber einige Ansatzpunkte aufzeigen.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre müsse die Linke lernen, äußerst vorsichtig mit konkreten Forderungen nach Veränderungen umzugehen. Eine Antwort auf die Privatisierungstendenzen könne unter den gegebenen Umständen beispielsweise nicht die Forderung nach Verstaatlichung sein, sondern bestenfalls abstrakt die Forderung nach direkter Vergesellschaftung. Auch die bloße Verweigerungshaltung gegenüber Runden Tischen u.Ä. sei mit Blick auf die zahlreichen zu erwartenden städtischen Projekte nicht genug: »Deshalb müßten die Partizipationsforen von links nicht nur boykottiert, sondern auch demaskiert und als systemstabilisierende politische Institution behindert werden.⁴⁷

Die Haltung der Roten Flora sei ein wichtiger Impuls für die gesamte Linke, sich nicht auf demoralisierende Integrationsprozesse einzulassen. Auch wenn die Gefahr bestehe, letztlich doch geräumt zu werden, habe das Projekt durch die Verweigerung eine begrenzte Gegenmacht entwickelt, beispielsweise, weil die Gegenseite ihm nun eine gewisse Legitimität zusprechen musste. Die Flora habe nun die Chance, ein wichtiger Lern-Raum für die linke Szene zu werden:

»Wichtig ist jedoch, daß im Kampf um die Flora bei vielen einzelnen und als kollektiver politischer Prozeß weiterhin Erfahrungen gemacht werden, die sich als politisch selbstbestimmt und im Ansatz als systemkritisch herausstellen. [...] So stellt das Experimentieren und gemeinsame Lernen mit diesen Praxisformen eine, wenn auch kleine Antwort auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesse dar. Im Hinblick auf die vorangegangenen Erfahrungen der Linken, die es sich immer wieder aus der Perspektive der eigenen gesellschaftlichen Weiterentwicklung neu anzueignen gilt, kann dies zu einem kumulativen Lernprozeß beitragen und somit trotz der allgemeinen Ratlosigkeit hinreichende Fundamente für weitere Auseinandersetzungen legen. Das ist nicht viel, aber es ist zumindest ein Weg, um sich als Restlinke weiter zu entwickeln und zu überleben.«⁴⁸

Die Diskussionen um die Zukunft der Flora nehmen gegen Ende des Jahres 2009 erneut an Intensität zu, weil Kretschmer öffentlich mit einem Verkauf des Gebäudes liebäugelt und damit auch ein mögliches Ende der Roten Flora in Erwägung zieht. Die Flora reagiert auf diese Ankündigungen mit kaum verhohlenen Drohungen:

»Kretschmer fehlt jede politische Legitimität, sich im Zusammenhang mit der Existenz der Flora anzumaßen, über unsere Zukunft zu entscheiden. Kretschmer ist kein Gesprächspartner für uns. [...] Kretschmer hat über die möglichen Folgen einer ‚brennenden Flora‘ nach einer Räumung für Hamburg herum phantasiert – wir empfehlen

47 Gruppe demontage: Städtische Modernisierung, S. 18.

48 Ebd.

ihm dringend, sich für diesen Fall auch Gedanken über den unversehrten Fortbestand seiner eigenen Projekte zu machen.⁴⁹

In einem längeren Diskussionspapier, das für eine Vollversammlung im Januar 2010 geschrieben wurde, denkt die *Autonome Gruppe für Flora-Aktivismus* dennoch nach wie vor betont unaufgeregt über eine mögliche Räumung nach. »Wir haben weder Angst noch Panik vor einer Bedrohung der Roten Flora. Wir sehen darin vielmehr die Möglichkeit für eine Neubestimmung stadtpolitischer Kämpfe im Floraumfeld und die Chance für die Entwicklung einer breiten Protestbewegung.«⁵⁰ Der Verkauf an den Investor Kretschmer sei ein Zeichen der Schwäche des Senats gewesen, der zwar zum damaligen Zeitpunkt keine Räumung riskieren, das Thema aber gleichwohl irgendwie von der politischen Agenda habe bekommen wollen. Dabei sei der Verkauf schon damals nur eine Illusion gewesen:

»Er ist lediglich ein vom Senat eingesetzter Märchenprinz als virtueller Besitzer eines Luftschlosses: Einer Flora, die nicht mehr kollektiv besetzt und autonomer Veranstaltungsort, sondern befriedetes Eigentum sein soll. Ebenso gut könnte man die Elbe oder das schlechte Wetter an einen privaten Investor verkaufen. [...] Er kennt das Projekt lediglich aus der Zeitung und hat dort seit 10 Jahren ›Hausverbot‹. Zu keinem Zeitpunkt wurde irgendeine Form von Gespräch geführt. Jedenfalls wenn man seinen kurze Zeit nach dem Kauf abgebrannten PKW nicht als nonverbale Kommunikation zählt.«⁵¹

Auch nach dem Verkauf habe die Flora den Konflikt um ihre Besetzung immer als Konflikt um das Verständnis von Gesellschaft und Stadt betrachtet. Die Flora zeichne sich durch ein ambivalentes Verhältnis zum Stadtteil aus, sei »eine Mischung aus Touristenmagnet, heimlicher Affäre der Handelskammer und Hassobjekt bürgerlicher Gesellschaftsvorstellungen.« Sie sei sowohl ein in Teilen integrierbarer Standort- als auch ein unbequemer Störfaktor. Über ihr Engagement gegen Mietsteigerung und Verdrängung habe sie eine positive Verbindung zu den AnwohnerInnen im Viertel, obgleich die Beziehung nicht frei von Konflikten sei. So oder so sei sie sich aber im Falle einer Räumung einer breiten Unterstützung und Solidarität im Viertel sicher, auch wenn sie einen Viertelpatriotismus generell ablehne.

Zudem dürfe man sich in den anstehenden Auseinandersetzungen nicht auf den Investor konzentrieren, weil der Konflikt so zu einer privatwirtschaftlichen Frage entpolitisiert würde. Stattdessen müssten die Themen Stadt, Stadtteil, Vertreibung und die Frage, wie das Leben in dieser Stadt gestaltet werden solle, im Mittelpunkt stehen. Die Rolle der Flora in diesen Kämpfen sei nicht von vornherein festgelegt, sondern Teil eines wichtigen Aushandlungsprozesses:

»Die Flora ist von ihrem Selbstverständnis ein autonomes und linksradikales Zentrum, versteht sich aber auch als spektrenübergreifendes Projekt, das von und durch die po-

49 O.A.: Erklärung der Roten Flora vom 04.11.09 zur aktuellen Diskussion um Kretschmer. In: *Zeck 154_2010*, S. 7.

50 Autonome Gruppe für Flora-Aktivismus: Widerstand und Perspektiven der Roten Flora. Unverträglich glücklich! In: *Zeck 154_2010*, S. 7-10, hier S. 7.

51 Autonome Gruppe für Flora-Aktivismus, S. 8.

litischen Bewegungen um sie herum gefüllt wird. [...] Es geht uns nicht darum, das Gebäude als »Mahnmal« autonomer Politik und Geschichte zu erhalten oder als reines Veranstaltungszentrum, sondern als lebendigen Motor von kultureller Verunsicherung, Protest, Kritik und unterschiedlichen Widerstandsformen.«⁵²

Wichtig sei daher auch die Vernetzung mit anderen Initiativen und Gruppen, die ebenfalls das Zusammenleben in der Stadt gestalten und verändern wollten, auch wenn sie andere Ansätze und Strategien verfolgten. Exemplarisch genannt werden das Gängeviertel und die Initiative für den Erhalt des Bernhard-Nocht-Quartiers. Die Offenheit der Flora für solche Bündnisse decke sich auch mit der schon vorher betonten inhaltlichen Heterogenität der Flora: »Die Flora und ihr Umfeld sind kein ›wir‹, sondern eher eine Vielzahl unterschiedlicher Identitäten.«⁵³

Auch wenn die militante Verteidigung der Flora direkt vor und nach der Räumung wichtig sei und sich die Bereitschaft dazu jenseits der oft beobachteten Verbalradikalität auch in der Praxis entwickeln müsse, werden die Erfolgsaussichten solcher Aktionsformen skeptisch betrachtet.

»Allen muss klar sein: Die Räumung der Flora kann nicht militant verhindert werden, sondern lediglich politisch! Wir werden eine »militärische« Auseinandersetzung immer verlieren. Unser Kampf bleibt ein symbolischer, ist der Versuch, den Preis hochzutreiben und Widersprüche angreifbar und damit greifbar zu machen.«⁵⁴

Zum Abschluss skizzieren die AutorInnen die Eckpunkte einer politischen Kampagne für den Erhalt der Roten Flora. Spannend ist insbesondere, wie das Verhältnis von eigener, linker Subkultur zur Mehrheitsgesellschaft gezeichnet wird:

»Wir kämpfen nicht für Nischen und Freiräume, sondern wir kämpfen gegen gesellschaftliche Normen, die uns in solche zwingen. Nischen, dunkle Ecken und Freiräume sind wichtige Rückzugsorte und Ausgangspunkte, aber wenn wir sie zum Gegenstand selbst erklären, erliegen wir denselben Fehlern wie die Alternativbewegung der siebziger Jahre. Es gibt kein richtiges Leben im falschen! Wir halten im Zusammenhang mit der Flora einen politischen Fokus auf einen Freiraumbegriff als zu dünn für eine Kampagne, die uns über den Tag hinaus bringen soll.«⁵⁵

Zusätzlich kompliziert werde der Bezug auf das Freiraumkonzept, weil das Modell der Selbstorganisation in mehrfacher Hinsicht Anknüpfungspunkte für neoliberalen Argumente biete, beispielsweise beim Verzicht auf staatliche Kulturförderung, bei der Selbstversorgung, bei der Mitwirkungspflicht etc. Man müsse aufpassen, nicht ungewollt zum Vorbild für eine deregulierte Gesellschaft zu werden. Auch wenn Freiräume wichtige Erprobungsfelder für eine linksradikale Alltagsorganisierung seien, dürfe man nicht glauben, dass man in ihnen wirklich frei agieren könne. Man bewege sich weiterhin in einer unfreien Gesellschaft voller Widersprüche. Daher müsse man, wenn überhaupt, mindestens die ganze Stadt als Freiraum fordern.

⁵² Autonome Gruppe für Flora-Aktivismus, S. 9.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Autonome Gruppe für Flora-Aktivismus, S. 10.

Die Flora bemühe sich zwar nicht um gesellschaftliche Anschlussfähigkeit um jeden Preis, sei aber dennoch offen für breite Bündnisse. Die AutorInnen zeigen sich durchaus bereit zu einer Mobilisierung weit über die zahlenmäßig beschränkte autonome Szene hinaus:

»Wer um und mit für die Flora kämpft, muss unsere Blickwinkel nicht unbedingt teilen. Wir sehen in einer Kampagne jenseits unserer Positionen in der Roten Flora vielmehr ein Forum für andere eigenständig formulierte Ziele und weitere Projekte, die sich auf eigene Weise manifestieren können.«⁵⁶

Man werde nicht passiv auf eine mögliche Räumung warten und friedlich abwarten, bis jemand anders eine Entscheidung treffe. Vielmehr sei man bereit, sich an vielen Themen und Konfliktfeldern zu beteiligen und eine radikale linke Kritik in die Diskussion und auf die Straße zu bringen.

Der geplante Rückkauf der Roten Flora durch die Stadt wird von den Flora-AktivistInnen als ein klares Zeichen dafür gedeutet, dass soziale Konflikte mittels Privatisierung nicht reguliert werden könnten.

»Wir sehen einen möglichen Rückkauf der Flora durch die Stadt als politisches Ende des Versuches, sich den Konflikt um das Projekt durch eine Privatisierung vom Hals zu schaffen. Wir begrüßen dieses Scheitern und hoffen, dass die privatwirtschaftliche Deregulierung auch an anderen Punkten rückgängig gemacht wird [...]. Privatisierungen treiben die Durchsetzung kapitalistischer Verwertungsprinzipien voran und verschärfen gesellschaftliche Ungerechtigkeiten. Sie dienen der Aushebelung kritischer Öffentlichkeit durch eine Verschiebung der Auseinandersetzung aus dem Bereich des Öffentlich-Politischen in die entpolitiserte Sphäre des privaten Eigentums, die heilige Kuh der bürgerlichen Gesellschaft.«⁵⁷

Auch das *Plenum der Roten Flora* äußert sich zu den neuen Entwicklungen. Der Rückkauf sei kein Zeichen einer Entspannung, Senat und Stadt seien weiterhin keine Verhandlungspartner und es gebe keinen Anlass, am Status der Flora irgendetwas zu ändern. Der Konflikt sei lediglich auch förmlich wieder dort angelangt, wo er sich nach dem Verständnis der Flora immer befunden habe. Die Flora sei weiterhin nicht bereit, einzulenken und sich stärker in die Beteiligungsangebote der Stadt einzubringen. In den Auseinandersetzungen um ein Recht auf Stadt sei die eigene kompromisslose Haltung der einzige Weg, eine kritische Politik zu verfolgen. Runde Tische, Mitbestimmung und Partizipation seien dagegen ausschließlich darauf ausgerichtet, den neoliberalen Umbau der Stadt zu optimieren und Zustimmung zu erzeugen. Nur indem man sich außerhalb der systemischen Zwänge des Kapitalismus positioniere, könne man die Entwicklungen in der Stadt grundsätzlich infrage stellen.

»Protestformen wie Hausbesetzungen sind kein Anachronismus, sondern auf der Höhe der Zeit. [...] Es geht dabei aus linksradikaler Perspektive nicht um einzelne Projekte

⁵⁶ Autonome Gruppe für Flora-Aktivismus, S. 10.

⁵⁷ Kampagne »Unverträglich glücklich« & Plenum der Roten Flora: Flora bleibt rot! Zwei Schritte vor und drei zurück – das Scheitern städtischer Privatisierung als Konfliktregulationsmodell. In: Zeck 157_2010, S. 5.

oder Interessen, sondern eine kollektive Infragestellung der herrschenden Werte, Normen und Besitzverhältnisse. Es geht darum, ein anderes Leben denk- und vorstellbar zu machen, Orientierungspunkte und Aussichtstürme zu besetzen, die radikale Kritik am Bestehenden und den Blick auf andere Verhältnisse möglich machen.⁵⁸

Dafür werde gerne in Kauf genommen, das Projekt auch weiterhin nicht dauerhaft absichern zu können. Man sei sich im Klaren darüber, dass auch mit der Stadt als neuer Besitzerin eine gewaltsame Räumung nicht vom Tisch sei. »Ein Projekt wie die Flora, das sich als Spiegelbild gesellschaftlicher Kämpfe und Veränderungen sieht, kann nie wirklich sicher sein, bleibt immer prekär und in Bewegung. Wir werden weiterhin ein Störfaktor im kapitalistischen Normalbetrieb sein.«⁵⁹

In einem weiteren Artikel wird beklagt, dass Kretschmer immer wieder versuche, die öffentliche Meinung zu beeinflussen: Die Flora sei gescheitert, im Stadtteil völlig isoliert und erreiche lediglich ihre eigene Klientel von (Alt-)Autonomen. Auch diverse Zeitungen zeichneten ein Bild, nach dem die Flora nur noch für Intoleranz und Gewalt stehe und sogar viele, die ihr ideologisch naheständen, mittlerweile Schwellenangst hätten. Die AutorInnen weisen diese Vorwürfe vehement zurück: Die Flora sei nicht abgeschottet, sondern offen für alle BewohnerInnen Hamburgs, die sie nach eigener Vorstellung nutzen und mit Inhalt füllen könnten. »Die Rote Flora, so schreibt das Kollektiv, das sie besetzt hält, ›ist immer nur genau das, was in sie hineingetragen wird.‹ Wir würden's so lassen.«⁶⁰ Gleichzeitig sei die Existenz der Flora auch ein Beweis, dass es nach wie vor möglich sei, sich der üblichen Stadtentwicklung und Vermarktung wenigstens ein Stück weit zu entziehen. Sie sei damit Vorbild für viele andere linke Projekte:

»In diesem Sinne ist die Rote Flora die große Schwester des besetzten Gängeviertels und kommender Besetzungen. Die ›Komm in die Gänge-‹Aktivistinnen und Aktivisten mögen ihre Besetzung softer und im bürgerlichen Sinne lösungsorientierter vorgenommen haben – doch hier wie dort geht es im Kern darum, eine Schneise in die unternehmerische Stadt zu schlagen. Wo die Gängeviertel-Aktiven diese Verhältnisse dem Senat in langwierigen Verhandlungen abzutrotzen versuchen, zeigt die Rote Flora, dass man auch ohne Vertrag und offizielle Behördenabnahmen jahrzehntelang einen Freiraum halten kann. So lässt sich voneinander lernen.«⁶¹

Je näher der Termin rückt, an dem das zehnjährige Vetorecht der Stadt ausläuft und der Investor frei entscheiden kann, an wen er das Gebäude verkaufen will, desto intensiver wird die Vorbereitung der BesetzerInnen. In einem längeren Positionspapier werden 2011 nochmals die Eckpunkte einer Verteidigungskampagne erläutert, mit zahllosen Aufklebern und Flugblättern wird außerdem versucht, eine breite Öffentlichkeit im Viertel zu erreichen.

AktivistInnen aus der Flora fassen in einem Artikel zentrale Eckpunkte der Unverträglichkeits-Kampagne zusammen. Eine latent drohende Gefahr sei die Ver-

⁵⁸ Kampagne »Unverträglich glücklich« & Plenum der Roten Flora, S. 5.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ O.A.: Ich würd's so lassen! Die Flora-Bleibt-Festspielwoche. In: *Zeck* 160_2011, S. 5f., hier S. 6.

⁶¹ Ebd.

einnahmung bestimmter Teile der Protestbewegung, indem manche Strömungen integriert, andere vertrieben und ausgesgrenzt würden. Die Versuche zeigten sich auch in der Kampagne, die die Recht-auf-Stadt-Bewegung in einen modernen, kreativen und einen altmodischen, autonomen Teil aufgespalten werden solle. »So soll wiederständiges Potential sortiert werden in einen integrierbaren Teil, der sich trotz (oder wegen) Prekarität als Standortfaktor vermarkten lässt, und einen nicht integrierbaren, nicht verwertbaren Teil, der die volle Härte des Polizeiknüppels zu spüren bekommen soll.«⁶² Die Flora müsse allein deshalb schon besetzt bleiben, weil sie als Freiraum, als ein Ort der Sozialisation, der Selbstorganisation, des Experimentierens und des Ausprobierens erhalten werden müsse. Allerdings sei auch ein Freiraum niemals wirklich frei, da gesellschaftliche Zwänge in allen Menschen verankert seien und somit auch dort wirken würden. Sinnvoller als der Kampf für die Erhaltung eines begrenzten Freiraums sei daher der Kampf gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Linke erst in ihre Nische zwingen würden.

Die Flora dürfe sich nicht vereinnahmen lassen, weshalb sie sich tunlichst als Störfaktor im Stadtteil etablieren solle:

»Nicht Befriedung wird angestrebt, sondern die Förderung und Entwicklung sozialer Proteste und Bewegungen. Entsprechend werden Verträge ebenso abgelehnt wie Verhandlungen. Mit dem Besetzt-Status der Flora soll nicht nur das Projekt selbst und wie es funktioniert verteidigt werden, sondern generell die Berechtigung von legalitätsüberschreitenden Aneignungen als Demonstration und Forderung gesellschaftlicher Anwesenheit.«⁶³

Wichtig sei daher, sich nicht auf Kosten-Nutzen-Kalkulationen einzulassen und die Existenz des Projekts über die Idee zu stellen. Ohne ihre widerständige Praxis wäre die Flora lediglich ein inhaltsleeres Museum linksradikaler Politik.

Um auf alle möglichen Szenarien vorbereitet zu sein, sei die Bündnisarbeit sehr wichtig, auch wenn es kompliziert sei, die unterschiedlichen Ausgangspunkte und Praktiken der einzelnen PartnerInnen irgendwie zusammenzubringen. Dass dennoch ein belastbares Bündnis entstehen könnte, sei eine Folge zurückliegender Lernerfolge:

»Dabei lässt sich allerdings aufbauen auf die früheren politischen Auseinandersetzungen um Vertreibungspolitik, die Erfahrungen bei den Mobilisierungen und Bündnissen im Zusammenhang mit Bambule, das Engagement beim Recht auf Stadt Netzwerk oder die langjährige Praxis und Verankerung im Schanzenviertel.«⁶⁴

Zwei Jahre später wenden sich AktivistInnen aus der Flora nochmals gegen die Pläne Kretschmers und eines weiteren Investors, aus der Flora ein kommerzielles Kulturzentrum zu machen und dafür auch einen Konflikt mit den BesetzerInnen und eine Räumung in Kauf zu nehmen. Die Pläne seien ein durchschaubarer Versuch, die Stadt

⁶² Vgl. Positionspapier der Kampagne Flora bleibt unverträglich, zitiert nach AG für autonome Teilchenbeschleunigung: Der Konflikt um die Rote Flora. In: Zeck 161_2011, S. 6-8, hier S. 6.

⁶³ AG für autonome Teilchenbeschleunigung, S. 7.

⁶⁴ Ebd.

zu einem Rückkauf des Gebäudes zu drängen. Dennoch versucht die Flora, durch eine öffentliche und entschlossene Reaktion allen potenziellen GeldgeberInnen klar zu machen, dass mit ihr kein Gewinn zu machen sei. In den letzten Jahren sei es gelungen, die Flora wieder stärker zum Ausgangs- und Kristallisierungspunkt von politischen Bewegungen in Hamburg zu machen und wieder eine größere Außenwirkung zu erzielen. Dies zeige erneut, wie wichtig ein besetztes Zentrum für eine vitale politische Szene sei. Wichtig sei daher, auch allen zukünftigen Versuchen der Einbindung und Kooperation eine klare Absage zu erteilen.

Kretschmer und ein Geschäftspartner würden versuchen, die Stadt dazu zu drängen, bei der Zukunft der Flora ein Exempel zu statuieren:

»Ziel sei, die Besetzer_innenszene zu demoralisieren und neuen Hausbesetzungen durch die Zerschlagung der Flora in Zukunft keine Perspektive mehr zu bieten bzw. sie zu verhindern. Ihr Angriff richtet sich ideologisch nicht nur gegen die Rote Flora als einzelnes lokales Projekt, sondern sie verstehen ihr Engagement als politisches Statement gegen Hausbesetzungen insgesamt.«⁶⁵

Auch wenn die Stimmung in der Stadt aktuell gegen eine Räumung spreche und sogar die *Bild-Zeitung* und die *Welt* einen Rückkauf der Flora und eine dauerhafte Duldung der Besetzung forderten, wisse man in der Flora genau, dass solche politischen Stimmungen schnell wieder in die andere Richtung kippen könnten. Man werde sich daher nicht auf die Beschwichtigungen verlassen, sondern selbst weiter an der Absicherung des Projekts arbeiten.

»Von der Roten Flora wurde daher immer klargestellt, dass der aktuelle Konflikt in erster Linie einer um Stadt und Gesellschaft ist. Die Auseinandersetzung geht nicht nur um das Gemäuer am Schulterblatt, sondern ist Teil von und bezieht sich auf die Verhältnisse, die es umgeben. Es geht uns im Kampf um die Flora nicht nur um den Erhalt des Hauses, sondern um die Flora als politisches Projekt und politische Idee.«⁶⁶

Eine Vernetzung im Recht-auf-Stadt-Netzwerk, eine stärkere Verknüpfung mit anderen Projekten und dem Kampf um öffentlichen Raum im allgemeinen sowie diverse Aktionen in der Vergangenheit würden zeigen, dass sich die Flora nicht auf eine Vertheidigungshaltung zurückziehe, sondern eine Veränderung der Verhältnisse anstrebe, um eine Räumung langfristig zu verhindern.

An dieser Haltung ändert auch der Rückkauf des Flora-Gebäudes durch die Stadt im November 2014 nichts. Die Hoffnungen der Stadt, durch ihren Rückkauf der Flora auch den politischen Konflikt zu entschärfen, seien naiv: »Die Rote Flora lässt sich nicht befrieden, da die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse keinen Frieden zulassen«⁶⁷, wie das *Plenum der Roten Flora* betont. Abermals wird daher angekündigt, sich nicht um formale Besitzverhältnisse zu kümmern, sondern davon unbeeinflusst das ei-

65 O.A.: Flora bleibt weiterhin unverträglich! Zur aktuellen Situation der Roten Flora in Hamburg. In: *Zeck 177_2013*, S. 5f., hier S. 6.

66 Ebd.

67 Plenum der Roten Flora: Presseerklärung der Roten Flora 05.11.2014. In: *Zeck 184_2015*, S. 8.

gene politische Projekt fortzusetzen: »Wir sind keine Freunde der bürgerlichen Eigentumsordnung und insofern ist es uns egal, wer meint Besitzerin der Flora zu sein.«⁶⁸

7.2 »Autonomie ist selbstbestimmte Abhängigkeit« – Debatten um Drogen, Vertreibung und Stadtteilpolitik

Mitte der 1990er Jahre entwickelt sich eine Debatte, in der einige tradierte Elemente linker Identität zur Disposition stehen und schließlich über Bord geworfen werden. Dies betrifft einerseits das Verhältnis der autonomen Linken zu Drogen, andererseits die idealisierende Aufladung des ›eigenen‹ Stadtteils Schanzenviertel zum ›linken‹ Viertel. Gleichzeitig wird eine weitere Frage mitverhandelt, nämlich ob es im linken Kampf um Befreiung noch ein »revolutionäres Objekt« gebe und ob es sich dabei um die BewohnerInnen des Viertels, die Drogen-UserInnen oder Angehörige anderer diskriminierter Minderheiten handeln könne. Das Aufkommen der sogenannten Drogenproblematik im Schanzenviertel ist außerdem eng verbunden mit Aufwertungs- und Vertreibungsprozessen im Rahmen städtepolitischer Entwicklungen in Hamburg und wird daher immer wieder zur Projektionsfläche für Kritik an Gentrifizierung insgesamt.

Das klassische Verhältnis von Autonomen zu Drogen spiegelt sich in der Debatte um den Verkauf von Alkohol wider, die Anfang der 1990er Jahre in der Flora geführt wurde. Bis 1993 wurde kein Alkohol in der Flora ausgeschenkt, weil die AktivistInnen die allgemeine gesellschaftliche Einstellung zum Konsum legaler Drogen aufbrechen und eine alkoholfreie Alternative erlebbar machen wollten.⁶⁹ Die generelle, klassische Einstellung von Autonomen zu Alkohol und Drogen wurde häufig als lustfeindlich und spießig beschrieben, eine Einschätzung, die sich auch in der Zeck bis weit in die 1990er Jahre finden lässt.⁷⁰ Da dennoch bei Konzerten und auf Partys von BesucherInnen selbst mitgebrachter Alkohol konsumiert wurde, wurde das generelle Verbot von Alkohol schließlich aus pragmatischen Gründen gekippt, ohne dass im Plenum ein Konsens zu diesem Beschluss gefunden wurde.

Diese Entscheidung wurde sowohl inhaltlich als auch formal heftig kritisiert. Einerseits lehnten einige Gruppen die »rein pragmatische« Entscheidung ab. Die BefürworterInnen des Alkoholverkaufs hätten keine Argumente gebracht, warum Alkohol doch nicht so negativ zu bewerten sei wie bisher, sondern lediglich darauf verwiesen, dass ja ohnehin getrunken werde, der Versuch, ein alkoholfreies Zentrum zu sein, also sowieso gescheitert sei und die Flora auf diese Weise zumindest mehr Geld einnehmen könne. Andererseits sei es bei der Diskussion zu einem Bruch mit den eigentlich herrschenden Regeln im Plenum gekommen:

68 Plenum der Roten Flora: Presseerklärung, S. 8.

69 Vgl. o.A.: Alkohol in der Flora?! In: *Zeck* 13_1993, S. 5.

70 So spricht beispielsweise Eine Sympathisantin in einem Leserinnenbrief noch 1999 von den »teilweise spießigen Ansichten aus den eigenen Reihen«, gegen die sich eine Drogen akzeptierende Haltung der Flora mühsam durchsetzen müsse, vgl. Eine Sympathisantin: Drogenpolitik. Ein Leserinnenbrief zu »Einmal ist keinmal«. In: *Zeck* 84_1999, S. 4.

»Am 10.03. wurde gegen die Position von drei Gruppen der Beschuß gefaßt, Alkohol zu verkaufen. Damit ist nicht nur die Flora ein erklärt alkoholfreier Raum weniger in Hamburg; gleichzeitig wurde ganz offen mit dem Konsensprinzip gebrochen. Die Struktur des Plenums der Flora, das aus einem bunten Haufen von Einzelpersonen und wenigen Delegierten besteht, die Unfähigkeit/das Verhindern, eine inhaltliche Diskussion zu führen und die Hierarchie nicht nur zwischen einzelnen, sondern auch unter den Gruppen haben diese Entscheidung möglich gemacht.«⁷¹

Die Kritik schließt damit an allgemeine Vorwürfe gegen das Plenum an, dem immer wieder vorgeworfen wurde, zentralistisch und autoritär die eigenen Interessen durchzudrücken.

»Den ›ZK-Vorwurf‹ an das Plenum gibt es schon lange. Daß jedoch ausdrücklich gegen die Position mehrerer Gruppen eine Entscheidung getroffen wurde, ist in dieser Form bis jetzt nicht passiert. Es geht nicht um die Anzahl der Menschen, gegen deren Meinung entschieden wurde, sondern um den prinzipiellen Umgang mit ›Minderheiten‹ und der Durchsetzung von Interessen vieler/einiger/weniger gegenüber anderen.«⁷²

Eine Autorin mit dem Pseudonym *Anna Bolika* weist diese Kritik als ungenau und tendenziös zurück. Zunächst sei der ZK-Vorwurf an das Plenum ein beliebtes Totschlagargument, das von allen vorgebracht werde, denen eine Entscheidung des Plenums nicht passe – ironischerweise hätten auch die BefürworterInnen des Alkoholverkaufs in der Vergangenheit bereits einen ähnlichen Vorwurf formuliert. Außerdem sei diese Entscheidung nicht das erste Mal, dass das Plenum keinen Konsens herstellen konnte, schon bei anderen Fragen sei gegen den Willen einiger TeilnehmerInnen entschieden worden. »Dass damals keine Flugblätter veröffentlicht wurden, lag u.U. daran, daß den ›Minderheiten‹ der Unterschied zwischen Konsensprinzip und Vetorecht im Verhältnis zur Kompromißfähigkeit geläufig war.«⁷³ Das Alkoholverbot sei kein aus dem Nichts kommendes Dogma, sondern ein Beschluss von 1989, bei dem das damalige Plenum vor dem Hintergrund der anstehenden Besetzung und allgemeiner Kritik an Sucht und Drogen gegen den Verkauf von Alkohol votierte. Somit sei die Kritik und eine eventuelle Neubewertung der Frage absolut legitim. Ebenfalls werde in der Kritik ausgelassen, dass zunächst nur eine dreimonatige Probezeit beschlossen wurde, nach der der Versuch und die Probleme damit nochmals in Ruhe zu diskutieren seien.

Stärker als inhaltliche Differenzen stünden auch bei der Diskussion um Alkohol allgemeine Befindlichkeiten zur Disposition:

»Seit etwa 2 Jahren hat in der Flora ein Politikstil Einzug gehalten, der schon immer in anderen Zusammenhängen und zu anderen Zeiten nachweisbar war; Vertrauenschwund zueinander, Mißtrauen, gegenseitiges Absprechen der politisch-persönlichen Integrität. [...] Ein munteres Hauen und Stechen, jeder Vorwand kommt da gerade recht. [...] Und ganz läßt sich auch bei der bisherigen Diskussion um den

⁷¹ Einige Menschen aus Gruppen in und um die Flora: Alk in der Flora. In: *Zeck 14_1993*, S. 3f., hier S. 4.

⁷² Einige Menschen aus Gruppen in und um die Flora, S. 3.

⁷³ Anna Bolika: Den Genossinnen Maria Cron und Klara Schnaps gewidmet. In: *Zeck 14_1993*, S. 5 f., hier S. 5.

Alkohol in der Flora nicht von der Hand weisen, daß das Thema nur Vorwand für eine ganz andere Auseinandersetzung war und ist – was für alle Beteiligten gilt.«⁷⁴

Ab 1997 wird in der *Zeck* verstärkt über das Thema Drogenpolitik und Verdrängung diskutiert. Hintergrund ist die allmähliche Verlagerung der offenen Heroinszene in das Schanzenviertel aufgrund der verstärkten polizeilichen Verfolgung von DealerInnen und KonsumentInnen am Hamburger Hauptbahnhof und im Stadtteil St. Georg. Von Beginn an wird die Vertreibung der Drogen-UserInnen in der *Zeck* als direkte Folge der Aufwertung bestimmter Stadtteile gesehen: Im Bemühen, den öffentlichen Raum an die Bedürfnisse zahlungskräftiger KonsumentInnen anzupassen, würden die sichtbaren Folgen von Armut zunehmend zu einem Vermarktungsproblem, das vornehmlich polizeilich gelöst werden solle. In der *Zeck* Nr. 56 wird beispielsweise ein Drucksachenentwurf des SPD-geführten Senats kritisiert, der »Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt« vorschlägt. Die AutorInnen empören sich insbesondere über die zugrundliegende sozialhygienische Logik des Papiers: »Das Ziel ist erklärtermaßen die Bekämpfung der sichtbaren Erscheinungsformen von Armut und Elend, die Verhinderung von ›Konzentration und Verfestigung‹ sowie das ›Sauberhalten‹ ›repräsentativer Räume‹ und ›Visitenkarten der Stadt.‹«⁷⁵ Von Anfang an richteten sich die Maßnahmen der Stadt auch gegen die sogenannte »offene Drogenszene«. Dabei werde oft mit den subjektiven Ängsten der Anwohner argumentiert, die ein polizeiliches Einschreiten angeblich erforderlich machen, tatsächlich sei es aber zumeist die staatliche Politik selbst, die solche Ängste erst produziere, um mit ihnen eine härtere Vertreibungspolitik zu begründen.

Auch im Schanzenviertel zeigt sich schnell die Wirkmächtigkeit dieses Sicherheitsdiskurses. Obgleich das Viertel weiterhin als alternativ, tolerant und linksgerichtet gilt, sind es zum Teil auch Anwohnerinitiativen, die gegen DealerInnen und Abhängige aktiv werden. In einem Flugblatt fordern AnwohnerInnen beispielsweise »einen Schutzraum vor Drogen auf öffentlichen Kinderspielplätzen«.⁷⁶ Das Flugblatt richtet sich »an alle, die hier im Viertel mit Drogen handeln oder sie konsumieren«, und fordert dazu auf, auf den Spielplätzen des Viertels weder Drogen zu verkaufen, noch sie zu konsumieren. Gleichzeitig versuchen die AutorInnen, sich von dem staatlichen Kriminalisierungs- und Vertreibungsdiskurs zu distanzieren:

»Wir wissen, daß Verdrängung und Kriminalisierung keine Lösung für das Problem Drogen darstellen und unterstützen die Forderungen nach verbesserten Hilfsangeboten und Freiräumen, in denen Abhängige ohne Angst mit ihrer Sucht umgehen können. Solange aber keine politischen Lösungen gefunden sind, leben auch wir mit unseren Ängsten.«⁷⁷

⁷⁴ Anna Bolika, S. 6.

⁷⁵ Dirk Hauer, Pia Peddinghaus: Ideologie und Praxis der Vertreibungspolitik in Hamburg. Soziale Zonierung des öffentlichen Raums. In: *Zeck* 56_1997, S. 10-12, hier S. 10.

⁷⁶ Baschu Initiative; Anwohner Initiative Flora-Park: Wir wollen einen Schutzraum vor Drogen auf öffentlichen Spielplätzen. In: *Zeck* 59_1997, S. 10.

⁷⁷ Ebd.

Zwar suche man keine Konfrontation, sei aber bereit, konsequent gegen Verstöße vorzugehen: »Der Baschu und der Flora-Park hat viele Fenster und viele Augen. Wir bekommen mit, was auf dem Platz geschieht und werden alle ansprechen, die sich nicht an die Grenze halten.«⁷⁸

Dem Flugblatt wird von anderen AnwohnerInnen widersprochen. Insbesondere die Forderung nach einem Schutzraum sei irreführend, weil sie suggeriere, dass tatsächlich jemand aktiv bedroht werde. »So in Ordnung wir es finden, darum zu bitten, auf Spielplätzen nicht zu drücken und zu dealen, so falsch finden wir es, dies als ‚Schutzräume‘ zu titulieren.«⁷⁹ Zudem werde ein Schutzraum zumeist offensiv und repressiv durchgesetzt, was zumindest mittelfristig als »Rückendeckung für die unmenschliche Vertreibungspolitik durch Polizei und Senat« interpretiert wird. Der Initiative wird weiter vorgeworfen, nur von den eigenen Befindlichkeiten zu schreiben, aber kein Wort zu der »menschenverachtenden Drogenpolitik, die diese Situation erst schafft« zu verlieren. Statt eine weitere Vertreibung zu fordern, solle man lieber für mehr Fixerräume und legale Verkaufsstellen eintreten.

Ein weiteres Motiv wird hier erstmals thematisiert: die Verbindung des Kampfes gegen DealerInnen und Rassismus. Da die Polizei insbesondere schwarze Menschen als DealerInnen ausgemacht habe, sei die Konsequenz aus dem Versuch, das Dealen zu unterbinden, ein rassistisches Verhalten, das sich u.a. in willkürlichen Kontrollen und Platzverweisen gegen dunkelhäutige Menschen zeige. Die AutorInnen fordern stattdessen mehr Solidarität: »Es geht darum, ein solidarisches, antirassisches Miteinander-Leben zu entwickeln und nicht darum, mit Gewalt und Repression auf sowieso schon Ausgegrenzte draufzuhauen.«⁸⁰

Der Initiative wird vorgeworfen, mit ihren »unreflektierten Öffentlichkeitsaktionen [...] leichtfertig die derzeitige Hetze« zu unterstützen. Trotz dieser Kritik betonen die AutorInnen aber, offen für Gespräche mit den anderen AnwohnerInnen zu sein: »Auch wenn wir heute gegen die Aktion ‚Schutzraum‘ protestieren, um eben jene öffentliche Wirkung zu verhindern, wollen wir nicht in Bausch und Bogen polemisieren, sondern die Möglichkeit für eine kritische Auseinandersetzung offenhalten.«⁸¹ Dennoch werde von den besorgten Eltern erwartet, über ihren eigenen Privilegiertenstatus hinauszudenken. Die AutorInnen der Kritik kündigen abschließend an, im Schanzen- und Florapark provisorische Spritzenabwürfe aufzustellen, um so Kinder vor herumliegenden Spritzen zu schützen, ohne DrogennutzerInnen weiteren Repressionen auszusetzen.

Das Bemühen, keinen unüberbrückbaren Bruch mit den AnwohnerInnen des Viertels zu provozieren, aber gleichzeitig die Kritik an Vertreibung und Repression aufrechtzuerhalten, zeigt sich auch in weiteren Aktionen der Autonomen. So werden beispielsweise im September 1997 Informationstage gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung organisiert, die zwar einerseits das Ziel hätten, »der Medienhetze, dem

⁷⁸ Baschu Initiative; Anwohner Initiative Flora-Park, S. 10.

⁷⁹ Einige Anwohnerinnen und Anwohner: Fixerräume statt Schutzräume. Soziale Integration statt Ausgrenzung. In: *Zeck* 59_1997, S. 11.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Ebd.

von den Parteien gepuschten Sicherheits- und Ordnungswahn sowie einer latent rassistischen Stimmung im Viertel entgegenzuwirken⁸², andererseits wird aber betont: »Hauptschwerpunkt der Informationstage waren die Gespräche mit AnwohnerInnen und PassantInnen – diese waren informativ bis kontrovers. Uns ging es darum, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen.«⁸³ Die AktivistInnen wollen insbesondere zeigen, dass es Positionen gebe, die nicht auf rassistische Ausgrenzung, Forderungen nach mehr Polizei und Vertreibung der Drogenszene hinausliefen, und dass ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben auch diejenigen einschließen müsse, die vom Staat illegalisiert und ausgesgrenzt würden.

Im Zuge der Informationstage wird auch gegen einen Laternenenumzug protestiert, den eine Bürgerinitiative unter dem Motto »Wir bauen eine Schanze gegen Dealer« organisiert hatte. Obwohl in dieser Aktion ein nicht unerhebliches Konfliktpotenzial angelegt ist, beurteilen die AutorInnen sie als Erfolg: Gespräche, Informationen und Flugblätter überzeugen etliche anfangs Interessierte schlussendlich, doch nicht mitzugehen, sodass der Umzug mit gerade einmal zwanzig Beteiligten stattfinden muss.

Die AktivistInnen kritisieren allerdings die geringe Beteiligung auf einer Abschlussdemonstration, die sie als »Ausdruck linksradikaler/autonomer Feuerwehrpolitik« sehen – es sei immer schwierig, Leute zu motivieren, solange die angesprochenen Probleme noch nicht absolut drängend seien. Insgesamt sehen die OrganisatorInnen ihre Informationstage dann auch lediglich als Diskussionsauftakt; viele Fragen seien noch ungeklärt, insbesondere das eigene Verhalten zu rassistischen Vorurteilen im eigenen Viertel: »Die Diskussion um eine richtige Vorgehensweise und ein Verhalten gegenüber der Situation im Viertel ist nach wie vor nicht zu Ende. (Die scheinbar gegensätzlichen Positionen: Gespräche contra Provokationen umreißen grob den hier entstandenen Diskussionszusammenhang.)«⁸⁴

Gleichzeitig verläuft die Konfliktlinie im Zusammenhang mit der Drogenproblematik keineswegs so eindeutig zwischen linken AktivistInnen auf der einen und latent rassistisch argumentierenden AnwohnerInnen auf der anderen Seite. Auch innerhalb der linken Szene wächst nämlich die Kritik, sowohl an der konkreten Praxis im Umgang mit Drogen-UserInnen als auch an dem zugrundeliegenden Politikansatz, der teilweise als Stellvertreterpolitik für eine diskriminierte Minderheit gesehen wird. Dabei tun sich die KritikerInnen zum Teil sehr schwer, ihre Kritik zu formulieren. Es bestehe immer die Gefahr, »sich beim Schildern der Situation und bei der Benennung der konkreten Veränderung, die durch die zunehmende Nutzung der Flora seitens der KonsumentInnen illegalisierter Drogen entstanden sind, in den Netzen des herrschenden Diskurses zu verfangen.«⁸⁵ Zugleich wird konstatiert, dass eine pauschale Zurückweisung aller Sorgen der AnwohnerInnen als rassistisch und wohlfahrtschauvinistisch sowohl taktisch unproduktiv sei, als auch zwangsläufig die real existierenden Konfliktfelder

82 Einige aus dem Vorbereitungstreffen der Informationstage: Bericht von den Informationstagen gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung am Sternschanzenbahnhof. In: *Zeck* 64_1997, S. sf., hier S. 5.

83 Ebd.

84 Einige aus dem Vorbereitungstreffen der Informationstage, S. 6.

85 O.A.: Dein Wunsch nach einfachen Lösungen heißt Krieg. Gedanken zur Drogenverbotsproblematik im Schanzenviertel/in der Roten Flora. In: *Zeck* 64_1997, S. 7f., hier S. 7.

im Viertel ignorieren müsse. Denn dass die vermehrte Präsenz von Drogen-UserInnen auch zu Konflikten führen könne, sei ja bereits in der Flora selbst zu erkennen.

Zwar hält die Flora an einem strikten Verbot des Verkaufs und Konsums von Drogen im Gebäude fest, außerhalb des Gebäudes werden beide Verhaltensweisen aber akzeptiert und – beispielsweise durch einen provisorischen Raum zum Drücken – ermöglicht. Dass sich dadurch sowohl in als auch um die Flora herum zahlreiche KonsumentInnen aufhalten, führt zu einer Vielzahl von Konflikten. AktivistInnen, die in der sogenannten »Volköküche« (Vokü) arbeiten, beschweren sich z.B. darüber, in eine SozialarbeiterInnen-Position gedrängt zu werden;⁸⁶ mehr und mehr Leute, die normalerweise die Angebote der Flora nutzen, würden »aufgrund der veränderten, als ungemütlich oder unangenehm empfundenen Atmosphäre«⁸⁷ lieber fernbleiben. Die Flora müsse daher einen Umgang finden, der einerseits der Verdrängungslogik von Staat, Polizei und Anwohnerschaft etwas entgegensemmt und andererseits die Flora als offenes Zentrum, in dem sich alle wohlfühlen können, erhalte.

»Einen vermeintlich pragmatischen Umgang, der nach außen die Entkriminalisierung und Legalisierung fordert, gleichzeitig aber intern aufgrund der Angst vor dem Untergang des Projektes Drücken und Dealen und damit Junkies verbietet, finde ich äußerst fragwürdig. [...] Er würde auch die dem herrschenden Diskurs zugrundliegende, bigotte Einteilung von Drogen in gute (legale) und böse (illegalisierte) reproduzieren, indem er den inzwischen weitgehend tolerierten Konsum von Alkohol, Cannabis und gelegentlich ›Partydrogen‹ weiterhin dulden, den Konsum von gespritztem Kokain und Heroin aber ausschließen würde.«⁸⁸

Diese Forderungen verklingen fürs Erste ohne größere Konsequenzen. Die Diskussion in der *Zeck* konzentriert sich zunächst wieder verstärkt auf die Situation im Stadtteil; die eigene Umgangsweise innerhalb der Flora sollte dagegen erst zwei Jahre später wieder zum Gegenstand intensiver Diskussionen werden.

Zunächst entsteht eine Diskussion um die Frage, was genau hinter der Verfolgung von DealerInnen und DrogenkonsumentInnen steckt: Zeigt sich hier tatsächlich Rassismus oder richtet sich die staatliche Vertreibung gegen alle Formen sozial unerwünschten Verhaltens? Letztere These vertritt die *Gruppe Blauer Montag*. »Das Thema ›Sicherheit und Vertreibung‹ ist dabei stark sozialrassistisch aufgeladen. Der Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsmechanismus richtet sich allgemein gegen sozial unerwünschte Merkmale. [...] Die Reduktion auf Rassismus verkürzt das Problem.«⁸⁹ Problematisch an der Politik der Linken sei, dass sie die sozialen Konflikte im Viertel auf Rassismus und DealerInnen reduziere und gleichzeitig nicht mehr zwischen staatlichem Rassismus und einzelnen rassistischen Verhaltensweisen der AnwohnerInnen differenzieren

86 Einen ähnlichen Konflikt hatte es bereits 1993 gegeben, als nach wenigen Wochen ein Projekt, bei dem Obdachlose in der Flora übernachten konnten, wieder eingestellt wurde. Auch damals wurde insbesondere kritisiert, dass die AktivistInnen alles organisierten und die Obdachlosen sich um nichts kümmern müssten. Vgl. dazu Radikale S(chreiße) Gruppe: Neues Projekt in der Flora: »Sleep In«. In: *Zeck 12_1993* sowie Eine Tresenschicht: Kein Nachruf. In: *Zeck 14_1993*.

87 O.A.: Dein Wunsch, S. 8.

88 Ebd.

89 Gruppe Blauer Montag: Thesen zur Situation im Schanzenviertel. In: *Zeck 65_1997*, S. 6f., hier S. 6.

könne. Besser sei es, die gesamte soziale Dimension der Konflikte zu beachten. »Dazu gehört vor allem auch, den staatlichen und medialen Angriff auf Dealer und Schwarze als Angriff auf sozial abweichendes und renitentes Verhalten generell und als Element umfassender sozialer Kontrolle zu entschleiern.«⁹⁰ Die Schwäche linker Gruppen im Stadtteil habe dazu geführt, dass die Polizei nun als Konfliktlöser betrachtet werde und mitten in einem Szeneviertel ein neues »Sicherheitsbündnis Bürger-Polizei« ausprobieren könne. »Z.Z. geht es aber darum, daß die Polizei als Apparat an einem »Sicherheitsbündnis« arbeitet, das Einzelpersonen und Einrichtungen als Hilfspolizisten zur Lösung eines angeblich gemeinsamen Problems instrumentalisieren will.«⁹¹ Aus diesem Grund sei es wichtig, sich nicht an den städtischen Runden Tischen zu beteiligen, mit denen die Stadt die Situation unter Kontrolle bringen wolle, sondern eigene Diskussionen im Viertel zu initiieren, wie man die Situation einschätze, welche Bedürfnisse es gebe, welche Ansprüche man an ein gutes Leben im Schanzenviertel stelle.

»Eine solche Debatte beinhaltet schließlich auch die Frage, welche Regeln für ein Zusammenleben eigentlich für uns gelten sollen. Auch wer dabei dieses ›uns‹ und ›wir‹ eigentlich ist, wird sich erst in einem solchen Diskussionsprozeß zeigen. [...] Grundkonsens sollte allerdings sein: Keine ›Konfliktlösung‹ durch die Polizei; keine Vertreibung, auch nicht durch die Hintertür; keine Beteiligung an irgendwelchen Runden Tischen.«⁹²

Diese Perspektive auf die Rolle von Rassismus wird von der *Gruppe Demontage* grundsätzlich infrage gestellt. Das Risiko, von einem der beschriebenen Stigmatisierungsmechanismen betroffen zu sein, sei eben nicht gleich verteilt:

»Es geht unserer Ansicht nach aber nicht um eine Reduktion auf Rassismus, sondern um das Erkennen, daß nicht alle ausgegrenzten Gruppen gleichermaßen von Ausgrenzung und Unterdrückung betroffen sind und daß Rassismus ein eigenständiges Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnis ist. Rassismus zeichnet sich unter anderem auch dadurch aus, daß er selbst die am meisten ausgegrenzten Gruppen noch spaltet.«⁹³

Eine homogenisierende Betrachtungsweise, die unterschiedliche Formen und Ausprägungen von Ausgrenzung zusammenfasse, ignoriere daher wichtige Unterschiede. So sei es aus dieser Perspektive beispielsweise kaum erklärbar, weshalb deutsche Obdachlose und illegalisierte Obdachlose nicht gemeinsam handeln, sondern es im Gegenteil sogar zu Konkurrenz und Konflikten komme, obwohl beide Gruppen sich in ähnlicher sozialer Lage befänden. »Die Angriffe auf schwarze Menschen am Bahnhof Sternschanze sind rassistisch motiviert, auch wenn im Schanzenviertel noch eine Reihe anderer Ausgrenzungsmechanismen existieren.«⁹⁴

90 Gruppe Blauer Montag: Thesen, S. 6.

91 Gruppe Blauer Montag: Thesen, S. 7.

92 Ebd.

93 Gruppe demontage: Jenseits von Eden. Zur Diskussion um die Situation im Schanzenviertel. In: *Zeck 65_1997*, S. 8f.

94 Gruppe demontage: Jenseits von Eden, S. 9.

Ebenfalls kritisch sehen die AutorInnen den Vorschlag, eine gemeinsame Diskussion über Bedürfnisse und Sorgen im Viertel zu führen und ein gemeinsames Interesse zu suchen. Eine generell offene Haltung gegenüber manchen Vorurteilen sei grundle-
gend falsch: »Kriterium für eine politische Debatte kann doch nur ein gemeinsames politisches Interesse sein. Ein ›Stadtteil-Dialog‹ mit Menschen, die nicht klar gegen Rassismus und Ausgrenzung Position beziehen, kann keine politische Strategie sein.«⁹⁵ Die *Gruppe Demontage* plädiert daher dafür, sich von den traditionell linken Stadtteilkonzepten zu lösen. Dass sich gerade im angeblich linken Schanzenviertel xenophobe Einstellungen Bahn brechen würden, sei nicht verwunderlich:

»Gerade die autonome Linke hat den Mythos ›Unser Viertel, in dem ganz normale gesellschaftliche Widersprüche nicht zu existieren schienen, über Jahre reproduziert und eine linke Scheinidentität aufgebaut, die den Linken im Stadtteil jetzt auf die Füße fällt. Die Menschen im Stadtteil haben seit Jahren gelernt, sich zu organisieren und ihre Interessen zu artikulieren. [...] Auf dieses ›soziale Training‹ kann jetzt aufgebaut werden, wenn Multikulturalismus dazu benutzt wird, rassistische Ausgrenzung zu betreiben.«⁹⁶

Die linke Vergangenheit des Viertels sei nun die Grundlage für die rechtsoffene Selbstorganisation vor Ort. Linke Politik im Viertel sei daher gefordert, die existierenden Widersprüche im Viertel klar zu benennen und Position dagegen zu beziehen, statt nach gemeinsamen Interessen und Ausgleich zu suchen.

Einige Jahre später blickt die *Gruppe Demontage* auf die Diskussionen und Entwicklungen jener Zeit zurück. Die Auseinandersetzungen um die offene Drogenszene im Viertel habe zu einem Umdenken vieler Linker geführt. Dabei sei ein innerlinker Konflikt über den Umgang mit Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft entbrannt: Handelte es sich dabei nur um staatliche Manipulation oder müsste der Rassismus ernst genommen und konsequent bekämpft werden?

»Während sich die FloristInnen überwiegend der zweiten Position zuwandten, zogen sich die VertreterInnen des ersten Ansatzes mit ihrer herkömmlichen ›sozialrevolutionären‹ Perspektive aus dem Umfeld der Roten Flora zurück. Im Gegensatz zu Positionen aus den achtziger Jahren werden Verkäufer von Heroin in der autonomen Linken mehrheitlich auch nicht mehr als Instrument der Aufstandsbekämpfung begriffen, sondern als Ausdruck eines Marktes, der ein gesamtgesellschaftliches Defizit offenbart.«⁹⁷

Immer wieder finden sich in der *Zeck* Analysen, die sich mit dem Umgang mit sozialen Randgruppen in der Stadt beschäftigen und die eine zunehmende sicherheitspolitische Bearbeitung von sozialpolitischen Problemen skandalisieren wollen. *Klaus Ronneberger* warnt beispielsweise vor der Ausweitung sicherheitspolitischer Diskurse:

»Aussagen wie: ›Man muß die Ängste der Bürger ernst nehmen‹ signalisieren, daß nicht nur die konkreten Straftaten, sondern auch subjektive Befindlichkeiten zum Ge-

⁹⁵ Gruppe demontage: Jenseits von Eden, S. 9.

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Gruppe demontage: Städtische Modernisierung, S. 14.

genstand politischer und polizeilicher Intervention werden. Damit rücken Themenfelder in den Vordergrund, die von keiner strafrechtlichen Relevanz sind, wie etwa die Unsauberkeit auf Straßen und Plätzen, sogenannter Vandalismus oder Betteln.«⁹⁸

Dabei setze die Polizei verstärkt auf Schikanen und mutwillig gewalttätige Kontrollen gegen Drogenabhängige und mutmaßliche DealerInnen, was kein Zufall, sondern Teil eines brutalen Abschreckungskonzepts sei. Auch die Ausweitung der polizeilichen Strategie von der Verbrechensverfolgung zur Prävention von Taten, bevor sie geschehen sind, gehöre zur polizeilichen Bearbeitung von sozialen Problemen.⁹⁹ Den AnwohnerInnen wird in diesem Zusammenhang Scheinheiligkeit vorgeworfen:

»Zu all dem schweigen aber die verschiedenen RetterInnen des Stadtteils: sowohl die ›Erste Hilfe Sternschanze, die ›AnwohnerInneninitiative Florapark‹ oder besorgte Eltern des ›Baschu-Spielplatzes‹ haben offensichtlich ihre Betroffenheit über die Verhältnisse kurzfristig beiseitegeschoben.«¹⁰⁰

Stattdessen würden die AnwohnerInnen für die politische Agenda der Sicherheitsorgane instrumentalisiert werden, indem man Minderheiten verstärkt als Sicherheitsrisiko darstelle, gegen die BürgerInnen gerne selbst aktiv werden dürften:

»Die Bürger werden aufgefordert, ›ihr Interesse selbst in die Hand zu nehmen, indem sie die Augen offenhalten und verstärkt Unregelmäßigkeiten anzeigen. [...] Weegen schlechter Außenwirkung sollen die Bürger als abweichend definierte Minderheiten jedoch möglichst nicht selbst zusammenschlagen, sondern dem Staat den letzten Schritt des Gewaltmonopols belassen. Diese Dynamik könnte natürlich auch gewollt in Gang gesetzt werden, indem bestimmte Minderheiten stigmatisiert und an bestimmte Orte vertrieben werden, wo über Wahlkampf und Presse dann Gefährdungslagen konstruiert werden.«¹⁰¹

Die Situation im Schanzenviertel spitzt sich weiter zu, als zunächst die einzige niedrigschwellige Drogenhilfeeinrichtung ›Fixstern‹, in der gedrückt werden konnte, geschlossen und kurze Zeit später die hinter der Flora provisorisch eingerichtete Drückerstube von der Polizei geräumt und zerstört wird. Der Stadt wird anschließend eine völlig misslungene Drogenpolitik vorgeworfen, die zum großen Teil die Probleme, die sie angeblich lösen will, selbst verursache. *Der Kontaktbereichsautonomie* führt aus: »Verantwortlich für den Kollaps des ›Fixsterns‹ ist ein völlig verfehltes drogenpolitisches Konzept in Hamburg, vor allem aber die sinnlose und menschenverachtende Vertreibungspolitik der Hamburger Polizei.«¹⁰² Erst die Vertreibung der Abhängigen vom Hauptbahnhof und aus St. Georg habe zu ihrer Konzentration im Schanzenviertel und zu der stetig

⁹⁸ Ronneberger, Klaus: Die Erosion des Sozialstaates und der Wandel der Stadt. In: *Zeck* 67_1998, S. 6-9, hier S. 8.

⁹⁹ Vgl. dazu auch Gruppe Ratio Rausch und Revolution & Bundesarbeitskreis der JungdemokratInnen/Jungen Linken: Die Würde des Hauptbahnhofs ist unantastbar. In: *Zeck* 62_1997, S. 12-14.

¹⁰⁰ Der Kontaktbereichsautonomie: Wenn etwas nicht stimmt ... In: *Zeck* 67_1998, S. 5.

¹⁰¹ Z.K.: (Hamburger) Sozial- und Stadtentwicklung im repressiven Wandel. In: *Zeck* 67_1998, S. 10-12, hier S. 11.

¹⁰² Der Kontaktbereichsautonomie: Wrocklage und die Brandstifter. In: *Zeck* 68_1998, S. 6.

steigenden Nachfrage nach Drückräumen geführt. »Die unter anderem völlige Überlastung des Druckraums führte dazu, daß DrogenkonsumentInnen gezwungen waren, zum Drücken in die unmittelbare Umgebung auszuweichen.«¹⁰³ Der Versuch der Flora, den UserInnen einen geschützten Platz zum Konsum bereitzustellen, werde wiederum von der Polizei behindert, indem sie ihre Kontrollen um die Flora ausgeweitet habe und großflächig Platzverweise ausspreche. »Damit leitet sie eine weitere Runde der Vertreibung ins ›Nirgendwo‹ ein.«¹⁰⁴ Die Polizei könne sich in ihrem Vorgehen auf große Rückendeckung durch die AnwohnerInnen verlassen, die eine polizeiliche Lösung des Problems nicht nur für die einzige denkbare Lösung hielten, sondern darüber hinaus die Flora wegen ihres öffentlichen Eintretens für die DealerInnen und Junkies heftig angriffen.

»Das stellt natürlich die Fakten auf den Kopf, denn ironischerweise hat die Flora neben der professionellen Arbeit des ›Fixsterns‹ nicht nur unbezahlte Sozialarbeit geleistet, sondern durch die ausdrückliche Billigung des Fixens und Dealens unmittelbar ums Projekt herum einen Großteil der Begleiterscheinungen einer offenen Drogenszene im Viertel abgefedert.«¹⁰⁵

Ebenfalls kritisiert wird die »scheinheilige« Trennung von Konsum und Erwerb illegaler Drogen, die auch von weiten Teilen der AnwohnerInnen mitgetragen werde. »Was bleibt, sind NachbarInnen, die scheißliberal Fixerräume selbstverständlich gut finden, aber wenig dazu im Kopf haben, wo denn der dort zu konsumierende Stoff herkommen soll, wenn nicht von den Dealern, deren konsequente Vertreibung durch die Polizei gleichzeitig gefordert wird.«¹⁰⁶

Das konkrete Verhältnis von Flora und AnwohnerInnen leidet auch durch einen zusätzlichen Aspekt: Die Wahl militanter Mittel wie aktiver Blockaden von polizeilichen Kontrollen o.Ä. stößt nicht überall im Viertel auf Zustimmung. Gleichzeitig sehen sich die Flora-AktivistInnen in einem Dilemma. Obwohl militante Mittel den Rückhalt im Viertel tendenziell weiter untergraben, werden sie dennoch als erfolgreiche Strategie gesehen. *Der Kontaktbereichsautonome* reflektiert in seinem Artikel in der *Zeck* über die Wirkung militanter Aktionen:

»Was passiert, wenn die Flora auf einer Pressekonferenz zur Situation der offenen Drogenszene rund um das Projekt und der eigenen Haltung dazu Stellung nimmt? [...] Fast nichts, sieht man von einem Pflichtartikel in der *taz*, einem Kurzartikel in der *Mopo* und zwei 1:30-Minuten Beiträgen im lokalen Fernsehen ab, sowie der Tatsache, daß den politisch Verantwortlichen nichts Besseres einfällt, als keine 24 Stunden danach durch die Polizei eine provisorische Möglichkeit, sicht- und wettergeschützt zu drücken, abgerissen wird. Was passiert aber, wenn vor der Roten Flora das linke Vorderrad des Streifenwagens ›Peter 16/2‹ angezündet wird, einige Müllsäcke auf der Straße zur Entzündung gebracht werden und Steine in Richtung anrückender PolizistInnen ge-

103 Der Kontaktbereichsautonome: Wrocklage, S. 6.

104 Ebd.

105 Ebd.

106 Ebd.

worfen werden [...]? Dann wird selbst in den überregionalen Medien über die verfehlte Drogenpolitik des Hamburger Senats im Schanzenviertel berichtet.«¹⁰⁷

In der oben angesprochenen Pressekonferenz skizzieren VertreterInnen der Roten Flora die grundlegende Haltung des Projekts gegenüber der sogenannten Drogenproblematik. Die Ursache der meisten Probleme liege in der letztlich willkürlichen staatlichen Unterteilung in legale und illegale Drogen. Erst die Illegalisierung bestimmter Drogen führe zu einer Vereinigung der KonsumentInnen und zu einer Kriminalisierung von Abhängigen und HändlerInnen.

»In Bezug auf den Drogenhandel folgt die herrschende Logik oft einer besonders perfiden Doppelmoral, während sich die Sichtweise durchgesetzt hat, KonsumentInnen als ›Kranke‹ zu betrachten, ohne allerdings die Ursache für ihre Vereinigung in den staatlich erzwungenen Lebensverhältnissen zu suchen, werden die HändlerInnen zum Inbegriff der Bedrohung hochstilisiert, die es mit aller Härte zu verfolgen gelte. Wenn es sich dabei um ausländische Menschen handelt, wird die Ablehnung des Handels oft genug noch zusätzlich mit rassistischen Komponenten aufgeladen.«¹⁰⁸

Da Konsum und Handel aber untrennbar miteinander verbunden seien, toleriere die Flora ausdrücklich das Dealen und das Drücken gleichermaßen. Trotz aller Unzulänglichkeiten werde die Flora daher den provisorischen Raum zum geschützten Konsum offenhalten. Eine langfristige Lösung sei aber ausschließlich politisch möglich:

»Wir halten die Legalisierung aller Drogen für die einzige Lösung, die das Elend produzierenden Begleitumstände des illegalisierten Drogenkonsums beenden wird. [...] Es muß eine Entkriminalisierung her, die den Handel und Konsum bis dato illegaler Drogen nicht mehr der staatlichen Repression aussetzt!«¹⁰⁹

Eine wie auch immer geartete Einbindung der Flora in polizeiliche Maßnahmen wird kategorisch ausgeschlossen, die Flora werde sich an keinen Vertreibungsbemühungen beteiligen.

Kurze Zeit später wird in einer weiteren Erklärung der Roten Flora nochmals nachgelegt. Die Flora vermutet eine weitere bevorstehende Eskalation der Situation durch die Polizei, da diese angekündigt habe, den Drückraum hinter der Flora aufzulösen. Die ständigen Kontrollen, die Erteilung von Platzverweisen und die Ingewahrsamnahmen hätten ohnehin bereits ein Klima der Angst geschaffen.

»Dabei darf auch die rassistische Komponente nicht aus dem Auge verloren werden, hat doch der Umstand, daß der Drogenhandeln bestimmten MigrantInnen zugeschrieben wurde, dazu geführt, daß die Hautfarbe inzwischen das maßgebliche Kriterium polizeilicher Kontrollen und Folgemaßnahmen ist und der innerstädtische

¹⁰⁷ Der Kontaktbereichsautonome: Rote Flora: Straftaten quer durch das Gesetzbuch! In: Zeck 69_1998, S. 4f., hier S. 4.

¹⁰⁸ VertreterInnen der Roten Flora: Dokumentation der Pressekonferenz in der Roten Flora vom 02.04.98. In: Zeck 69_1998, S. 8f., hier S. 8.

¹⁰⁹ VertreterInnen der Roten Flora: Pressekonferenz, S. 9.

Bereich für Menschen dunklerer Hautfarbe faktisch ein nicht mehr betretbares Areal darstellt.«¹¹⁰

Auch wenn die Entkriminalisierung aller Drogen die einzige langfristige Lösung sei: »Das erforderliche gesellschaftliche Umdenken und der Widerstand gegen Vertreibung und Ausgrenzung muß hier und jetzt beginnen.«¹¹¹ Die Flora ruft daher dazu auf, auch weiterhin polizeiliche Maßnahmen zurückzuweisen und möglichst effektiv zu behindern.

In einem längeren Text widmen sich mehrere AutorInnen unter dem Pseudonym *Die drei vom Blumenhandel* den Grundlagen der Konflikte im Schanzenviertel. Auch hier wird der Mythos des multikulturellen, toleranten Schanzenviertels als Ausgangspunkt für die aktuellen Konflikte gesehen.

»Über die Identifizierung mit dem medial konstruierten Kollektiv ›tolerante ViertelbewohnerInnen‹ gelingt es den AkteurInnen, jegliche Form reaktionären Gedankengutes in das alternative Gutmenschen-Dasein zu integrieren. Es findet eine deutliche Verschiebung von Begrifflichkeiten statt. Worte aus dem ehemals linksliberalen, z.T. auch linksradikalen Kontext wie Solidarität, Toleranz oder Akzeptanz werden in ausgrenzende Argumentationsmuster umgedeutet und erlangen Hegemonie.«¹¹²

Beispielsweise werde die alte linke Forderung nach Beteiligung der Menschen im Viertel nun in ihr Gegenteil verkehrt. Gleichzeitig diene das Verhalten der ViertelbewohnerInnen auch der Legitimierung der Vorurteile in anderen sozialen Gruppen: »Wenn selbst die vermeintlich ›Linken‹ die Schwarzen, die Dealer und die KonsumentInnen nicht ertragen können, sieht sich jedeR andere erst recht legitimiert, dagegen vorzugehen.«¹¹³ Aufgabe linker Politik sei es nun eigentlich, die Alltäglichkeit und Normalität der Ausgrenzung infrage zu stellen und anzugreifen, was aber gleichzeitig auch das schwierigste Vorhaben sei. In den Auseinandersetzungen zeige sich die Schwäche linksradikaler Politik:

»Zwar wurde auf der Ebene von Diskussionen im letzten Jahr ein wichtiger Schritt vollzogen, indem – ein Novum in der autonomen Linken – die Position entwickelt wurde, daß sowohl das Konsumieren als auch das Dealen zu akzeptieren sind, daß die Hetze gegen die Betroffenen ausgrenzende und aggressive gesellschaftliche Tendenzen transportiert und daß die liberale Spaltung in ›Junkies = arme Kranke‹ und ›Dealer = Verbrecher‹ nicht nachvollzogen werden darf, da sich Konsum und Handel unter den Bedingungen der Illegalisierung nicht trennen lassen.«¹¹⁴

Hier wird also im Zusammenhang mit der Einstellung gegenüber Drogen auf einen Lernprozess der autonomen Szene verwiesen, nur um in der Folge zu unterstreichen,

¹¹⁰ Rote Flora: Erklärung der Roten Flora: »Zero tolerance« für staatliche Vertreibung. In: *Zeck 71_1998*, S. 6.

¹¹¹ Ebd.

¹¹² Die drei vom Blumenhandel: Nichts von dem, was sich hier gerade durchsetzt, ist erträglich ... In: *Zeck 71_1998*, S. 7-10, hier S. 7.

¹¹³ Die drei vom Blumenhandel, S. 8.

¹¹⁴ Die drei vom Blumenhandel, S. 9.

dass es nicht gelungen sei, dieses Lernen auch in eine gemeinsame Praxis zu überführen: »Daraus hat sich allerdings weder eine kontinuierliche und breiter getragene Debatte, noch ein gemeinsamer Prozeß linker Gruppen ergeben, der die isolierten Aktionen miteinander verknüpfen und eine engagierte Praxis ermöglichen würde.«¹¹⁵ Eventuell handelt es sich also hierbei um einen unvollständigen Lernprozess, bei dem der Schritt des *Enacting* nicht vollzogen werden konnte (vgl. dazu auch Abschnitt 10.3).

Die AutorInnen plädieren für eine dezidiert unversöhnliche Haltung der Flora. Zu groß sei die Gefahr, sonst mit den eigenen Forderungen in die Mechanismen der repressiven Toleranz eingebunden zu werden. »Das heißt, nicht zum Konsens bereit zu sein, sich nicht darauf einzulassen, daß das, was die Bullen hinter der Flora praktizieren ›irgendwie schon erträglich‹ sei. Nichts von dem, was sich hier gerade durchsetzt, ist erträglich.«¹¹⁶ Die eigenen Positionen seien daher zwangsläufig nicht vereinbar mit den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung, die den staatlichen Rassismus stützen würde:

»Es bedeutet aber vor allem, daß der Punkt längst erreicht ist, an dem solche Politik sich gegen ›AnwohnerInnen‹ richten und ganz offensichtlich Position beziehen muß zugunsten der Betroffenen, die die Objekte des ideologisch verkleisterten ›Bei uns im Viertel‹-Sicherheitswahns und Verfolgungswillens sind.«¹¹⁷

Die Diskussion bekommt in der Folge eine zusätzliche Dimension, da es offensichtlich doch keinen klaren Konsens in der autonomen Haltung gegenüber Drogen und Sucht zu geben scheint. So kritisiert Elly beispielsweise, dass in allen Publikationen zu dem Thema ausschließlich in der Legalisierung bestimmter Drogen das grundlegende Problem gesehen werde. »Der Bösewicht ist, nach klassisch autonomer Weltsicht, der reaktionäre Staatsapparat, wobei im Unklaren bleibt, welches Interesse genau dahinter stecken könnte. [...] Ich halte das für einseitigen pseudoradikalen Nonsense!«¹¹⁸ Es werde viel zu wenig darüber reflektiert, welche negativen Seiten Suchtstrukturen mit sich bringen würden; stattdessen werde so getan, als ob die KonsumentInnen eine freie Entscheidung für den Konsum getroffen hätten und alle souverän mit ihrer Sucht umgehen könnten. Elly hingegen weist darauf hin, dass Abhängigkeiten und Süchte oft zu rücksichtslosem und unsozialem Verhalten führen, weil allein die Befriedigung der Sucht das Handeln steuere: »Von daher ist Suchtverhalten durchaus ein Problem für soziale Zusammenhänge und kann diese u.U. auch zerstören. Das ist natürlich nicht nur bei Abhängigkeit von illegalen Drogen so, sondern auch bspw. von Alkohol.«¹¹⁹ Hier zeigt sich wieder eine eher klassisch-autonome Perspektive auf Drogen und Sucht, die auch im Folgenden deutlich wird: »Wenn überhaupt ist die Freigabe [illegalisierter Drogen] ein notwendiges Übel in der Gesellschaft, die darauf ausgerichtet ist, daß soziale Bedürfnisse durch Konsum befriedigt werden.« Abhängigkeiten seien unvereinbar mit der autonomen Forderung nach Emanzipation und Eigenverantwortung:

¹¹⁵ Die drei vom Blumenhandel, S. 10.

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Elly: Zu den Diskussionen um Drogenpolitik im Allgemeinen und im Schanzenviertel im Besonderen ... In: *Zeck* 72_1998, S. 4f., hier S. 4.

¹¹⁹ Ebd.

»Denn Emanzipation heißt auch Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und übernehmen zu können. Suchtverhalten ist das Gegenteil davon. [...] Sie alle [gemeint sind legale und illegale Drogen] dienen dazu, Schmerzen zu unterdrücken, dadurch findet eine Entfremdung von den eigenen Gefühlen statt, ohne daß die Schmerzen geheilt werden. Dadurch werden Abhängigkeit und Unselbstständigkeit gefördert, eigentlich keine linksradikalen Ideale, oder?«¹²⁰

Die Wahrnehmung und Darstellung von den Süchtigen als reinen Opfern staatlicher repressiver Drogenpolitik sei also zu einseitig und werde dem linken Anspruch, Selbstverantwortung von den Leuten zu verlangen, nicht gerecht. »Dabei kommt wohl der linke Mythos von dem entrechteten, gequälten Subjekt, das es zu erretten gilt, zum Tragen.«¹²¹ Die Kritik an der staatlichen Vertreibungspolitik sei davon unbenommen weiterhin richtig und notwendig: »Ich halte es für richtig, daß sich die Flora versucht gegen die Vertreibungspolitik zu stellen. Blödsinnig erscheint es mir, Junkies nur als deren Opfer zu sehen und die Suchtproblematik nur auf die Frage der (Il)Legalität der Drogen zu reduzieren.«¹²²

In der folgenden Ausgabe der *Zeck* erscheint von einem *Menschen aus dem Flora-Umfeld* eine Replik auf diesen Artikel. Zwar sei unstrittig, dass eine Freigabe aller Drogen noch keine Lösung darstelle, sie sei aber eine unverzichtbare Voraussetzung für die weitere Drogenpolitik. Ebenfalls sei richtig, dass Abhängigkeiten oft zu unsolidarischem und rücksichtslosem Verhalten führten, allerdings bleibe weiterhin offen, warum dann manches Suchtverhalten stärker kriminalisiert werde als anderes. Insgesamt sei der Zweck von Drogenverbots nicht der Schutz vor Drogen oder Hilfe beim Ausstieg aus der Sucht, sondern Abschreckung:

»Wer Drogen nimmt und verkauft, kommt in den Knast oder krepiert daran. Die Menschen kommen dabei aber nicht aufgrund irgendwelcher Drogen, sondern aufgrund der sie umgebenden Gesetze in den Knast, DrogenbenutzerInnen sterben im allgemeinen auch nicht schlicht an der Drogen, sondern an deren Begleitumständen (unreiner Stoff, sozialer Abstieg).«¹²³

Insgesamt diene die Drogenpolitik somit der Aufrechterhaltung bürgerlicher Bedrohungsszenarien, die wiederum von Politik, Polizei und Medien aufgegriffen, geschürt und genutzt würden, um damit die jeweils eigene Agenda zu verfolgen.

Elly habe zwar Recht, dass die negativen Konsequenzen von Suchtverhalten bislang nur selten thematisiert würden; das gründe allerdings nicht auf genereller Unwilligkeit, sondern sei eine Zeitfrage:

»Solange DrogenbenutzerInnen auf den Straßen krepierten müssen, weil eine Form der Legalisierung von illegalen Drogen [...] politisch nicht durchsetzbar ist, reiht sich eine

¹²⁰ Elly, S. 5.

¹²¹ Ebd.

¹²² Ebd.

¹²³ Ein Mensch aus dem Flora-Umfeld: Autonomie ist selbstbestimmte Abhängigkeit. Zum Artikel über die Drogendiskussion im Schanzenviertel von Elly. In: *Zeck* 73_1998, S. 5f., hier S. 5.

»Anti-Sucht-Position« zwangsläufig in den herrschenden Ausgrenzungs- und Vertreibungsdiskurs ein.«¹²⁴

Auch bei der Frage, ob ein Leben mit Drogen mit den linksradikalen Vorstellungen von Autonomie vereinbar sei, mache *Elly* einen Denkfehler:

»Entfremdung, Abhängigkeit und Unselbstständigkeit, die *Elly* (zurecht) mit dem Drogenkonsum verknüpft, werden in dieser Gesellschaft doch weit mehr von den patriarchalen, kapitalistischen oder wie auch immer Verhältnissen produziert, als von Drogen. Der Mythos ein unabhängiges (welch patriarchales Lebenskonzept) und cleanes (welch christlicher Wunsch nach Unbeflecktheit) Leben führen zu können, ist doch vielmehr die Wurzel des Übels. Gerade solche nicht lebbaren Vorstellungen einer starken und selbstbestimmten Lebensführung lassen doch viele Leute zerbrechen und Trost im Rausch suchen. Abhängigkeiten und Unselbstständigkeiten lassen sich nicht wegreden und auch nicht per Abstinenz ablegen, sondern sind auch und vor allem bestehende soziale Zwänge. Daher muß es eher darum gehen, unsere Abhängigkeiten wahrzunehmen und einen konstruktiven Umgang damit zu finden.«¹²⁵

Dabei sieht der Autor/die Autorin keine Gefahr, auf der Suche nach einem entrechten, gequalten Subjekt in eine Stellvertreterpolitik hineinzurutschen und auf diese Weise bevormundend und paternalistisch zu handeln.

»Dort, wo sich jedoch solidarisch und kritisch aufeinander bezogen wird und wo die eigenen Lebensverhältnisse nicht außer acht gelassen werden, tun sich in der Praxis Widersprüche, Grenzen und Erfahrungen auf, die die linken Mythen vom Entrechten sein von selber knacken.«¹²⁶

Auch wenn die Flora tatsächlich mehr *über* Junkies und DealerInnen als *mit* ihnen reden würde und kein wirkliches Zusammenleben entstanden sei, gebe es doch etliche Versuche, zumindest ein praktisches Nebeneinanderleben zu erreichen, weshalb die Vorwürfe von *Elly* nicht zutreffend seien.

Abschließend werden die AnwohnerInnen des Viertels in Schutz genommen: Einen angeblichen deutschen Mob im Viertel gebe es schlichtweg nicht, trotz des Bedürfnisses nach Sicherheit und Kollaborationen mit der Polizei sei das Schanzenviertel nicht Hoyerswerda. »Manchmal könnte mensch schon meinen, die ViertelbewohnerInnen sollen in ihrer Gesamtheit für ausgebliebene Revolutionen im Stadtteil abgestraft werden, wie sie früher für erwartete Revolutionen umworben wurden.«¹²⁷ Letztlich sei das Schanzenviertel nach wie vor ein eher linkes Viertel; in den meisten anderen Stadtteilen hätte die Drogendiskussion vermutlich eine viel reaktionärere Dynamik entfaltet. Zwar sei es nach wie vor schwierig, eine einfache Lösung zu finden, auch eine Legalisierung aller Drogen würde hier zweifellos keinen Ausweg bringen. Wichtig sei dennoch, die Diskussion fortzusetzen, um kleine Veränderungen (auch in der eigenen Einstellung und Haltung) als Teil eines weiterführenden Prozesses zu erreichen.

¹²⁴ Ein Mensch aus dem Flora-Umfeld, S. 5.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Ein Mensch aus dem Flora-Umfeld, S. 6.

Obgleich immer wieder solche nach wie vor verständnisvollen Meinungen über das Verhalten der AnwohnerInnen auftauchen – insgesamt entfremdet sich die linke Szene spürbar von »ihrem« Viertel. Auch in der Sache bleibt die Flora hart und lässt sich von aufwallender Kritik an ihrer angeblich zu Junkie-freundlichen Haltung nicht aus dem Konzept bringen, wie das *Flora Plenum* betont. »Von Bezirkspolitikern und Medien wird immer öfter die Rote Flora für Unmut im Schanzenviertel, vor allem jedoch für das Vorhandensein einer Drogenszene verantwortlich gemacht.«¹²⁸ Tatsächlich sei ausschließlich die Drogenpolitik der Stadt Hamburg verantwortlich für die momentane Situation, die Flora versuche lediglich, die schlimmsten Verhältnisse etwas abzufedern. Dafür werde der Flora nun vorgeworfen, durch die Tolerierung des Dealens und Drückens für eine Verschlummerung der Zustände im Viertel verantwortlich zu sein.

»Zuallererst: Wir werden dieses Minimum an Mitmenschlichkeit nicht aufgeben, selbst wenn dies mit unangenehmen Begleiterscheinungen verbunden sein sollte. [...] Festzustellen ist jedoch: Die Druckmöglichkeit hinter der Flora >entlastet< die Situation im Stadtteil, [...] ohne diese Möglichkeit [würde] ein Teil der DrogenkonsumentInnen wieder vermehrt in Hauseingängen, Spielplätzen oder Parks drücken müssen.«¹²⁹

Ebenso unsinnig sei es, die Flora für zerstörte Fensterscheiben oder Ladendiebstähle verantwortlich zu machen. Die Flora sei stets um gute Nachbarschaft bemüht gewesen. »Wir waren und sind immer ansprechbar für NachbarInnen und sind nach wie vor immer versucht, Probleme aus der Welt zu schaffen. [...] Das Schanzenviertel ist zudem weder ein >rechtsfreier Raum<, noch werden hier täglich im Auftrag der Flora Scheiben eingeschlagen.«¹³⁰ Die Angriffe gegen die Flora seien daher im Kontext der allgemeinen Politik der Stadt zu sehen:

»Es geht in der aktuellen Auseinandersetzung um mehr als nur die Flora. Es geht darum, widerständige Strukturen im Stadtteil zu disziplinieren, um damit einhergehend Umstrukturierung, Aufwertung und Ausgrenzung voranzutreiben. [...] Die Flora wird als Projekt nach wie vor versuchen, mit anderen zusammen gegen eine solche städtische Politik Widerstand zu entwickeln.«¹³¹

Auch in den folgenden Monaten organisieren AktivistInnen immer wieder Aktionen und Veranstaltungen, die sich gegen die Vertreibungspolitik und den zugrundeliegenden Rassismus richten und gleichzeitig die AnwohnerInnen integrieren sollen. Dieses Konzept wird beispielsweise beim Aktionstag gegen Rassismus, Sicherheitswahn und staatliche Drogenpolitik verfolgt.

»Eine Mischung aus >Provokation< und >aufklärerischem Appell< sollte gefunden werden, die weder in einer umarmenden Haltung an die ViertelbewohnerInnen als Hoff-

¹²⁸ Flora Plenum: Erklärung des Plenums der Roten Flora. In: *Zeck 76_1999*, S. 4f., hier S. 4.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Flora Plenum: Erklärung, S. 5.

¹³¹ Ebd.

nungsträgerInnen linksliberalen Gedankens noch in der bloßen Abwehrhaltung gegen einen hoffnungslosen rassistischen, weißen Mobs mündet.«¹³²

Einerseits seien linke Einstellungen im Viertel nach wie vor tatsächlich weit verbreitet, andererseits werde die Kritik der AnwohnerInnen gerade deswegen zu einer wichtigen Legitimationsfigur der städtischen Drogenpolitik – wenn sogar das linke Schanzenviertel nicht mit einer offenen Drogenszene zurechtkäme, müsse sich auch im übrigen Hamburg niemand für seine oder ihre Vorbehalte schämen. Die AktivistInnen ziehen ein relativ ambivalentes Fazit ihres Aktionstages. Zwar habe das Thema offensichtlich viele Menschen bewegt und erreicht; ob die AnwohnerInnen aber wirklich etwas von der Kritik mitgenommen hätten, lasse sich schwer sagen.

»Ob und was da ›rübergekommen‹ ist, lässt sich meistens schwer einschätzen. Beim Stadtteilrundgang und bei den Aktionen, die nicht offensiv Unbeteiligte einbezogen, blieb ›die Szene‹ unter sich. [...] Die Schwierigkeit linksradikaler Versuche, einen Fuß in einen unerträglichen Alltag zu bekommen und dauerhaft die Stimmung zu kippen, lässt sich leider mit so symbolischen Formen wie dem Aktionstag nicht lösen. Trotzdem: Es gibt viele Ansatzpunkte und Möglichkeiten, auch weiterhin gegen die Normalisierung rassistischer und anders ausgrenzender Verhältnisse anzugehen. Mit Phantasie und Beharrlichkeit ist das Kapitel noch lange nicht am Ende.«¹³³

Nach wie vor gibt es jedoch auch Stimmen, die die Zustände im eigenen Viertel kritischer bewerten und weniger optimistisch auf die prinzipielle Offenheit der AnwohnerInnen für linke Ansätze schauen. Das Problem mit dem Thema innere Sicherheit bestehe darin, dass linksradikale Gruppen diese zwar bereits lange als Repressionsmechanismus durchschaut hätten, was aber nichts daran ändere, dass die Mehrheitsgesellschaft trotzdem genau diese Maßnahmen fordere, wie die *Gruppe Karoshi* ausführt. »Werden wir konkreter: die Leute im Schanzenviertel, die weiße Mehrheit wollte und will polizeiliche Repression des ach so unerträglichen Drogenproblems; die Leute haben bekommen, was sie wollten.«¹³⁴ Die Dynamik des Themas innere Sicherheit wird als kontinuierliche Steigerung beschrieben, das »subjektive Sicherheitsempfinden« könne niemals durch eine »objektive Sicherheitslage« befriedigt werden, jede neue Maßnahme sei lediglich die Bestätigung einer vermuteten Unsicherheit, die somit eine weitere Ausweitung erforderlich mache.

Die Linke mache den Fehler, dass sie stets bemüht sei, die Ängste und Sorgen der Leute in etwas anderes zu übersetzen: Hinter der Angst vor AusländerInnen, Drogenabhängigen und DealerInnen stehe in Wirklichkeit der Wunsch nach sozialer Sicherung, Vollzeitarbeit etc. Man müsse jedoch wirklich ernst nehmen, was formuliert werde: »Wenn die weiße Mehrheit im Viertel sagt, daß die ›Dealer aus dem Viertel weg sollen, dann wollen sie, daß die, die sie als Dealer identifizieren, aus dem Viertel weg

¹³² Einige Anwesende: Nachbereitung des Aktionstages gegen Rassismus, Sicherheitswahn und staatliche Drogenpolitik. In: *Zeck 78_1999*, S. 12f., hier S. 13.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Karoshi: Der Wahn der Sicherheit. Februarpapier der Gruppe karoshi zum subjektiven Faktor des Diskurses der inneren Sicherheit. In: *Zeck 78_1999*, S. 15f., hier S. 15.

sollen.«¹³⁵ Die Viertelgemeinschaft, die sich im Schanzenviertel lange Zeit aus der Abgrenzung des eigenen Viertels gegen »die Spießer da draußen« konstituiert habe, richte sich nun gegen den vermeintlichen Eindringling des »schwarzen Dealers«.

»Praktisch niemand stört sich mehr an aberwitzig massiver Polizeipräsenz rund um die Uhr, an einer Kontroll- und Vertreibungspraxis, die sich vor einigen Jahren noch kaum jemand hätte vorstellen können. Und das liegt vor allem daran, daß klar ist, wen es trifft: immer die anderen. UserInnen, als Dealer Verdächtige, Schwarze. Grenzen werden neu gezogen, Ein- und Ausschlüsse neu organisiert. Gelinde gesagt befremdlich ist, daß das neue Feindbild sich vom Feindbild derer da draußen, die doch eigentlich die intoleranten Spießer sind, um keinen Deut unterscheidet.«¹³⁶

Folgerichtig sei das Verhältnis zwischen Flora und Viertel heute ein anderes als in den Jahren zuvor; die Flora habe die neuen Grenzziehungen nicht mitgemacht, weigere sich, die DealerInnen als neuen Hauptfeind zu begreifen und falle auf diese Weise aus der Neudefinition der Viertelgemeinschaft heraus. Die Abgrenzung zum Viertel sei daher nicht nur zufällige Folge, sondern geradezu unvermeidlich; eine politische Kooperation mit dem Viertel gefährde jeden linken Inhalt. »Solange die Leute ihr Genießen nicht anders regulieren und sich weiter als deutsche und andere repressive Gemeinschaften (selbst)organisieren, bleibt es dabei: Das Schanzenviertel kippen.«¹³⁷

Parallel flammt die Diskussion um den eigenen Umgang mit Drogenabhängigen und DealerInnen, die zwei Jahre zuvor noch recht ergebnislos verebbt war, erneut auf. Einige UserInnen der Flora wenden sich in einem persönlichen Brief an die »liebe Flora«, in dem sie die Konsequenzen der Tolerierung der Drogenszene und die zugrundliegende Haltung des Zentrums kritisieren. Zwar sei es richtig und erfreulich gewesen, dass die Flora sich um eine differenzierte Einstellung gegenüber Drogen bemüht habe, damit habe man in der radikalen Linken in Deutschland eine einmalige Haltung eingenommen:

»Dieser aufsehenerregende Schritt ist bestimmt ein Ergebnis der spannenden Diskussionen um Politik und Techno-Kultur und um den (eigenen) Umgang mit kriminalisierten Drogen, der auch zu einer differenzierten Haltung geführt hat, jenseits der Parole: ›Bullen und Heroin: zwei Wege, ein Ziel.‹«¹³⁸

Leider sei das grundsätzliche Bemühen um Differenzierung mittlerweile einer neuen dogmatischen Haltung gewichen, die alles und alle pauschal kritisiere, die Probleme mit der Drogenszene an und in der Flora hätten. Aus Angst, der städtischen Vertreibungspolitik sonst nichts entgegensetzen zu können, sei öffentliche Kritik aus der linken Szene heraus verpönt und unerwünscht; die Problemanalyse sei in der alleinigen Schuldzuschreibung an die staatliche Drogenpolitik jedoch zu glatt und widerspruchsfrei, auch würde vonseiten der Drogenabhängigen ein Verhalten toleriert, das ansonsten nicht geduldet werden würde.

¹³⁵ Karoshi, S. 15.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Karoshi, S. 16.

¹³⁸ Einige deiner UserInnen: Liebe Flora, ... In: Zeck 77_1999, S. 9f., hier S. 9.

»Muß ich mir das blanke Elend so dicht holen, nur weil es existiert? Habe ich diesen Anspruch auch bei mir zu Hause in meinem Hausflur? Bin ich in der Flora plötzlich einE SozialarbeiterIn? Wir halten es für fatal auf diejenigen zu schimpfen, die sagen, daß ihre persönlichen Grenzen überschritten sind.«¹³⁹

Natürlich könne man nun darüber diskutieren, ob diese Grenzen und die darunterliegenden Ängste begründet seien oder lediglich kleinbürgerliche Vorstellungen reproduzierten, allein sei ein einfaches Übergehen und Ignorieren dieser Grenzen aber unzuschickend.

Tatsächlich seien einige Probleme mit der Drogenszene real und die Kritik daran berechtigt. So führe beispielsweise die Kriminalisierung des Dealens zu einer Situation, in der sich das Recht des Stärkeren durchsetze, was prämodern anmutet und am Eingang eines linken Stadtteilzentrums nicht zu tolerieren sei. Die konzentrierte Ansammlung der Drogenszene um die Flora herum habe den Charakter des Zentrums verändert, weshalb viele Menschen sich dort nicht mehr wohlfühlen würden. Die AutorInnen hinterfragen daher auch die generelle politische Haltung der Flora:

»Was bist Du, liebe Flora, für die Junkies? Schutzmacht? Was hast Du mit ihnen gemeinsam? Nicht alle Ausgegrenzten sind automatisch unsere Verbündeten, selbst wenn wir die konkrete Ausgrenzung verurteilen. Wir würden uns wünschen, daß Du die Junkies ernster nehmen würdest und nicht nur ihren Opferstatus gegenüber dem Staat betonst, sondern auch ihre Verantwortlichkeit z.B. Dir gegenüber.«¹⁴⁰

Die Interessen der Flora und der Drogenszene würden sich nur in einem abgegrenzten Punkt überschneiden, nämlich in dem Wunsch, möglichst Ruhe vor staatlicher Verfolgung zu haben. »Diesen Wunsch hätten wahrscheinlich auch noch viele andere in dieser Gesellschaft, mit denen wir bestimmt gar nichts zu tun haben wollen.«¹⁴¹ Die Flora dürfe keine Angst haben, eine komplexe und ambivalente Position auch öffentlich zu vertreten; deshalb komme niemand auf die Idee, dass sich die Autonomen eigentlich auch nur nach schönen, sauberen, deutschen Straßen sehnen würden. »Steh zu diesem Widerspruch auf der einen Seite gegen Vertreibung zu sein und auf der anderen Seite die Drogenszene aus dem Zentrum und was für dessen Erhalt notwendig ist (z.B. die Eingänge) zu ›vertreiben‹, um selber überleben zu können.«¹⁴² Abschließend warnen die AutorInnen die Flora davor, die eigene Identität aus der Abgrenzung gegenüber der Bewohnerschaft des Viertels zu ziehen: »Du bist nicht die einzige im Stadtteil, die von der Hetze gegen Junkies und Dealer und von der Bullenpräsenz stratzgenervt ist. Bitte ziehe Deine Identität nicht aus der Abgrenzung und Isolation gegenüber dem vermeintlich monolithischen Block des rassistischen Viertelmobs.«¹⁴³

Wenig überraschend werden die UserInnen in der folgenden Ausgabe der Zeck in mehreren Beiträgen scharf kritisiert. Insbesondere wird bezweifelt, dass die Junkies

¹³⁹ Einige deiner UserInnen, S. 9.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Einige deiner UserInnen, S. 10.

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ Ebd.

allein durch ihre bloße Anwesenheit ein Problem seien oder gar die Flora in ihrer Existenz gefährden könnten. Wie *Ein Flora User* schreibt, mache dies nur dann Sinn, wenn man staatliche Eingriffe befürchte, die durch die Anwesenheit der Drogenszene legitimiert werden könnten. Aus diesem Grund vor einer Unterstützung der Abhängigen zu warnen, bedeute allerdings,

»sich nur noch dann für marginalisierte Gruppen einzusetzen, wenn dadurch keine Gefahr für uns besteht. Richtig scheiße finde ich, daß ihr euch nur für Ausgegrenzte einsetzen wollt, wenn diese potentiell Verbündete sind. [...] Ich bin überzeugt, daß es in allen ausgegrenzten Gruppen nur einen kleinen Teil potentieller Verbündeter gibt. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!?!«¹⁴⁴

Linksradikale Kämpfe seien immer auch soziale Kämpfe – sich mit der sozialen Realität und den dort existierenden Problemen auseinanderzusetzen, sei daher schlichtweg notwendig. Junkies und DealerInnen an und in der Flora nicht länger zu dulden, sei nicht nur völlig unpraktikabel, weil dann nach Aussehen selektiert werden müsste, sondern darüber hinaus ein politischer Irrweg: »Der Widerspruch aber, gegen Vertreibung zu sein und sie selbst durchzuführen ist nicht mutig oder nötig, sondern absurd. [...] Diese Verhaltensweise, die ihr vorschlägt, kommt der liberal-bürgerlichen sehr nah, und diese Haltung finde ich zum Kotzen.«¹⁴⁵ Das Urteil über den Vorstoß *einiger UserInnen* ist daher vernichtend: »Die Gefahr für die Flora sehe ich nicht in der Drogenszene, sondern bei den Linksradikalen, die der Wirklichkeit in ihrem eigenen Ghetto nicht ins Auge sehen wollen und ins Vertreibungsgezeter miteinstimmen.«¹⁴⁶

Aus der Flora melden sich ebenfalls einige Stimmen zu Wort. Auch wenn sie lediglich Einzelpersonen seien und nicht für die Flora als Ganzes sprechen könnten, möchten sie die Gelegenheit nutzen, um nochmals den politischen Ansatz der Flora zu erläutern und zu erklären, warum dieser richtig sei. Die Flora habe sich auf eine Politik verständigt, die Konsum und Handel von Drogen außerhalb des Hauses akzeptiert. Dadurch solle die scheinheilige Trennung von Dealen und Konsum überwunden werden. Weil die konkreten Umstände, unter denen der Verkauf und der Konsum stattfinden, eine Konsequenz der Kriminalisierung seien, fordere die Flora eine vollständige Legalisierung aller Drogen. Bis dieses Ziel erreicht sei, halte man es für eine menschliche Pflicht, sich nicht an der Vertreibung zu beteiligen, sondern der Drogenszene Rückzugsmöglichkeiten und geschützte Räume zugänglich zu machen. »Diese Haltung hat sich in praxisbezogenen Auseinandersetzungen entwickelt und dort wird sie auch erprobt und diskutiert. Sie ist damit Resultat eines Alltags, der klar nicht nur eitel Sonnenschein ist – aber so what?«¹⁴⁷ Tatsächlich sei es nicht immer angenehm, mit den Begleiterscheinungen der Illegalisierung konfrontiert zu werden, es erfordere von allen, solidarisch und respektvoll miteinander umzugehen, aufeinander zu achten und im Falle von Verstößen gegen Abmachungen (beispielsweise bei Konsum und Handel

¹⁴⁴ Ein Flora User: Leserbrief zum LeserInnenbrief »einiger Flora-UserInnen«. In: *Zeck 78_1999*, S. 8.

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ Tante Flora: Tante Flora, der Knieschuß und wir. In: *Zeck 78_1999*, S. 9-11, hier S. 10.

innerhalb der Flora) auch selbst aktiv zu werden. Die tatsächlich existierenden Widersprüche dürften aber nicht dazu genutzt werden, um eine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema abzubrechen oder sich gar an einer weiteren Vertreibung zu beteiligen.

»Es geht uns nicht darum, alle darauf zu verpflichten, mit allen Begleiterscheinungen einer illegalisierten Drogenszene glücklich zu sein. [...] Das heißt aber nicht, daß alle Ängste unzulässig sind, sondern daß es darauf ankommt, wie mit diesen Ängsten umgegangen wird – ob da eine verträgliche Lösung gesucht wird, oder ob diese Ängste als Legitimation für Vertreibung mobilisiert werden.«¹⁴⁸

Das sei in der Tat eine große Herausforderung – ihr angemessen zu begegnen, sei aber auch eine große Chance für progressive Politik:

»Nicht immer ist das, was eineR als richtig ansieht, auch bequem. Und das ist auch gut so, will mensch nicht ständig auf der Stelle treten. Mit der Kritik der gesellschaftlichen Normen und Zustände gilt es auch, das eigene Verhaftet-Sein in dem ganzen Morast zu erkennen. Zu probieren, ob und wie sich da Grenzen auch verschieben lassen, erscheint uns als gutes Mittel gegen theoretische Abgehobenheit.«¹⁴⁹

Die Flora verstehe die eigene Rolle mitnichten als »Schutzmacht für Junkies«, sie sei bei ihrer Unterstützung der UserInnen nicht auf der Suche nach dem berühmten revolutionären Subjekt. Stattdessen sei man schlicht bemüht, einer ausgegrenzten und verfolgten Gruppe Hilfe anzubieten. Dies bedeute nicht, dass man die Junkies als reine Opfer sähe, unter ihnen seien genauso viele »ätzende Personen wie in der Gesamtbevölkerung auch«. Auch der Vorwurf, die Flora beziehe ihre Identität aus der Abgrenzung zum Viertel, sei falsch:

»Was die Floraidentität angeht: Wir können nicht feststellen, daß diese daraus gezogen wird, sich massiv gegen einen inszenierten Mob abzugrenzen. Allerdings aber finden wir es wichtig, rassistische und anders ausgrenzende Tendenzen im Viertel auch zu benennen und zu kritisieren.«¹⁵⁰

Das heiße im Umkehrschluss aber nicht, dass alle AnwohnerInnen und jegliche Kritik an der Drogenszene per se rassistisch seien. Die Flora sei zu keinem Zeitpunkt ein Stadtteilzentrum in dem Sinne gewesen, dass es von einem repräsentativen Querschnitt des Viertels genutzt worden wäre, stattdessen habe man sich immer als ein Ort linksradikaler Politik verstanden. Damit sei stets einhergegangen, dass bestimmte Regeln aufgestellt wurden, die nicht immer nur einfach und bequem gewesen seien.

»Flora als politisches Zentrum bedeutete und bedeutet neben der politischen Arbeit ›nach außen‹, sich in diesem Projekt zu bemühen, emanzipatorische Ansätze im Umgang miteinander auch umzusetzen. Damit verbunden ist zum einen, daß bestimmte Verhaltensweisen von allen Beteiligten und NutzerInnen erwartet und eingefordert werden, und daran auch dann festgehalten wird, wenn es die Attraktivität der Flora

148 Tante Flora, S. 10.

149 Ebd.

150 Tante Flora, S. 11.

für bestimmte NutzerInnengruppen mindert. Zum anderen wird versucht, eine Vielzahl von alltäglichen Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsspielchen nicht mitzuspielen.«¹⁵¹

Stets sei klar gewesen, dass diese Ansprüche im Alltag nicht problem- und mühelos umgesetzt werden könnten, was aber keineswegs bedeute, dass man deshalb von diesen Grundsätzen abrücke.

Zwar sei die Flora trotz ihrer Kritik an Teilen der Bewohnerschaft des Viertels noch nicht so weit, das eigene Konzept als Stadtteilzentrum endgültig über Bord zu werfen. Dennoch sei man nicht bereit, die eigenen Grundsätze aus Bequemlichkeit und für ein harmonisches Miteinander im Viertel aufzugeben. »Linksradikale Politik, die nur dann gemacht wird, wenn sie für Mehrheiten repräsentativ ist, ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen wahrscheinlich bald keine linksradikale Politik mehr.«¹⁵²

Auch Finn kritisiert die *UserInnen* für ihre Einstellung gegenüber der Drogenszene. Zwar hätten sie Recht, dass eine Diskussion über die Widersprüche und Schwierigkeiten mit der Situation offener geführt werden müsse als bisher. Sonst bleibe jeglicher Lerneffekt aus und ein Fortschritt der eigenen Ansätze werde verhindert:

»Die Widersprüche und Probleme eines politischen Projekts als interne zu behandeln und nach außen eine möglichst radikale Fassade zu präsentieren, hat sich in der Geschichte der Linken schon zu oft als Fehler erwiesen, der eine Kritik und Weiterentwicklung der Politik verhindert hat.«¹⁵³

Allerdings habe die Flora wiederholt auf Schwierigkeiten und Ambivalenzen der eigenen Position hingewiesen, außerdem seien es die AktivistInnen selbst, die die härtesten Konsequenzen der Probleme abfedern müssten:

»Sie sind es, die unappetitliche Begleiterscheinungen des Drogenkonsums beseitigen müssen, die blutigen Papierfetzen auf den Klos, die Spritzen und nicht selten die diversen körperlichen Ausscheidungsprodukte. Die und der gelegentliche BenutzerIn kann – zumal abends bei den Partys und Konzerten – die Flora nutzen wie bisher und sich um die angrenzende Drogenszene keinerlei Gedanken machen.«¹⁵⁴

Natürlich könne niemand gezwungen werden, sich mit dem existierenden Elend auch aktiv auseinanderzusetzen; allerdings sei dieses Bestreben, das Elend so weit wie möglich aus dem eigenen Nahbereich herauszuhalten, genau jene mehrheitsgesellschaftliche Reaktion, die zur staatlichen Vertreibungspolitik führe. Darüber hinaus sei der Vergleich der Flora-Eingänge mit dem eigenen Hausflur, in dem man Dealen und Konsum ebenfalls nicht akzeptieren würde, äußerst irreführend: Hier werde eine Gleichsetzung von privatem und öffentlichem Raum betrieben, der die jeweiligen Charakteristika verwische und auflöse.

¹⁵¹ Tante Flora, S.11.

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ Finn: Gefühle überall. Warum die Flora kein Hausflur und das Sicherheitsgefühl ein schlechter Ratgeber ist. In: Zeck 78_1999, S.11f.

¹⁵⁴ Finn: Gefühle überall, S.12.

»Im Privaten mag es durchaus vertretbar sein, die eigene Befindlichkeit als handlungsleitende Maxime zu proklamieren. [...] Ist also eine solche Sichtweise schon im Privaten problematisch, so kann sie erst recht nicht auf den öffentlichen Raum übertragen werden. Denn gerade das wiederum zeichnet den öffentlichen Raum aus: Er ist der Ort des Austauschs und der gesellschaftlichen Konflikte.«¹⁵⁵

Im Gegensatz zum privaten Raum müsse der öffentliche Raum für alle zugänglich sein, weil auch politische Auseinandersetzungen und gesellschaftliche Veränderungen auf öffentliche Räume angewiesen seien. »Und sie [die Veränderung] braucht einen öffentlichen Raum, in dem nicht einfach die Mehrheit oder die mächtigere Position die Minderheit ausschließen kann, weil deren Ansichten oder Verhaltensweisen der Mehrheit nicht passen oder sich gegen diese richten.«¹⁵⁶ Aus diesem Grund müsse die Offenheit der öffentlichen Räume vehement gegen Privatisierungstendenzen verteidigt werden. All das müsse natürlich auch für die Eingänge der Flora gelten: »Dies mögen manche als unangenehm empfinden. Aber vielleicht ist es ja so, daß linke Politik nicht immer nur angenehm sein kann und das subjektive Sicherheitsbedürfnis ein schlechter Ratgeber ist.«¹⁵⁷

Auch die *Flora* nimmt mit etwas Verspätung offiziell Stellung zu den Vorwürfen der UserInnen. Gleich zu Beginn wird ein sehr versöhnlicher Ton angeschlagen:

»In jedem Fall, und das ist wichtig, wurde Eure Kritik auf dem Flora-Plenum als solidarisch und konstruktiv willkommen geheißen. Da, wo wir unsere Herangehensweise gegen Eure Zweifel teilweise polemisierend verteidigen, möchten wir offensiv eine gemeinsame Klärung einfordern.«¹⁵⁸

Die AutorInnen verweisen darauf, dass intern, beispielsweise auf den Vollversammlungen, sehr wohl intensiv über die Situation und die resultierenden Konflikte debattiert werde und man gemeinsam versuche, einen nicht-ausgrenzenden Umgang damit zu entwickeln. Da aber noch keine für alle akzeptable Lösung gefunden worden sei, halte man sich mit öffentlichen Wortmeldungen lieber zurück.

»Da wir uns aber mittendrin in dieser Diskussion befinden, wäre es eine politische Untugend, sich mit halbgaren Positionen in eine derartig (rassistisch und sicherheitsfatisch) aufgeladene öffentliche Debatte zu hängen. Die prinzipielle Aufhebung der Trennung zwischen ›interner‹ und ›öffentlicher‹ Diskussion (wie ihr sie implizit einfordert) halten wir demnach nur begrenzt für nötig und berechtigt.«¹⁵⁹

Das Thema »Drogenpolitik« sei kein Wunschktheme der autonomen Linken gewesen, sondern habe sich durch die umgebende Realität schlicht und ergreifend aufgedrängt. Da eine systemoppositionelle Kraft, die ihre Umgebung und die aktuellen Entwicklungen zu ignorieren versuche, zum Scheitern verurteilt sei, habe man zwangsläufig einen

¹⁵⁵ Finn: Gefühle überall, S. 12.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ Flora: Liebe Rote Flora UserInnen (im Allgemeinen, aber besonders die Ihr uns anspricht). In: Zeck 79_1999, S. 5f., hier S. 5.

¹⁵⁹ Ebd.

Umgang mit der Thematik entwickeln müssen. Die Eckpfeiler der Diskussion sähen dabei grob umrissen folgendermaßen aus: Die Ursache für Süchte, Selbstzerstörung, Frust und Perspektivlosigkeit seien die vielfältigen Unterdrückungsverhältnisse, die alle Lebensbereiche und alle zwischenmenschlichen Beziehungen durchdringen würden. Es sei Aufgabe einer radikalen Linken, unter diesen Bedingungen einen Raum für politische und gesellschaftliche Utopien offenzuhalten, auch wenn eine solche Utopie unter Umständen einschränkende und belastende Konsequenzen für die eigene Existenz habe. Dieses Risiko bestehe bei einer praktischen Umsetzung von prinzipiengeleiteten Ansätzen immer, insbesondere wenn die eigene Haltung mehr oder weniger ad hoc entwickelt werden müsse. Selbst die beschriebenen Eckpfeiler seien bislang kein klarer Konsens: »Diese wurden übrigens noch nicht einmal explizit formuliert, sondern ziehen sich als unsichtbarer roter Faden durch die Debatten und die Praxis.«¹⁶⁰

Eine Folge dieses Vorgehens seien etliche Widersprüche, die in der Praxis existierten und ausgehalten werden müssten. Dazu gehöre u.a. die Tatsache, dass Konsum und Dealen in der Flora eigentlich strikt abgelehnt würden, dies aber für Haschisch de facto nicht durchgesetzt werde. »[...] [D]er bürgerliche (auch autonome) Drogen-diskurs, der zwischen ›guten‹ (=unseren) und ›schlechten‹ (=deren) Drogen unterscheidet, verhindert eine effektive Durchsetzung des Beschlusses.«¹⁶¹ Auch in Bezug auf den Konsum von Heroin sei das Verbot in der Praxis kaum durchsetzbar, weil niemandem die Nutzung der Toiletten verboten werden könne und nicht kontrollierbar sei, was die Menschen in den Kabinen so treiben. Es werde lediglich verhindert, dass Männer die Frauentoiletten nutzten. Bei größeren Veranstaltungen sei die Flora mittlerweile mit großen Bauchschmerzen dazu übergegangen, den Einlass zu kontrollieren, dennoch seien weiterhin alle BesucherInnen aufgefordert, auf die Regeln in der Flora hinzuweisen und ihre Einhaltung im Auge zu behalten. »Das ausgesprochene Credo lautet: Nicht wir müssen bei uns mit der Drogenszene klarkommen, sondern die Szene mit uns!«¹⁶²

Bei der Einlasspraxis wird allerdings sehr deutlich, wie stark die Flora mit ihrer eigenen Praxis hadert. »Es gibt auch immer wieder Diskussionen über die Situation an den Eingängen. Wir haben noch keine Lösung gefunden. Wir wollen nicht vertreiben, aber fast allen ist es mittlerweile zu viel.«¹⁶³ Bei Verstößen gegen die Regeln müsse konsequent eingegriffen werden, um den gemeinsamen Flora-Alltag weiterhin zu ermöglichen. Daraus ergebe sich allerdings die Konsequenz, dass Leute, die sich nicht an die Regeln hielten, an den Eingängen nicht zu dulden seien. Die Flora versucht, diese Praxis mit den eigenen Idealen in Einklang zu bringen:

»Deshalb sehen wir da auch nur auf der ›phänotypischen‹ (am rein Sichtbaren fixierten) Ebene einen Widerspruch, nicht auf der strukturellen. Das heißt: wir vertreiben die Leute nicht als Junkies, weil wir gegen Heroin sind, sondern können aus pragmatischen Gründen die praktischen Konsequenzen der verfehlten Drogenpolitik nicht ausbaden.«¹⁶⁴

¹⁶⁰ Flora: Liebe Rote Flora UserInnen, S. 5.

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² Flora, S. 6.

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ Ebd.

Dass die gemeinsame Nutzung von Geschirr, Gläsern etc. durch Junkies und übrige NutzerInnen eine gesundheitliche Gefahr sei, wird von den AutorInnen bestritten. Die meisten Krankheiten seien nicht durch Speichel übertragbar, die Angst vor den vermeintlich kranken Junkies und die Panikmache könnten schnell in gefährlicher Agitation münden. Darüber hinaus sei es auch hier nicht möglich, die gemeinsame Nutzung zu verhindern, da man nicht willens sei, die Arme der Kaffeekundschaft auf Einstichlöcher zu kontrollieren oder mit salopper Blickdiagnose zu entscheiden, wer im Café willkommen sei und wer wieder gehen müsse. Abschließend wird bezweifelt, dass die aktuelle Drogenpolitik wirklich der Grund dafür sei, dass viele ehemaligen NutzerInnen die Flora mittlerweile eher meiden würden.

»Wir verstehen Eure Standpunkte zum Teil, wissen aber auch, daß viele jetzige KritikerInnen sich aus dem Flora-Geschehen zurückgezogen haben, lange bevor die ›Drogenproblematik‹ begann. Einfach weil insgesamt ›nicht mehr viel lief‹. Jetzt laufen wir aber langsam wieder, merkt ihr was? Danke für Eure Einwände und Nachfragen. Das meiste müssen wir zusammen klären.«¹⁶⁵

Die Öffentlichkeits-AG nutzt die Diskussion, um noch einmal grundsätzlich zu erklären, wie Entscheidungen und Haltungen der Flora überhaupt zustande kommen. Die Politik der Flora entstehe stets aus dem Zusammenspiel der einzelnen Gruppen und Personen, die in ihr aktiv seien. »Ein einheitlicher Stand ist also leider seltenes Resultat verbindlicher Diskussion; sondern häufiger ganz einfach Zufallsprodukt alltäglicher Anforderungen der Praxis. Es läuft halt einfach irgendwie.«¹⁶⁶ Lange Zeit habe als einzige übergreifende Struktur der »Orga-Rat« existiert, der aber zumeist mit den praktischen und hausmeisterlichen Fragen beschäftigt gewesen sei.

»Erst seit kürzerem gibt es wieder eine verbindlich arbeitende und grundsätzlich politisch diskutierende Struktur, das wöchentliche interne Plenum der Roten Flora. Darüber hinaus findet jeden ersten Mittwoch im Monat eine offene Vollversammlung statt, sie ist das entscheidende Gremium, wo das Plenum seine Politik darstellt sowie begründet, wo Grundsatzentscheidungen diskutiert, beschlossen oder revidiert werden können.«¹⁶⁷

Der Sinn der offenen Vollversammlung sei insbesondere, nicht nur intern über die Flora zu reden, sondern auch wieder mehr aus ihr heraus zu wirken, um somit sowohl ein Projekt der radikalen Linken als auch ein Stadtteilzentrum zu bleiben.

In der folgenden Ausgabe der *Zeck* reagieren die UserInnen auf die vielstimmige Kritik an ihrem Artikel, nehmen Stellung zu den Vorwürfen und wollen versuchen, ihre Positionen nochmals präziser darzustellen. Hauptächliches Anliegen sei gewesen, die Haltung vieler Flora-Leute zu kritisieren, nach der angeblich alle Linken eine widerspruchsfreie Position einnehmen würden und niemand Probleme mit den Begleiterscheinungen einer verfestigten Drogenszene hätte. Die AutorInnen wollten dagegen zeigen, dass es zwar viele Widersprüchlichkeiten, aber keine einfachen Lösungen geben

¹⁶⁵ Flora, S. 6.

¹⁶⁶ Öff-AG: Und noch mehr Flora-Neuigkeiten für die liebe LeserInnenschaft. In: *Zeck* 79_1999, S. 6.

¹⁶⁷ Ebd.

könne. Sie wehren sich gegen den Vorwurf, mit ihrer Kritik eine Unsichtbarmachung des Elends zu fordern und im Grunde für eine Vertreibung ins Nirgendwo zu argumentieren.

»In diesen Äußerungen wird ein Schwarz-weiß-Denken deutlich, demzufolge es in Bezug auf die Drogenszene um die Flora scheinbar nur zwei Positionen geben kann: Entweder man hat keine oder wenig Probleme mit ihr, findet es richtig, daß sie sich dort konzentriert oder man ist für Vertreibung und Ausgrenzung, will das Elend unsichtbar machen, kurzum: man ist im Prinzip schon Teil des gesellschaftlich hegemonialen Diskurses über Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit.«¹⁶⁸

Die *Flora-UserInnen* sehen in den Anschuldigungen gegen sich ein gängiges Muster von Konflikten innerhalb der radikalen Linken: Unbequeme Kritik werde häufig mit einem symbolischen Ausschluss aus der linken Szene bestraft.

»Oft – und es läßt sich von diesem konkreten Beispiel durchaus auf die politische Theorie und Praxis vieler Autonomer und anderer Linksradikaler der letzten Jahre verallgemeinern – führt dies dazu, daß ›losgeschlagen‹ wird und die VertreterInnen der mißliebigen Position quasi als FeindInnen identifiziert werden [...]; oder man befindet sich auf dem Weg in die Mehrheitsgesellschaft, für viele Autonome bekanntlich das Schlimmste, was passieren kann.«¹⁶⁹

Diese Diskussionskultur sei gerade deshalb so fatal, weil in der kontroversen Auseinandersetzung eigentlich eine große Stärke linker Bewegungen liegen könnte:

»Nebenbei bemerkt sehen wir die genaue und offene Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Sachverhalten und Empfindungen und eine differenzierte Analyse der komplexen, ausdifferenzierten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse als ein zentrales Moment emanzipatorischer linker Politik an.«¹⁷⁰

Die *UserInnen* verteidigen ihre Forderung, das Verbot von Handel und Konsum von Drogen von den Innenräumen der Flora auf den Eingangsbereich auszudehnen und dort auch durchzusetzen. Die dann stattfindende Vertreibung sei etwas anderes als die polizeiliche Vertreibung der Szene, weshalb das Wort »Vertreibung« nur in Anführungszeichen verwendet worden sei: »So ist es eben keine Vertreibung im ordnungspolitischen Sinne, die Drogenszene aufzufordern, nicht in den Flora-Eingängen zu dealen und zu drücken [...].«¹⁷¹ Die AutorInnen zeigen sich erfreut darüber, dass in vielen Antworten klar gestellt worden sei, dass die Flora nicht jegliche Kritik per se als rassistisch abstempeln würde. Allerdings müsse mehr dafür getan werden, diese Differenzierung auch öffentlich bekannt zu machen, denn bei vielen Außenstehenden wirke es nach wie vor so, als ob aus der Flora jede Kritik an der Drogenszene als rassistisch bewertet werde. Natürlich sei denkbar, dass diese Einschätzung schlicht auf Unkenntnis und Hörensagen beruhe, allerdings sei auch die Flora nicht ganz schuldlos daran: »[...] [D]ies

¹⁶⁸ Einige Flora-UserInnen: Für eine differenzierte, offene Politik. Papier zur Situation der Roten Flora. In: *Zeck* 80_1999, S. 8-10, hier S. 8.

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ Einige Flora-UserInnen, S. 9.

¹⁷¹ Einige Flora-UserInnen, S. 8.

hat aber auch sicherlich etwas mit dem Politikstil der Flora, mindestens aber mit einem Kommunikationsdefizit zwischen der Flora und anderen ViertelbewohnerInnen zu tun, an dem die Flora einen gehörigen Anteil hat.«¹⁷²

Letztlich fühlen sich die AutorInnen mit ihrer Kritik in eine falsche Ecke gedrängt: Nur, weil sie die Situation um die Flora als bedrückend empfänden, heiße das noch nicht, dass sie das Elend einfach aus dem eigenen Blickfeld verdrängen wollten. Dass sich viele Menschen nicht trauen würden, an den Drogensüchtigen vorbei in die Flora zu gehen, sei ein reales Problem für ein Stadtteilzentrum, das eigentlich offen für alle sein sollte. Man könne die Ängste der Leute nicht einfach mit einem Verweis auf die Öffentlichkeit des Ortes wegwischen und von allen einfordern, dass sie an einem öffentlichen Ort jegliche gesellschaftlichen Konflikte aushalten müssten. »Es muß – begrenzt freilich – auf Ängste von Menschen eingegangen, sie müssen ernst genommen werden und dürfen nicht einfach per se als bürgerlich, spießig oder einer Gartenzwergmentalität geschuldet übergegangen, angegriffen oder abgelehnt werden.«¹⁷³ Andererseits sei natürlich klar, dass alle Ängste sich an den realen Verhältnissen messen lassen müssten und dass man immer wieder versuchen müsse, die tatsächliche Unbegründetheit der meisten Sorgen vor Drogensüchtigen, Krankheiten etc. aufzuzeigen. So könne man beispielsweise darauf verweisen, dass die Kriminalitätsrate im Schanzenviertel nicht höher als in anderen Stadtteilen sei und dass von den Drogenabhängigen keine größere Gefahr ausgehe als von allen anderen Personengruppen. Die AutorInnen betonen dabei aber nochmals:

»Diese Beschäftigung impliziert, sich mit den Gefühlen der Menschen auseinanderzusetzen und nicht gleich aufzuheulen, wenn jemand nicht gemäß den autonomen Verhaltens- und Beurteilungsnormen reagiert, sprich: wenn er/sie Probleme mit Drogen-UserInnen oder auch –händlern hat.«¹⁷⁴

Natürlich müsse man als Linke dann gegen viele Einstellungen der übrigen Gesellschaft angehen, aufklären, dagegen argumentieren, sie eventuell sogar bekämpfen – eine gesellschaftliche Relevanz könne die Linke aber nur entfalten, wenn sie sich bis zu einem gewissen Grad auf andere Meinungen einlässe und sich auch mit ihnen auseinandersetze.

»Die grundsätzliche Einstellung der Autonomen und anderer Linksradikaler (wir nehmen uns da jetzt nicht raus), andere, nicht genehme Positionen allzu leicht per se als feindlich einzustufen und sich weitergehend möglichst stark von ›der‹ Gesellschaft, von den ›Normalos‹ abzugrenzen, hat neben zahlreichen anderen Gründen zu einer politischen Selbstisolation geführt, in der ein Projekt der gesellschaftlichen Veränderung nicht mehr zu erkennen ist. [...] Man fühlt sich gut und, wenn man ehrlich ist, auch ein wenig überlegen. Dies konstruiert über die Abgrenzung zu den ›anderen‹ eine eigene, (vermeintlich) starke und feste Identität, die jedoch immer dann in Gefahr ist,

¹⁷² Einige Flora-UserInnen, S. 9.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Einige Flora-UserInnen, S. 10.

wenn die ›anderen‹, die Mehrheitsgesellschaft, die ›Schweine‹ nicht dem projizierten Bild entsprechen.«¹⁷⁵

Abschließend plädieren die AutorInnen nochmals für eine größere Offenheit der Flora, sich in die Debatte im Schanzenviertel einzumischen und dabei Gefühle nicht kategorisch auszublenden und zu negieren. Auch wenn die eigene Position noch nicht abschließend feststehe, habe die Flora in der Debatte nichts zu verlieren, auch mit sogenannten »halbgaren« Positionen sei das Risiko, in der Debatte von den Falschen vereinnahmt zu werden, äußerst gering und zu vernachlässigen. Im Gegenzug könnten sich sodann viele eigentlich progressiv eingestellte Menschen im Stadtteil, die sich momentan von der strikten Haltung der Flora verprellt fühlten, wieder positiv auf die Flora beziehen. Die Flora könne Teil eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses werden, das sich gemeinsam und im Viertel verankert gegen ausgrenzende und rassistische Haltungen positioniere.

Auch dieser zweite Beitrag der *UserInnen* wird in der Folge scharf kritisiert. Eine Gruppe mit dem Namen *Einige AnwohnerInnen* wirft den AutorInnen vor, im Kern eine zutiefst sozialdemokratische Position zu vertreten – ohne Zweifel einer der härtesten Vorwürfe innerhalb der autonomen Szene. Schon der erste Text der *UserInnen* sei ein Beitrag gewesen, der sich zwar bemühe, »in einer nicht enden wollenden Geschwätzigkeit von der Flora mehr gelebte Streitkultur einzufordern, der aber doch nur aufgrund des einzigen Bedürfnisses verfaßt wurde, die Drogenszene von den Eingängen der Flora zu vertreiben (in Anführungszeichen – natürlich).«¹⁷⁶ Dass die AutorInnen nun noch einen zweiten Artikel nachlegen, obwohl ihre Argumente von zahlreichen Erwiderungen bereits vollständig entkräftet worden seien, empört die *AnwohnerInnen* geradezu, weil sich dadurch der Kern der Debatte weiter verschiebe:

»[N]icht mehr die Kriminalisierung und Vertreibung der Drogenszene und der sich mit dieser legitimierende Rassismus werden thematisiert, sondern vielmehr richtet sich das ausschließliche Augenmerk auf irgendwelche Ängste und Befindlichkeiten, die irgendwelche Flora-UserInnen mit eben jener kriminalisierten Drogenszene haben.«¹⁷⁷

Die *UserInnen* solidarisierten sich – ebenso wie die klassische Sozialdemokratie – mit den sogenannten einfachen Leuten und versuchten, den Gefühlsfaktor zu betonen: Ängste und Sorgen müssten unbedingt ernst genommen werden. Das wiederum führe schnell dazu, dass die Drogenszene zum drängenden Problem werde:

»Ohne der Drogenszene etwas anderes vorwerfen zu müssen als ihre bloße Existenz, wird sie so homogenisiert und aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Die Pluralität der Gesellschaft entpuppt sich damit als die der ›Mehrheitsgesellschaft‹, in diesem Fall die der alternativen Viertel-BewohnerInnen. Auf solche Art erstmal ausgegrenzt, kann die Drogenszene dann als Problem gesehen werden, das keiner wirklich haben will und das einer ›Lösung‹ bedarf.«¹⁷⁸

¹⁷⁵ Einige Flora-UserInnen, S. 10.

¹⁷⁶ Einige AnwohnerInnen: Einmal ist keinmal. Auch eine »Vertreibung« bleibt eine Vertreibung. In: *Zeck 82_1999*, S. 8f., hier S. 8.

¹⁷⁷ Ebd.

¹⁷⁸ Einige AnwohnerInnen, S. 9.

Der Flora stünden auf diese Weise nur zwei Handlungsoptionen offen: Entweder lasse sie sich ebenfalls auf die Gefühle der besorgten ViertelbewohnerInnen ein, bleibe auf diese Weise Teil der Viertelgemeinschaft und beteilige sich über kurz oder lang an der weiteren Vertreibung der Drogenszene, oder sie greife weiterhin die zugrundeliegenden Ausgrenzungsmechanismen an und mache sich somit wahlweise politik- oder gesellschaftsunfähig.

Die von den *UserInnen* vertretene Darstellung des Verhaltens der Flora im Streit über den Umgang mit der Drogenszene als Blaupause für die angebliche generelle Politikunfähigkeit der Autonomen wird ebenfalls scharf zurückgewiesen.

»In einer kaum zu überbietenden Verdrehung der politischen Präferenzen verallgemeinern die UserInnen hier von der Positionierung zur Drogenszene auf ein generelles Politikverständnis der radikalen Linken in und um die Flora und machen damit die Zustimmung oder aber die Ablehnung der Flora zu Vertreibungsszenarien der ›Mehrheitsgesellschaft‹ zum einzigen Gradmesser linker Politik. So muß sich die Flora in der Frage der Drogenszene endlich beugen, um den Sozi-Heinis ›einen positiven Bezug auf die Flora (wieder) möglich‹ zu machen.«¹⁷⁹

Die *UserInnen* würden ihre Kritik stetig wiederholen, ohne sich überhaupt inhaltlich mit den Gründen auseinanderzusetzen, die zur Haltung der Flora geführt hätten. Das einzige Ziel ihrer Interventionen bestehe darin, die Isolation der Flora im Stadtteil zu durchbrechen.

»Damit bringen sie einmal mehr ihr Verständnis linker Politik zum Ausdruck, dem es fern jeglicher inhaltlicher Bestimmung nur noch darum geht, Teil einer irgendwie gearteten Mehrheit zu sein [...]. Wenn in der Vergangenheit die Ausrichtung linksradikaler Politik es offensichtlich noch ermöglicht hat, trotz eines solchen Politikbegriffs einiger UserInnen die Flora als gemeinsames Zentrum wahrzunehmen, dann wird die Positionierung gegen die herrschende Drogenpolitik in Zukunft hoffentlich tatsächlich zum Gradmesser der Flora-Praxis.«¹⁸⁰

Abschließend findet sich hier somit der Versuch, die Haltung und Position der *UserInnen* so weit zu diskreditieren, dass sie aus dem gemeinsamen Bezugsrahmen linksradikaler Politik ausgeschlossen werden können. Die Selbstisolation der Flora sei also kein Problem, mit dem man sich auseinandersetzen müsse, sondern im Gegenteil ein bereits seit Langem notwendiger Reinigungsprozess, der es den Menschen mit einem unzureichenden politischen Bewusstsein endlich unmöglich mache, sich noch positiv auf die Flora zu beziehen.

Die *UserInnen* reagieren auf diesen Angriff mit einem dritten Artikel, in dem sie ihre ursprüngliche Position und ihren generellen Politikansatz erneut verteidigen. Zwar habe man der Debatte längere Zeit noch etwas abgewinnen können und sie als politisch sinnvoll angesehen, der Beitrag der *AnwohnerInnen* sei aber kein wertvoller Diskussionsbeitrag mehr.

179 Einige AnwohnerInnen, S. 9.

180 Ebd.

»Die im letzten Satz ausgesprochene kleine Herrschaftsphantasie eines radikalen Gradmessers, der zukünftig über Ausschlußmechanismen bestimmter unangenehmer Positionen entscheidet, ist so albern wie gefährlich und kehrt nicht selten an den Ort zurück, von dem sie losgeschickt wurde.«¹⁸¹

Auch in der Sache fühlen sich die *UserInnen* nach wie vor absichtlich missverstanden. Sie hätten lediglich gefordert, die selbst gesetzten Regeln aus dem inneren Bereich der Flora auch auf die Eingänge auszuweiten – und eben nicht auf das ganze Viertel. »Wer sagt, daß dies die »identische« Vertreibungslogik wie die der Stadt sei und uns darüber hinaus noch als SozialdemokratInnen diffamiert, entpuppt sich entweder als blöde oder in höchstem Maße bösartig.«¹⁸²

Im Folgenden rechnen die *UserInnen* mit der Kritik an ihrem Politikansatz ab:

»Ja, es ist wahr, wir wollen Mehrheiten schaffen, aber nach unseren revolutionären Bedingungen und nicht, wie ihr uns unterstellt, nach Marketing Strategien von zu befriedigender gesellschaftlicher Nachfrage, daß sich letztere dann in der Tat rot-grün verfärbten ist klar. Aber demgegenüber bedeutet radikal bleiben und sich nicht verkaufen, nicht, sich vom Projekt der Emanzipation und der Politik abzuwenden, sondern im Gegenteil möglichst viele Menschen für sich zu gewinnen. Wer das aufgibt – und nun mal wirklich in »Lehrermanier« – muß sich überlegen, was mit den unbelehrbaren Massen zu tun ist: abschaffen? Und so schwer es fällt: Leute werden erst überzeugt, wenn sie ernst genommen werden.«¹⁸³

Die Verweigerung einer Diskussion und der Rückzug in eine möglichst radikale Position sei dagegen lediglich Ausdruck inhaltlicher Schwäche:

»Bei all eurer Verachtung gegenüber den Ängsten der Menschen schimmert eines um so klarer durch: eure Angst vor der Auseinandersetzung, von der ihr euch scheinbar nichts versprecht, außer in ihr inhaltlich unterzugehen und sozialdemokratisch zu werden. Vielleicht liegt es ja an der Schwäche eurer politischen Argumente, daß ihr lieber von Angriff daherredet, statt wirklich inhaltlich – also materiell und argumentativ – zum Angriff überzugehen?«¹⁸⁴

Die Debatte um Drogenpolitik wird in den folgenden Jahren nicht fortgesetzt. Dies liegt u.a. darin begründet, dass sich in der Flora eine zunehmende Kritik an einem sogenannten minderheitsorientierten Politikansatz durchgesetzt hatte. Ein paar Jahre später wird vom AK *Rumble in the Jungle* rückblickend über die Schwächen dieses politischen Ansatzes reflektiert. Während in den 1980er Jahren das Stadtviertel noch zum Ausgangspunkt linker politischer Interventionen stilisiert worden sei und »der Widerstand in den Vierteln« organisiert werden sollte, habe sich in den 1990er Jahren eine ernüchterte Sicht auf den Stadtteil breitgemacht. Auch in vermeintlich linken Stadtteilen habe es keine einheitliche Widerstandsperspektive gegeben. »In allen politischen

¹⁸¹ Einige Flora-UserInnen: Von Gradmessern und Windbeuteln. Zum Text »Einmal ist keinmal« von Einige AnwohnerInnen oder: wie Angst Politik radikal killt. In: *Zeck 83_1999*, S. 6.

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Ebd.

Teilbereichen waren engagierte AktivistInnen immer wieder vor die Situation gestellt, dass Staatswillkür und Repressionserlebnisse zwar durchaus individuelle Empörung, aber keinesfalls anhaltende Kritik, die in politischer Praxis mündet, hervorrufen.«¹⁸⁵ Dazu kam spätestens nach dem Start der Debatte um die Drogenszene die Erkenntnis, dass sämtliche gesellschaftlichen Grundkonflikte auch das eigene Viertel durchzögeln, dass also die Bewohnerschaft in ihrer Gesamtheit keineswegs linksradikal eingestellt sei, sondern dass sich wie überall sonst auch rassistische, autoritäre und regressiven Einstellungen fänden. Die vermeintliche Viertelgemeinschaft sei also endgültig in einen privilegierten Teil zerbrochen, der mit dem Versprechen von Teilhabe, Mitbestimmung, Sicherheit und Konsum in die Hamburger Stadtpolitik integriert worden sei, und in einen ausgegrenzten Teil, der sich nicht in diese neue Standortpolitik einbeziehen ließ und der daher umso stärker verdrängt und verfolgt worden sei. Auch die linksradikale Szene reagierte auf dieses neue Spannungsverhältnis:

»Ausweg schien ein minderheitsorientierter Ansatz in der Stadtteilpolitik [zu sein], der eine bewußte Abgrenzung von den Mehrheitsinteressen etablierter StadtteilbewohnerInnen suchte und die Repression gegen sogenannte Randgruppen zum Ausgangspunkt seines Handelns machte. Dieser Schritt bedeutete mehr als nur eine graduelle Veränderung der Perspektiven und Inhalte. Von Seiten autonomer Spektren wurde der Stadtteil als Ort interner Widersprüche entdeckt, der nicht mehr in erster Linie von außen durch Bullen, Nazis oder Spekulanten bedroht wurde und der durch den schlüchten Zusammenhalt der Gemeinschaft zu verteidigen war, sondern in dem vorhandene Hierarchien und Herrschaftsmechanismen wesentlich deutlicher als Bestandteil dieser Kämpfe hervortraten.«¹⁸⁶

Der Fokus auf prekarisierte Randgruppen sei allerdings nach zwei bis drei Jahren an seine Grenze geraten und habe mittelfristig dazu geführt, dass aktive politische Einflussnahmen im Stadtteil selten geworden seien. Da mit dem Verlust der politischen Perspektive, im Stadtteil eine linke Gegenmacht aufzubauen, auch der Adressat des eigenen politischen Handelns infrage gestellt worden sei, habe die Linke eine zunehmend isolationistische Politik betrieben.

»Aus dem richtigen Ansatz, der Abkehr einer reinen AnwohnerInnen-Interessenspolitik, entwickelte sich eine Negation sämtlicher Politik im Stadtteil, zugunsten eines minderheitsorientierten Ansatzes, der in eine reine StellvertreterInnenpolitik kippte, die mangels revolutionären Subjekts ebenso scheitern musste wie einst der Kampf um das revolutionäre Subjekt Anwohner.«¹⁸⁷

Um eine höhere politische Relevanz zurückzugewinnen, müsse sich die radikale Linke wieder stärker in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen, auch im Stadtteil. Ein geeignetes Mittel könnten punktuelle Bündnisse sein, die eine gemeinsame widerständige Praxis entwickeln müssten: »Projekte auf niedrigschwelliger und

¹⁸⁵ AK Rumble in the Jungle: »Wir holen gerne mehr raus, als Sie erwartet haben«. In: Zeck 121_2004, S. 8-12, hier S. 10.

¹⁸⁶ AK Rumble in the Jungle, S. 11.

¹⁸⁷ Ebd.

punktueller Ebene, die sich nicht über identitäre Abgrenzung bestimmen, sondern politische Forderungen entwickeln.«¹⁸⁸

Auch die *Gruppe Commode* beteiligt sich 2005 mit einem längeren bilanzierenden Beitrag an der Diskussion über richtige und falsche Politikansätze der radikalen Linken im Stadtviertel. Die Gruppe versucht, die unterschiedlichen Debatten in einen größeren Kontext einzuordnen u.a. weil man vermeiden möchte, dass die Mobilisierung gegen den Bau eines Hotels im Schanzenpark ähnlich eindimensional und kurzlebig verläuft wie drei Jahre zuvor die Proteste gegen die Räumung des Bauwagen Platzes ›Bambule‹. Die AutorInnen vergleichen zunächst die jeweiligen Zeiträume, in denen die Proteste gegen den Bau des Flora-Theaters und gegen den Bau des Hotels stattfinden:

»Der Kampf gegen das Musical und unmittelbar daran anschließend um die Durchsetzung einer Roten Flora war Höhepunkt und Abschluss von Häuserkämpfen im Schanzenviertel bzw. in St. Pauli. [...] Vor dem Ende des alten Bundesrepublik war die autonome Linke damals auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierungsfähigkeit.«¹⁸⁹

Den damaligen autonomen Gruppen sei es gelungen, Kampagnenfähigkeit, inhaltliche Auseinandersetzungen und die militante Durchsetzung von Zielen einigermaßen harmonisch zu verbinden. Allerdings seien auch damals Fehler gemacht worden: »Der partielle Erfolg gegen die Umstrukturierungsinitiativen gipfelte in der Parole ›Den Widerstand in den Vierteln organisieren‹. Das Viertel als solches bzw. dessen BewohnerInnen wurden als widerständiges oder gar revolutionäres Subjekt vorgestellt.«¹⁹⁰ Wichtige interne Spannungen seien schlichtweg ignoriert worden. Auch wenn es sich beim Schanzenviertel um ein altes Arbeiterviertel gehandelt habe, sei eine klare linke Haltung nie zu erkennen gewesen: »Die eingeborene kleinbürgerliche und proletarische Bevölkerung hatte sich nur an den Rändern eine gewachsene Staatskapsis bewahrt. Der größere Teil fühlte sich durch das studentisch-linke Milieu ebenso irritiert wie durch die staatliche Aufwertungs- und Sanierungsvorhaben.«¹⁹¹ Auch die migrantische Bevölkerung sei zwar in Teilen politisiert gewesen, allerdings sorgte der oft unsichere Aufenthaltsstatus für eine gewisse Zurückhaltung mit fundamentaler Kritik, mitunter habe sich ihr Engagement auch eher gegen die Regimes in ihren Herkunftsländern gerichtet. So seien schon die Proteste in den 1980er Jahren vornehmlich von der linken Szene und einem kleinen Teil der grün-alternativen Mittelklasse getragen worden.

Mittlerweile aber hätten sich die Vorzeichen der Proteste grundlegend verändert. Während Ende der 1980er Jahre die Zusammenarbeit mit einer »bestimmten Klientel« noch ausgeschlossen worden sei, sei sie heute ein integraler Bestandteil der Proteste.

»Die sozialen Träger der Linken in St. Pauli Nord sind nicht nur persönlich älter geworden, sie sind auch arrivierter und wehren sich aus ihrer etablierten Mittelklasseposition gegen die weitere Privatisierung von öffentlichen Räumen, die auch ihre individuelle und kollektive Reproduktion erschweren.«¹⁹²

¹⁸⁸ AK Rumble in the Jungle, S. 11.

¹⁸⁹ Gruppe commode: Widerstand im Schanzenviertel reloaded. In: *Zeck* 125_2005, S. 5-8, hier S. 5.

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Ebd.

Die Linke sei mittlerweile nur noch mit Rückzugsgefechten beschäftigt; statt weiter von einem »revolutionären« Subjekt zu träumen, verteidige man lediglich die letzten Freiräume gegen die Wachstumsstrategie der Stadt. Blind sei die Linke dagegen weitgehend für ihren eigenen Beitrag zur Aufwertung der Viertel. Zum einen habe sie immer eine Pionierfunktion innegehabt, neue Stadtteile erschlossen und diese mithilfe der eigenen alternativen Kultur-, Freizeit- und Infrastrukturangebote für weitere Kreise attraktiv gemacht. Zum anderen blendeten viele Linke aus, dass eine Aufwertung immer auch positive Aspekte habe, das Leben in einem spezifischen Quartier erst auf diese Weise angenehmer, sicherer und lebenswerter werde.

»Der politische und soziale Rückzug von Linken auf ihre Wohnprojekte (oder auch Wagenburgen), die vor 15 Jahren noch militant durchgesetzt und später teilweise mit städtischen Mitteln gefördert wurden, hatte somit immer auch ein Moment von Rückzug aus der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung und Aufbau einer (klein-)bürgerlichen Nische.«¹⁹³

Die Konsequenz dieser Entwicklung habe sich spätestens in der Diskussion um die Vertreibung der offenen Drogenszene gezeigt, als auch im Alternativmilieu Positionen aufgetaucht seien, die letztlich Vertreibungsmaßnahmen legitimiert hätten, beispielsweise, weil Kinder durch Drogen-UserInnen gefährdet seien. Zusätzlich geschwächt habe die linke Szene, dass zwei unterschiedliche Ansätze zum Umgang mit den AnwohnerInnen miteinander konkurrierten:

»Sozialrevolutionäre Gruppen argumentierten, man müsste die ›Sorgen‹ der AnwohnerInnen ernst nehmen und ihnen zeigen, wer ihre eigentlichen (Klassen-)Feinde seien. Antirassistische und antinationale Gruppen sowie die Rote Flora traten dafür ein, dass Rassismus in keiner Form und von keiner Person hingenommen werden könne und dass auch Widerstand gegen die Repressionspolitik gegenüber der Drogenszene notwendig sei.«¹⁹⁴

In der Folge sei der Widerstand immer nur punktuell geblieben, weshalb die Polizei mit ihrer Vertreibung der Drogenszene aus dem Schanzenviertel so langfristig nicht zu stoppen gewesen sei. Die unterschiedlichen Interessen innerhalb der diffusen und heterogenen Bewohnerschaft des Schanzenviertels zeigten sich ebenfalls in den Diskussionen um die Nutzung des Schanzenparks, denn dabei »kam es nicht zu einer gemeinsamen Verteidigung des Prinzips öffentlicher Raum durch AnwohnerInnen oder das Alternativmilieu, vielmehr verteidigten die Einen den Park gegen die Polizei und die Anderen gegen die Dealer.«¹⁹⁵ Erst die Vertreibung der DealerInnen aus dem Park, die teilweise eben auch von »linken« BewohnerInnen gebilligt worden sei, habe den Park überhaupt attraktiv für neue Investitionen und eine kommerzielle Nutzung gemacht.

Die Auseinandersetzungen um den Bau eines Luxushotels im lange leerstehenden Wasserturm im Schanzenpark zeige ebenfalls die Saturiertheit von Teilen der linken Szene. Denn anders als im Kampf um die Hafenstraße oder die Rote Flora gebe es

¹⁹³ Gruppe commode: Widerstand im Schanzenviertel, S. 6.

¹⁹⁴ Gruppe commode: Widerstand im Schanzenviertel, S. 7.

¹⁹⁵ Ebd.

dieses Mal keinen positiven Gegenentwurf, der eine andere, alternative Nutzung der Ruine skizziere.

»Es besteht anscheinend kein Interesse mehr an sozialen Räumen, vielleicht weil es genügend gibt (z.B. gibt es in der Flora immer wieder Phasen, in denen es an einer breiten Nutzung mangelt) oder weil nicht mehr in ›Gegenwelten‹ gelebt bzw. gedacht wird. Es spricht aus unserer Sicht jedoch auch nichts dagegen, eine Nichtnutzung vorzuschlagen und damit eine Position gegen eine fortlaufende Verwertung aller Räume zu beziehen.«¹⁹⁶

Die AutorInnen beklagen den ihrer Meinung nach ausbleibenden Lernprozess in der radikalen Linken: Noch immer sei das eigene Verhältnis zu Aufwertung und Vertreibung nicht ausreichend reflektiert worden. So müsse eigentlich allen klar sein, dass der Kampf gegen das Hotel im Wasserturm kein Kampf gegen Aufwertung an sich sein könne. Vielmehr stehe lediglich zur Debatte, in welcher Art und Weise das Viertel weiter aufgewertet werde. Wenn der Park weiter kollektiv nutzbar bliebe, käme das den Interessen der alternativen Mittelschicht entgegen; würde der Investor den Park hingegen neugestalten, wäre das eine Aufwertung im Sinne der kapitalbesitzenden Bourgeoisie. Nichtsdestotrotz bleibe eine Kampagne gegen den Hotelbau sinnvoll, allein deshalb, weil sie eine Chance biete, der radikalen Linken einen nützlichen Rahmen für eine weitere Mobilisierung bereitzustellen. Dennoch sei klar:

»Die eigentlichen Kampffelder von Linken sollten die Bereiche sein, in denen das tagtägliche Elend organisiert wird [...] Was diesen Ausgrenzungsprozessen durch die Mittelklasselinke entgegen gebracht wird, ist moralische Empörung. Diese trägt jedoch, wie unser aller eigene historische Erfahrung zeigt, nicht besonders weit.«¹⁹⁷

Stattdessen müssten die Chancen, die im Kampf im eigenen Viertel liegen, erkannt und in ein größeres und langfristigeres Engagement überführt werden. Insbesondere das oft als überhart empfundene Vorgehen der Polizei sei ein wichtiger Mobilisierungsfaktor, der SympathisantInnen weiter politisieren könne. Demnach sei es Aufgabe erfahrener, organisierter AktivistInnen, der neuen Generation Ansatzpunkte für einen längeren politischen Atem aufzuzeigen bzw. dafür zu sorgen, dass die ersten Frustrationserfahrungen nicht sofort zum Kollaps der Proteste und Rückzug der politisierten neuen Generation führten. Dies könnte beispielsweise gelingen, wenn die Themen im Stadtteil in einen Zusammenhang zu existentielleren Konflikten in der Gesellschaft gebracht würden (beispielsweise über das Hamburger Polizeigesetz, Hartz IV oder Sparmaßnahmen bei Bildungseinrichtungen). Die Devise für eine erfolgreiche längerfristige Mobilisierung müsse daher lauten: »Raus aus den Vierteln, rein in die Kämpfe gegen den autoritären Wettbewerbsstaat!«¹⁹⁸

¹⁹⁶ Gruppe commode, S. 7.

¹⁹⁷ Gruppe commode, S. 8.

¹⁹⁸ Ebd.

7.3 Zwischenfazit: Wo, wie und was wurde in Auseinandersetzungen um Stadtteilpolitik gelernt?

Wie schon in den vorangegangenen Kapiteln sollen an dieser Stelle die erkennbaren Lernprozesse im Themenfeld Stadtteilpolitik zusammenfassend diskutiert werden. Welche Lernprozesse lassen sich identifizieren? Welche Besonderheiten fallen im Themenfeld auf?

Insbesondere in der Debatte über die Drogenpolitik der Flora finden einige fundamentale Lernprozesse im Sinne von Feed-Forward-Prozessen statt. Erstens ändert sich die klassische autonome Einstellung gegenüber (harten) Drogen: Die ehemals klar ablehnende Grundhaltung, die in Drogen lediglich die (Selbst-)Betäubung jeglicher oppositioneller Energien sah, weicht einer akzeptierenden Perspektive. Dieser Wandel hängt eng mit der Debatte um den Umgang mit der Drogenszene im Schanzenviertel zusammen, wird aber auch durch einen stetigen Wandel im eigenen Umgang mit Drogen begünstigt: Während die Flora in der Anfangsphase ein klar drogen- und alkoholfreier Raum ist, wird nach kontroverser Diskussion der Ausschank von niedrigprozentigem Alkohol schließlich erlaubt. Auch der Konsum von Marihuana und chemischen Drogen wird im Laufe der Jahre zunehmend toleriert.

Ein zweiter Lernprozess betrifft das Verhältnis der linksradikalen Szene zum umgebenden Stadtteil. Zu Beginn der Besetzung der Flora, die sich anfangs als dezidiertes Stadtteilzentrum versteht, gestaltet sich die Politik der BesetzerInnen äußerst viertelzentriert. Der vermeintlich alternative Stadtteil wird so nicht nur zu einem Rückzugsort der Linken, sondern seine BewohnerInnen sollen auch TrägerInnen eines allmählichen gesellschaftlichen Wandels werden. Dieser positive Bezug auf das eigene Viertel weicht im Laufe der Auseinandersetzungen um die Drogenpolitik einem zunehmend kritischen Blick. Den Autonomen wird immer klarer, dass das Schanzenviertel kein exklusiver Hort linksradikalen Denkens ist, sondern dass sich, im Gegenteil, auch dort die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse im Kleinen widerspiegeln. Rassismus, Ausgrenzung, Egoismus, Xenophobie – all das gefährdet das alternative Viertel nicht bloß von außen, sondern findet sich nach Ansicht der Autonomen in unterschiedlichem Maße auch bei den BewohnerInnen des Schanzenviertels selbst. Diese Erkenntnis verändert das Verhältnis zum Stadtteil fundamental: Musste er bis dahin lediglich gegen unterschiedliche Bedrohungen von außen (Spießer, RassistInnen, Nazis, SpekulantInnen etc.) verteidigt werden, so wird das linke Idyll plötzlich auch von innen heraus infrage gestellt. Die einstigen Hoffnungen, die in die BewohnerInnen des Viertels als potenzielles revolutionäres Subjekt gelegt worden waren, zerplatzen und machen zum Teil unverhohlen feindseligen Haltungen Platz. Nach einer Phase des offenen Konflikts zwischen linker Szene und AnwohnerInnen setzt sich aber mehr und mehr eine insgesamt unaufgeregte Beziehung zum Stadtteil durch: Sowohl die Idealisierung des Viertels in den 1980er Jahren als auch die Dämonisierung der BewohnerInnen in der Hochphase der Drogendebatte werden zunehmend zu Projektionen erklärt. Das Viertel wird schlicht als Teil und Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse gesehen, mit allen Potenzialen und Problemen für linke Politik. Nach einer Phase der enttäuschten Abwendung vom Viertel finden sich daher zunehmend Forderungen, an soziale Konfliktlagen vor

Ort anzudocken und zu versuchen, sich wieder verstärkt in politische Auseinandersetzungen im Stadtteil einzubringen.

Eng mit diesem Thema zusammen hängt ein weiterer Lernprozess, der die Bezugspunkte linksradikaler Politik in den Blick nimmt. Hier konkurriert ein klassisch autonomer Anspruch der Selbstorganisation mit einem eher minderheitsorientierten Ansatz: Letzterer betont, dass linke Politik sich auf die Seite der Unterdrückten und Ausgegrenzten stellen müsse, was im konkreten Fall bedeute, Politik für Drogen-UserInnen und Angehörige ethnischer Minderheiten zu machen. Dieses Konzept führt aber beinahe unvermeidlich zu einem Konflikt mit der für Autonome konstitutiven Ablehnung jeglicher Stellvertreterpolitik. Dieser Umstand, verbunden mit ohnehin kontroversen Diskussionen um die jeweiligen Minderheiten und deren prinzipielle Offenheit für linksradikale Politik, führen schließlich wieder weg von einem minderheitsorientierten Politikverständnis. Zunehmend setzt sich eine insgesamt enorm kritische und dekonstruktivistische Haltung gegenüber kollektiven Identitäten durch, sodass es ohnehin immer kritisch hinterfragt wird, wenn von ›den‹ Drogen-UserInnen, ›den‹ DealerInnen oder ›den‹ AnwohnerInnen die Rede ist.

Insgesamt steht auch in den Debatten um Stadtteilpolitik, insbesondere in den Diskussionen um Vertragsverhandlungen und den Umgang mit der sogenannten Drogenproblematik im Viertel, die Frage nach dem Ziel linksradikaler Politik im Zentrum: Sollte die radikale Linke versuchen, auf die Gesellschaft einzuwirken, indem sie Überzeugungsarbeit leistet, sich mit vorhandenen Vorurteilen und Ängsten auseinandersetzt, Verständnis aufbringt und langfristig versucht, immer mehr Menschen von der Richtigkeit linker Ideologie zu überzeugen? Oder sollte die Linke lieber konsequent und radikal bleiben, sich nicht an bürgerlichen Bedürfnissen abarbeiten, sich nicht von Kompromissen, Ausgleich und Reformismus korrumpern lassen und dafür notfalls in Kauf nehmen, auch längerfristig keine gesellschaftlichen Mehrheiten organisieren zu können? Reicht es der radikalen Linken also, sich mehr und mehr in die eigene kleine Nische zurückzuziehen, oder hat sie den Anspruch, in die Gesellschaft hinein zu intervenieren?

Diese grundsätzliche Frage schwingt bei fast allen Debatten im Themenfeld Stadtteilpolitik mit. Immer wieder findet sich der Vorwurf, dass die Flora-AktivistInnen in den Diskussionen um die Drogenpolitik eine absichtlich radikale Haltung einnehmen, die real existierende Probleme und Konflikte entweder ignorieren oder automatisch als spießige, reaktionäre oder rassistische Einwände diffamieren. Für die Identität als radikale Linke sei es augenscheinlich wichtiger, sich möglichst radikal von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen, anstatt zu versuchen, auf sie einzuwirken. Das Gefühl moralischer Überlegenheit, das Richtige zu tun und auf der richtigen Seite zu stehen, sei für die linke kollektive Identität einfach wichtiger als ihre gesellschaftliche Relevanz. Die Flora wolle um jeden Preis ein gelebter Widerspruch bleiben – sogar, wenn sie dadurch in Konflikt zu sozialen Gruppen gerate, die ihr gegenüber eigentlich positiv und wohlwollend eingestellt seien. Die Gegenposition zu dieser Haltung sieht dagegen die Chance, durch eine intensivere Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen nicht selbst korrumptiert zu werden, sondern, im Gegenteil, die übrige Gesellschaft beeinflussen und radikalisieren zu können.

Auch in den Diskussionen über den Status der Flora und die Aufnahme von Vertragsverhandlungen wird dieser Konflikt deutlich. Hier stehen sich ebenfalls eher ge-

mäßigte und betont radikale Gruppen diametral gegenüber. Die einen plädieren für einen pragmatischen Umgang und wollen die Flora als Basis und Anlaufpunkt erhalten, die anderen wollen möglichst konsequent bleiben und sind dafür bereit, im Extremfall auch die Existenz der Flora aufs Spiel zu setzen.

Die VerteidigerInnen einer konsequenten linken Politik, die notfalls auch im offenen Gegensatz zu den Interessen der AnwohnerInnen oder anderer potenzieller Verbündeter stehen müsse, versuchen zumeist nicht nur konkret am jeweiligen Fall nachzuweisen, dass ihre Haltung die richtige sei, sondern sie bemühen sich auch, den zugrundliegenden Wunsch nach größerer politischer Relevanz insgesamt aufzulösen: Die radikale Linke dürfe niemals den Fehler machen, auf gesellschaftliche Mehrheiten zu schielen, sonst sei sie schnell nicht mehr links. Aus dieser Perspektive wird der Bruch der Flora mit den AnwohnerInnen teilweise sogar ausdrücklich begrüßt: Die kontroverse Haltung der Flora mache es nun endlich allen nicht-linken Menschen unmöglich, sich positiv auf die Flora zu beziehen. Auf diese Weise könnte die Flora nicht mehr politisch vereinnahmt werden, auch die schleichende Entpolitisierung zu einem reinen Veranstaltungszentrum könne auf diese Weise aufgehalten werden. Dass die Flora durch eine solche Haltung tendenziell in ihrer Existenz gefährdet sei, weil sie an breiter Unterstützung verliere und zunehmend politisch isoliert werde, spricht in dieser Perspektive nicht gegen eine solche Haltung, sondern ist sogar zusätzliche Motivation. Ein linkes Zentrum wie die Flora dürfe niemals zum Selbstzweck werden, sondern müsse jederzeit bereit sein, den eigenen Fortbestand aufs Spiel zu setzen. Die offenen Konflikte mit den AnwohnerInnen während der Drogendebatte oder mit den VertreterInnen der Stadt in den Vertragsverhandlungen seien daher ein willkommener Ansporn, nicht bequem und angepasst zu werden, sondern weiter in Bewegung zu bleiben.

Ein grundsätzliches Problem linksradikaler Debatten sprechen einige linke Gruppen im Zuge der Diskussionen über Drogenpolitik mehrfach an: Eine wirklich kritische Debatte sei, wenn überhaupt, nur intern im kleinen Kreis möglich, während es nach außen darum gehe, eine möglichst radikale Fassade aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise werde eine wirkliche Auseinandersetzung effektiv verhindert, insbesondere, weil jede Kritik an der radikalen Fassade zu einem zumindest symbolischen Ausschluss aus der linken Szene führe. Wer also beginne, auf bestimmte Probleme im Umgang mit Drogen-UserInnen in der Flora hinzuweisen, werde schnell zu einem/r VerteidigerIn des bürgerlichen Sicherheitsbedürfnisses gemacht, die letztlich nur die weitere Ausgrenzung und Vertreibung legitimieren wolle.

Dieses Muster findet sich tatsächlich sehr häufig in der Debatte – es gibt allerdings auch kritische Argumentationen, die leichter auf Gehör stoßen. Der Vorwurf, mit dem Einsatz für Drogen-UserInnen letztlich doch nur Stellvertreterpolitik zu machen, ist beispielsweise eine Kritik, die mit dem Selbstbild der radikalen Linken konform geht und daher wesentlich offener diskutiert wird als die Forderung danach, die Ängste und Sorgen der AnwohnerInnen ernster zu nehmen.

Klar erkennbar ist eine breit geteilte Analyse der Drogenpolitik: Als Ursache für die Probleme im Schanzenviertel wird die verfehlte Politik des Hamburger Senats, insbesondere die Kriminalisierung und fortschreitende Vertreibung der Drogenszene aus öffentlichen Räumen identifiziert. Die Trennung zwischen der Tolerierung des Konsums von Drogen auf der einen und der scharfen Kriminalisierung des Handels auf der ande-

ren Seite wird als künstlich und scheinheilig abgelehnt. Ebenfalls strikt abgelehnt wird die Vertreibung der offenen Drogenszene aus dem öffentlichen Raum. Allerdings wird ebenso deutlich, dass sich aus der breit geteilten Analyse keine gemeinsame Praxis der linken Szene ergibt: Die praktischen Konsequenzen bleiben jederzeit heftig umstritten, beispielsweise die Fragen, ob die Flora ein Schutzraum für die Drogenszene sein kann und sollte oder mit welchen Mitteln das eigentlich geltende Konsumverbot in der Flora durchzusetzen sei. In diesem Fall scheint ein unvollständiger Lernprozess vorzuliegen, bei dem zwar kollektiv verbindliches Wissen institutionalisiert wurde, der praktische Prozess des *Enacting* aber nicht gelingen konnte. Theoretisch hergeleiteter Anspruch und praktisch gelebte Wirklichkeit klaffen hier auffallend weit auseinander, was sich auch in den immer wieder aufflammenden Diskussionen um den konkreten Umgang der AktivistInnen mit den Drogen-UserInnen zeigt.

Einige NutzerInnen der Flora können die eigenen Ängste beim engen Kontakt mit einer offenen Drogenszene nicht überwinden – ihnen gelingt aber keine Kritik an den Verhältnissen in und um die Flora, die die oben dargestellte linksradikale Analyse des Problems infrage stellen könnte. Daher werden ihre Einwände zumeist als spießiges Denken und Legitimierung des Sicherheitsdiskurses abgetan. Nur in einzelnen Fällen werden die Einwände und Sorgen der KritikerInnen der praktischen Florapolitik als berechtigt wahrgenommen – auch dann aber, ohne dass von der allgemeinen Linie abgerückt würde. Lediglich der Appell, sich mit den oft komplexen Realitäten im Viertel abzufinden, und der Verweis auf den eigenen Anspruch, die angestrebte emanzipatorische Welt im alltäglichen Miteinander bereits heute umzusetzen, bleiben letztlich als Antwort.

In Bezug auf die eigene Rolle der Flora im Viertel finden sich in den Debatten ebenfalls einige interessante Selbstreflektionen. So tauchen in den Diskussionen über Stadtteilpolitik zunächst die bekannten selbstkritischen Einschätzungen der Flora-AktivistInnen auf: Die Flora sei vom Stör- mittlerweile zu einem Standortfaktor geworden, sie verhindere die weitere Aufwertung des Schanzenviertels nicht mehr, sondern könne im Gegenteil reibungslos in die Verwertung des subkulturellen Flairs des Viertels integriert werden. Auch die eigene Rolle als Avantgarde der Aufwertung wird teilweise erkannt und kritisch reflektiert. In den Debattenbeiträgen werden zudem zwei weitere Aspekte genannt, die mit dem eigenen Wirken im Viertel zusammenhängen: So habe die linksradikale Szene Werte und Ideen im Viertel etabliert, die ursprünglich einen emanzipatorischen Gehalt gehabt hätten, mittlerweile aber bruchlos in die kapitalistische Verwertung integriert worden seien. Beispiele hierfür sind die Wichtigkeit von Mitbestimmung (die mittlerweile in Form von städtischen Runden Tischen für eine »sozialverträgliche« Viertelaufwertung genutzt werde) oder auch das Teilen, das unter dem Stichwort der *Sharing Economy* ebenfalls seinen kapitalismuskritischen Kern verloren habe. Auch die Ideen der Selbstorganisation und der Selbstermächtigung fallen den Autonomen im Rahmen der Drogendebatte auf die Füße: Bedauernd müssen sie erkennen, dass genau diese Ansätze von den AnwohnerInnen des Viertels genutzt werden – aber eben nicht für eine progressive Veränderung, sondern um das eigene Viertel vor der Drogenszene zu schützen. Ehemals linke Prinzipien verkehren sich hier in ihr Gegenteil, denn die AnwohnerInnen nutzen ihre

Fähigkeit zur Selbstorganisation und zur Vertretung ihrer eigenen Interessen nun, um ihre exkludierenden und ordnungspolitischen Vorstellungen zu verwirklichen.

Die linken AktivistInnen reagieren auf diese selbstkritischen Erkenntnisse und kündigen an, daraus Lehren für weitere Kampagnen zu ziehen: So wollen sie beispielsweise verstärkt versuchen, in Zukunft nicht mehr als Ideen- und TaktgeberInnen einer effektiveren Aufwertung zu fungieren. Sie bemühen sich folglich in den Auseinandersetzungen um den Bau eines Luxushotels im Wasserturm im Schanzenpark, keine irgendwie verwertbare alternative Nutzung vorzuschlagen, sondern verfolgen einen möglichst destruktiven Gegenplan: Der Turm solle einfach weiter leer stehen.